

*Christian Galonska, Maria Berger, Ruud Koopmans*

## **Über schwindende Gemeinsamkeiten: Ausländer- versus Migrantenforschung**

Die Notwendigkeit eines Perspektivenwechsels zur Erforschung ethnischer Minderheiten in Deutschland am Beispiel des Projekts „Die Qualität der multi-kulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“

Best.-Nr. SP IV 2004 – 401

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe  
„Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung“

ISSN 1612-1635

Berlin, Mai 2004

Zitierweise:

Christian Galonska, Maria Berger, Ruud Koopmans, 2004:  
Über schwindende Gemeinsamkeiten: Ausländer- versus Migrantenforschung  
Discussion Paper SP IV 2004-401  
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

## Zusammenfassung

Das Bild ethnischer Minderheiten in Deutschland beruht vornehmlich auf der medialen Darstellung, der politischen Perzeption und der sozialstatistischen Erfassung von „Ausländern“. Dabei sind Ausländer im formellen Sinne spätestens seit der verstärkten Zuwanderung „volksdeutscher“ Spätaussiedler und verschiedener Reformen des Staatsbürgerschaftsrechts in den neunziger Jahren nur noch eine, zudem schrumpfende, Teilmenge der Wohnbevölkerung nichtdeutscher Herkunft. Eine wissenschaftlich bisher zu wenig diskutierte Frage ist, ob man Erkenntnisse, die auf der Untersuchung von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft beruhen, auf die eigentlich im Fokus der politischen Diskussion stehenden Gruppe, die hier zusammenfassend „Migranten“ genannt wird, noch verallgemeinern kann. Das Projekt „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“ berücksichtigt die veränderten Rahmenbedingungen, indem es die politische und zivilgesellschaftliche Integration von „Allochthonen“ untersucht. Diese amtliche niederländische Definition bezeichnet alle Personen, die entweder selbst oder von denen mindestens einer ihrer Elternteile außerhalb ihres momentanen Aufenthaltslandes geboren wurden. Basis des vorliegenden Papiers ist die Feldarbeit der Berliner Teilstudie des Projekts in Form einer telefonischen Befragung von Deutschen, Türken, Italienern und Zuwanderern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, einschließlich deutschstämmiger Aussiedler und jüdischer Kontingentflüchtlinge. Es wird die Frage erörtert, ob eine solche Perspektivenerweiterung bei der Bestimmung der Grundgesamtheit, mit der Folge methodischer Innovationen bei Stichprobenkonzept und Befragungstechnik, inhaltlich notwendig ist, um die politische und zivilgesellschaftliche Integration ethnischer Minderheiten realitätsnah abbilden zu können. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass auf Basis von Ausländerbefragungen gewonnene Erkenntnisse nicht länger repräsentativ für die in Deutschland lebenden Migranten sind.

## Abstract

The view on ethnic minorities in Germany is predominantly determined by medial presentation, political perception and statistical registration of “foreigners”. In a legal sense, however, foreigners are only a declining subset of the population of non-German origin; this has been the case at least since the increasing immigration of so-called “ethnic Germans” and several reforms of citizenship rights in the 1990s. A widely neglected question pertaining to migrants in Germany is whether and to what extent persons of non-German nationality can be assigned to the group of so-called migrants; this is the intended focus of the political discourse. The project “The Quality of Multicultural Democracy in Amsterdam and Berlin” takes the changing conditions into account when examining the political and civil integration of “allochthonous individuals”. This official Dutch term refers to all persons who are born outside their actual country of residence, or for whom this was the case of at least one of their parents. This paper focuses on the empirical fieldwork for the Berlin part of the project, based on telephone interviews with German, Turkish, and Italian respondents, as well as on immigrants from the former Soviet Union, including ethnic Germans and Jewish “contingency refugees”. The question is posed whether – in order to obtain a realistic view on the political and civil integration of ethnic minorities – such an extended definition (resulting from the methodological consequences of the sampling procedure and interview techniques) of the basic population is in fact necessary. The authors conclude that research findings that are based on foreign population surveys are no longer representative for migrants living in Germany.

## Inhalt

1. EINFÜHRUNG: Inhaltliche und methodische Fragestellungen der Migrantenforschung.....	1
1.1 Das Projekt „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“ .....	4
1.2 Planung der Feldarbeit unter Berücksichtigung des Standes der Methodenforschung.....	8
2. METHODENFORSCHUNG: Die Umsetzung und Notwendigkeit eines Perspektivenwechsels.....	14
2.1 Migranten mit spezifischen Namen: Die Stichprobenziehung via Namensverfahren .....	15
2.2 Migranten mit unspezifischen Namen: Deutsche und jüdische Namen bei Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion.....	22
2.3 Migranten mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen: Zweisprachiges Fragebogendesign und der Einsatz muttersprachlicher Interviewer .....	26
2.4 Migranten mit unterschiedlichen rechtlichen Stati: „Ausländer“, „Doppelstaatler“ und „Deutsche“ .....	29
2.5 Auswirkungen des methodischen Designs auf die Untersuchungsergebnisse .....	32
3. METHODENBERICHT: Dokumentation und Analyse der Feldarbeit im Projekt .....	37
3.1 Ablauf der telefonischen Befragung .....	38
3.2 Erstellen und Kontrolle des Quotenplans .....	42
3.3 Prüfung auf strukturelle Verzerrungen .....	45
3.4 Aufstockung der Stichprobe zu einem späteren Zeitpunkt.....	50
3.5 Anwendung eines Korrekturgewichtes zur Kontrolle struktureller Verzerrungen.....	52
4. ZUSAMMENFASSUNG: Praktische Hinweise für die Planung von Migrantenbefragungen .....	57
5. LITERATURVERZEICHNIS .....	62
6. ANHANG: Fragebogen .....	64

## Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Sukzessive Befragungsausfälle bei via Namensverfahren erstellten Stichproben im Telefoninterview.....	20
Tabelle 2:	Verteilung von Juden und Aussiedlern in unterschiedlichen Namenslisten .....	23
Tabelle 3:	Kulturelle bzw. religiöse Selektivität deutscher bzw. jüdischer Namen.....	25
Tabelle 4:	Wahl der Interviewsprache und Eigeneinschätzung der Deutschkenntnisse .....	27
Tabelle 5:	„Ausländer“, „Doppelstaatler“ und „Deutsche“ unter Migranten.....	29
Tabelle 6:	Kovariation von Sprachkenntnissen* und Staatsbürgerschaft .....	33
Tabelle 7:	Auswirkungen von Sprache und Staatsbürgerschaft auf politische Integration .....	36
Tabelle 8:	Kontrolle des Quotenplans nach 1., 2. und 3. Befragungswoche.....	44
Tabelle 9:	Vergleich der Sozialstruktur in Umfragedaten und amtlicher Statistik .....	48
Tabelle 10:	Verteilung ausgewählter Variablen in erster und zweiter „Russen“-Stichprobe.....	51
Tabelle 11:	Auswirkung eines Korrekturgewichts auf integrationsspezifische Variablen .....	56

## Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1:	Untersuchungsmodell zum Zusammenhang von politischen Gelegenheitsstrukturen, Sozialkapital und politischer Integration .....	6
Schaubild 2:	Zuwanderungsspezifische Selektivität von Sprachwahl und Sprachkenntnissen .....	28
Schaubild 3:	Zuwanderungsspezifische Selektivität unterschiedlicher rechtlicher Stati.....	30
Schaubild 4:	Dauer der telefonischen Befragung in Minuten.....	40



## 1. EINFÜHRUNG:

### Inhaltliche und methodische Fragestellungen der Migrantenforschung

Migrantenforschung war in der Bundesrepublik Deutschland lange nahezu identisch mit „Ausländerforschung“. Überblicksdarstellungen und größere Projekte zum Thema firmierten unter entsprechenden Bezeichnungen; beispielhaft seien die Arbeiten von Ursula Mehrländer zur Ausländerforschung zwischen 1965 und 1980 oder der Bericht zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen im Auftrag des BMA aus dem Jahre 1996 genannt. Auch in der öffentlichen Diskussion über ethnische Minderheiten nimmt der Ausländerbegriff den breitesten Platz ein: Die Rede ist von „Ausländeranteil“, „Ausländerpolitik“, „Ausländergesetz“, „Ausländerkriminalität“, „Ausländerextremismus“ usw. Geändert hat sich diese Situation im wesentlichen erst nach dem Regierungswechsel 1998 mit einem neuen Staatsbürgerschaftsrecht, dem Einsetzen einer Zuwanderungskommission und dem Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz. Sowohl der Ausländer- wie auch der Zuwandererbegriff grenzen die im Fokus der politischen Auseinandersetzungen stehende Personengruppe jedoch nicht exakt ein. Zum einen weil es Personen gibt, die selbst oder deren Eltern zugewandert sind, die aber die deutsche Staatsbürgerschaft entweder per se schon besaßen oder diese später erworben haben, wie z.B. „volksdeutsche“ Spätaussiedler oder eingebürgerte Ausländer, zum anderen solche, die selbst nicht zugewandert, sondern in Deutschland geboren sind, aber trotzdem nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, insbesondere die zweite und dritte Generation der sogenannten „Gastarbeiter“. Die Ursache hierfür liegt am bis Ende der neunziger Jahre im Prinzip gültigen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) aus dem Jahre 1913, das Staatsbürgerschaft über Abstammung („ius sanguinis“) definiert. Vereinfachend formuliert: Deutscher ist, wer von deutschen Eltern geboren wird. Mit Geltung vom 01.01.2000 wurde das Staatsbürgerschaftsrecht erstmals um Elemente des Territorialprinzips („ius soli“) erweitert. Kinder ausländischer Eltern erwerben die deutsche Staatsbürgerschaft nun durch Geburt, soweit ihre Eltern über einen längerfristigen Aufenthaltsstatus in Deutschland verfügen. Allerdings müssen sie sich bis zum 23. Lebensjahr entweder für die deutsche oder die Staatsbürgerschaft der Eltern entscheiden (sogenanntes „Optionsmodell“). Sonstige Rechtsansprüche auf Einbürgerung für nichtdeutsche Zuwanderer existieren in Ansätzen erst seit 1993 nach 15 Jahren rechtmäßigen Aufenthalts auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahr 2000 wurde diese Wartefrist auf 8 Jahre reduziert. Bis 1993 waren Aussiedler, ihre Ehegatten und Kinder – abgesehen von per se deutschen Flüchtlingen, Vertriebenen und Übersiedlern – die einzige Zuwanderergruppe, die Anspruch auf Einbürgerung hatte. Sie genießen außerdem das Vorrecht, ihre bishe-

rige Staatsbürgerschaft nicht aufgeben zu müssen, was ansonsten nur bei im Herkunftsland entgegenstehenden Hindernissen oder Kindern binationaler Ehen toleriert wird.

Während die einen im öffentlichen Diskurs lange nicht als Migranten wahrgenommen, sondern als aus- oder übergesiedelte Deutsche quasi als „Heimkehrer“ angesehen wurden, galten die anderen als Besucher auf Zeit, denen man wegen Arbeitskräftemangels vor Ort, wegen politischer Verfolgung in der Heimat oder Bürgerkriegen vorübergehenden Aufenthalt gewährte. Dieses Bild hat sich deutlich verändert. Zum einen, weil die seit Mitte der neunziger Jahre aus den vorderasiatischen Deportationsgebieten in Kasachstan zugewanderten Spätaussiedler und vor allem ihre Familienmitglieder nur wenig westliche Kulturorientierungen und noch weniger deutsche Sprachkenntnisse aufweisen. Zum anderen, weil viele der ehemaligen Gastarbeiter und ihre häufig in Deutschland geborenen und sozialisierten Kinder die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen nutzen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben und inzwischen – wie der Unternehmer Vural Öger, der Politiker Cem Özdemir oder der Komiker Kaya Yanar – eine nennenswerte Stellung im öffentlichen Leben Deutschlands einnehmen. Seit Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts werden jährlich alleine 150.000 bis 200.000 Ausländer – und zwar ohne Berücksichtigung von Aussiedlern – eingebürgert.

Die Frage, die eigentlich zwangsläufig zu stellen ist, die aber noch viel zu selten tatsächlich gestellt wird (Ausnahme u.a. Salentin/Wilkening 2003) ist: Welche Information wird unterschlagen, wenn solchermaßen rechtlich integrierte Personen nichtdeutscher Herkunft plötzlich nach formalen Maßstäben gar keine Ausländer mehr sind, es in der öffentlichen Wahrnehmung aber bleiben? Muss das nicht Auswirkungen auf die amtlichen Statistiken haben, nach denen Ausländer häufiger kriminell, arbeitslos und Sozialhilfeempfänger sind? Was sagt es aus, wenn ein im Zeitverlauf gleichbleibender oder höherer Anteil ausländischer Kinder Sprachschwierigkeiten in der Schule hat? Dass die Integrationswilligkeit der Eltern mangelhaft ist oder dass immer mehr von ihnen nach der deutschen Sprache auch die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben? Leben wirklich alle Migranten in selbstgewählten Ghettos, ziehen sie sich in ethnische Gemeinschaften zurück und verweigern jegliche Beteiligung an deutschem Sozialleben, deutscher Kultur und deutscher Politik? Oder nur Ausländer? Was ist mit den Aussiedlern? Und warum?

Das Projekt „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“ berücksichtigt die veränderten Rahmenbedingungen, wenn es die politische und zivil-

gesellschaftliche Integration ausgewählter ethnischer Minderheiten und Zuwanderergruppen in Amsterdam und Berlin vergleicht. Am Beispiel der Berliner Teilstudie dieses Projekts soll gezeigt werden, dass es im deutschen Kontext erstens *methodisch möglich* und zweitens *inhaltlich notwendig* ist, die Untersuchungsperspektive im Sinne einer – diese Bezeichnung tatsächlich verdienenden – Migrantenforschung über Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft hinaus zu erweitern.

Im vorliegenden Fall stellen sogenannte „Allochthone“ die Grundgesamtheit der Migranten dar. Diese amtliche niederländische Definition bezeichnet alle Personen, die entweder selbst oder einer ihrer Elternteile außerhalb ihres Aufenthaltslandes geboren wurden; übertragen auf die im Projekt befragten Gruppen also in der Türkei, in Italien oder auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Sie geht damit sowohl über das Staatsbürgerschafts- wie auch das Zuwanderungskriterium hinaus. Der Preis für eine solche Perspektivenerweiterung besteht in einem höheren Ressourcenaufwand bei Stichprobenziehung und Befragungstechnik; konkret in der Nutzung eines Namensverfahrens zur Identifikation von Migranten sowie dem Einsatz eines zweisprachigen Fragebogens und muttersprachlicher Interviewer. Erstes, weil die Untersuchungspopulation keiner amtlichen deutschen Kategorie gemäß abgegrenzt werden kann und zweites, weil es durch die Nichtbefragung von Migranten ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse zu einem möglicherweise selektiven Ausfall am anderen Pol der – eher virtuellen – Integrationsskala käme. Der geringe Kenntnisstand der Methodenforschung zu beiden Aspekten ließ es sinnvoll erscheinen, die eingesetzten Instrumente hinsichtlich ihrer Funktionalität im Forschungsprozess und ihrer Auswirkungen auf die Forschungsergebnisse zu analysieren und die gewonnenen Einsichten zu dokumentieren. Ein besonderer Erkenntnisgewinn besteht darin, dass nicht nur türkischstämmige Personen, auf die sich die einschlägige Methodenforschung meistens beschränkt, untersucht werden, sondern vor allem die bisher wenig erforschten Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, inklusive deutschstämmiger Aussiedler und jüdischer Kontingentflüchtlinge.

Einführend wird zunächst das Projekt „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“ inhaltlich vorgestellt (1.1), um daran anknüpfend die Planung der Feldarbeit unter Berücksichtigung des Standes der Methodenforschung zu begründen (1.2). Anschließend wird die Notwendigkeit und Umsetzbarkeit methodischer Innovation in der Migrantenforschung hinsichtlich der oben beschriebenen Aspekte am Beispiel von Stichprobenziehung, Befragungstechnik und den erhobenen Daten des Projekts detailliert aufgezeigt (2.). Dieser Abschnitt hat expliziten Metho-

denforschungscharakter. Das nachfolgende Kapitel dokumentiert und analysiert weitere Aspekte der Feldarbeit, wie den Ablauf der telefonischen Befragung und das Problem systematischer Verzerrungen durch „Non-Response“ und „Response-Bias“, so dass das vorliegende Papier in nachrangiger Absicht auch den Methodenbericht des Projekts repräsentiert (3.). Die Zusammenfassung wertet die vorangegangenen Ausführungen in der Weise aus, dass praktische Hinweise für die Planung von Migrantenerbefragungen entstehen (4.).

## **1.1 Das Projekt „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“**

Das Forschungsprogramm zum Originaltitel *„Quality of the multicultural democracy in Amsterdam and Berlin: civic communities, integration and local government policy“* ist ein Gemeinschaftsprojekt der Universität Amsterdam und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Die zentrale Forschungsfrage ist, wie die Qualität der multikulturellen Demokratie, betrachtet als politische Partizipation von Migranten und deren Vertrauen in politische Institutionen, durch den Grad ihrer Eingebundenheit in die zivilen Institutionen des Aufnahmelandes einerseits sowie in die eigenen ethnischen Institutionen andererseits erklärt werden kann. Eine Position, die man vielleicht am besten als „assimilationistisch“ charakterisieren kann, verbindet mit starken ethnischen Netzwerken die Entstehung von Parallelgesellschaften und ethnischen Ghettos. Eine Integration in die Gesellschaft des Aufnahmelandes kann demnach nur über deren ureigenste Institutionen erfolgen. Die „multikulturalistische“ Position behauptet dagegen, dass Integration nur auf Basis einer selbstbewussten Identität und mittels der Unterstützung eigenethnischer Netzwerke als Hebel in die Aufnahmegesellschaft gelingen kann. Die Klärung dieser gegensätzlichen Positionen ist nicht zuletzt von politischer Bedeutung, da die Förderung ethnischer Institutionen vor dem Hintergrund knapper werdender öffentlicher Finanzmittel und nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 zunehmend aufgrund integrationspolitischer Erwägungen entschieden werden dürfte.

Als Haupterklärungsvariable für die politische Integration von Migranten steht das Sozialkapital im Mittelpunkt der Untersuchung. Sozialkapital, operationalisiert als die Existenz von, die formellen Mitgliedschaften in und die informellen Beziehungen zu zivilgesellschaftlichen Organisationen, steht in dem Ruf, zwischen Mikro- und Makroebene vermittelnd, positive Funktionen für die Gesellschaft zu übernehmen. Auf der Mikroebene, weil Mitglieder in Organisationen für den Zusammenhalt einer

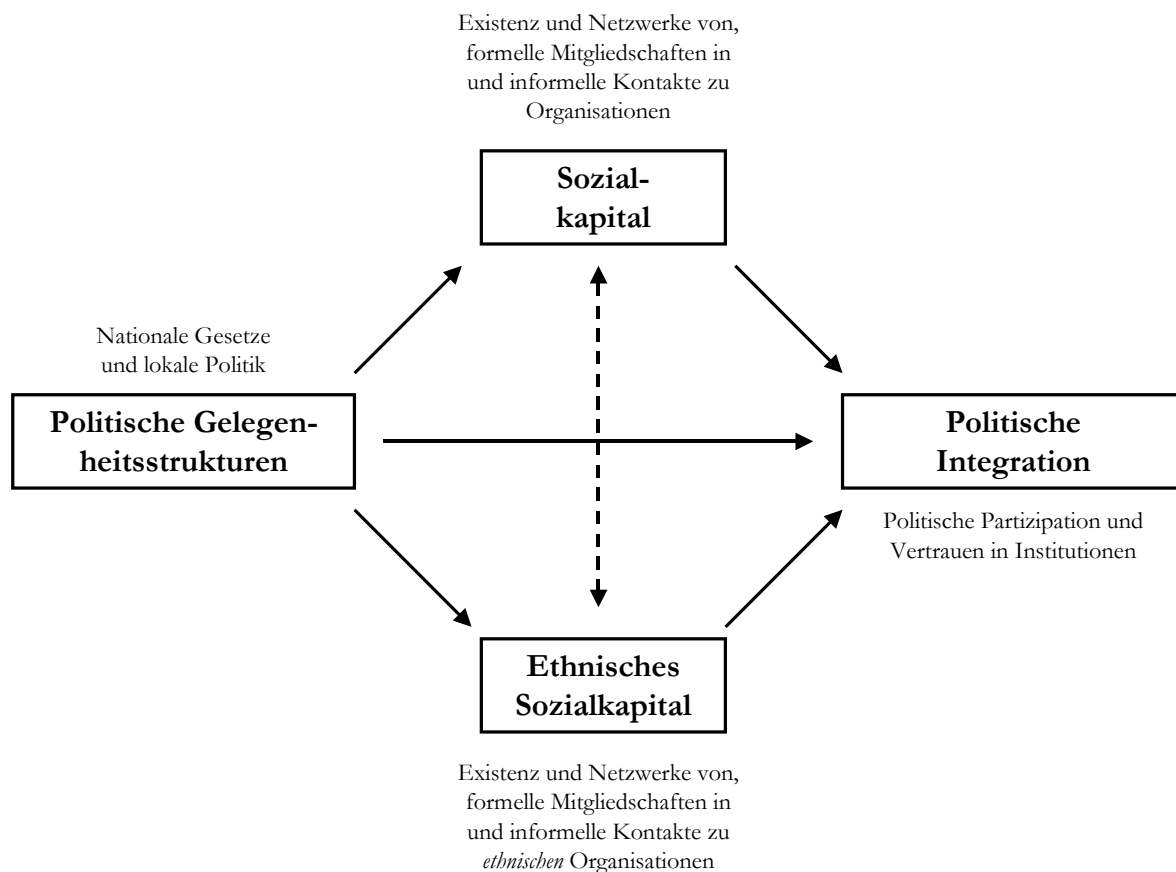
Gesellschaft konstitutive Verhaltensweisen, *civil skills*, annehmen, verinnerlichen und in ihrem persönlichen Umfeld weitervermitteln (Almond/Verba 1989). Sie lernen dort z.B. sich in der Gruppe argumentativ auseinander zu setzen, gemeinsame Zielvorstellungen zu formulieren, diese in der Öffentlichkeit zu artikulieren und erwerben – selbst in der konstruktiven Auseinandersetzung – Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen. Auf der Makro-Ebene hat Robert D. Putnam in einer populären Studie gezeigt, dass in italienischen Regionen mit einem hohen Sozialkapital auch die Performanz des politisch-administrativen Sektors höher bewertet wird (Putnam 1993). Freiwillige Organisationen sind zudem wichtig, um die Sichtweisen und Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in die diskursiven Arenen zu transportieren und dort zu vertreten, nicht zuletzt mittels der formellen und informellen Netzwerke ihrer eigenen Mitglieder.

Eine solchermaßen „positive“ Wahrnehmung kann dem *ethnischen* Sozialkapital nicht zugerechnet werden. Verschiedene Autoren haben auf die mögliche „*downside of social capital*“ (Portes/Landolt 1996) hingewiesen. In manchen zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihren Netzwerken werden nicht nur die Normen der sie einbettenden Gesellschaft und das Vertrauen in deren Institutionen vermittelt, sondern das Gegenteil davon ist der Fall. Putnam bezeichnet diese besondere Spielart des Sozialkapitals als „*bonding social capital*“ in Abgrenzung von „*bridging social capital*“ (Putnam 2000). In dieser Hinsicht stellen *ethnic communities* einen Forschungsgegenstand dar, dessen Zuordnung zu einer dieser beiden Ausrichtungen von Sozialkapital umstritten ist: Was bedeutet es für die politische Integration von Migranten, wenn diese sich in ethnischen Organisationen engagieren? Entfremden sich türkische Berliner, weil ihnen die Stadt ein dichtes Netzwerk von türkischen Organisationen bietet? Beeinträchtigt es das Verhältnis zu demokratischen Werten und Normen, wenn der Muslim seinen Glauben in einer Berliner Moschee ausüben kann?

Die Entstehung, Entwicklung und Gestalt von *ethnic communities* wird durch die migrationspezifischen politischen Rahmenbedingungen, *political opportunity structures*, mitbestimmt. Diese können einerseits legislativer Art sein, durch Gesetzgebungen zum Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltsrecht sowie einzelnen politischen und sozialen Rechten, wie z.B. dem Wahlrecht oder dem Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Diesbezügliche Unterschiede strukturieren Gruppen von Zuwanderern; in Deutschland z.B. EU- und Nicht-EU-Ausländer, Spätaussiedler, Flüchtlinge und Asylbewerber. Die Unterschiede können andererseits exekutiver Art sein, durch unterschiedliche Praktiken in lokalen Behörden, z.B. bei Einbürgerungsverfahren, Erteilung von

Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnissen oder Abschiebungen. Die lokale Politik kann die Integration von Migranten aber außerdem über deren eigene zivilgesellschaftlichen Organisationen beeinflussen, nämlich indem sie diese subventioniert oder nicht subventioniert, indem sie institutionelle Kontakte zu diesen pflegt, z.B. über einen Ausländer- oder Zuwanderungsbeauftragten, oder indem sie sich gegenüber bestimmten Organisationen bewusst und sichtbar abgrenzt. Solche unterschiedlichen politischen Gelegenheitsstrukturen können zum einen an verschiedenen Gruppen von Migranten festgemacht werden, zum anderen an verschiedenen Gebietskörperschaften, z.B. Städten und Staaten. Schaubild 1 stellt das Untersuchungsmodell des Zusammenhangs von politischen Gelegenheitsstrukturen, Sozialkapital und politischer Integration im Überblick dar.

*Schaubild 1: Untersuchungsmodell zum Zusammenhang von politischen Gelegenheitsstrukturen, Sozialkapital und politischer Integration*



Das Forschungsprojekt ist als Zwei-Städte-Vergleich (Berlin und Amsterdam) über die Zeit angelegt. Dabei sollen die migrationsspezifischen politischen Rahmenbedingungen

in den Städten anhand qualitativer und dokumentenanalytischer Verfahren untersucht, eine Netzwerkanalyse der lokalen ethnischen Organisationen durchgeführt und beides zudem in historischer Entwicklung betrachtet werden. Zur möglichst detaillierten Ermittlung der politischen Partizipation von Migranten und deren Vertrauen in die politischen Institutionen sollen des weiteren Mikrodaten durch Bevölkerungsumfragen in beiden Städten erhoben werden. Dabei werden ausgewählte Migrantengruppen u.a. dazu befragt, ob sie – wenn sie das Wahlrecht hätten – an Wahlen zum Stadtparlament teilnehmen würden, ob sie sich in der zurückliegenden Zeit politisch betätigt, z.B. an einer Unterschriftensammlung teilgenommen haben, ob sie in den Medien oder privaten Gesprächen am politischen Geschehen teilhaben und wie hoch ihr Vertrauen in politische Institutionen, wie z.B. die Verfassung, ist. Als kontrastierende Variablen im Sinne der Forschungsfrage werden zudem Informationen zu Mitgliedschaften, Aktivitäten und Kontakten in verschiedenen Organisationen sowie zu den Organisationen selbst, z.B. deren ethnische Struktur, erfasst.

Der vorliegende Methodenbericht dokumentiert den Berliner Teil dieser Bevölkerungsumfrage. Dieser ist vom Untersuchungsdesign und Inhalt nicht deckungsgleich mit dem Amsterdamer Teil, wo die entsprechenden Informationen zu großen Teilen aus einer jährlich wiederholten amtlichen Befragung, dem sogenannten „Bürgermonitor“ entnommen werden können. Auch die befragten Gruppen unterscheiden sich analog der unterschiedlichen Zuwandererstruktur in den zwei Städten. Beiderorts stellen die Türken eine große, in Berlin sogar die größte, ethnische Minderheit mit etwa 200.000 türkischstämmigen Personen. Sie verbindet die Einwanderungshistorie als sogenannte „Gastarbeiter“ und der rechtliche Status als „Nicht-EU-Ausländer“ mit beschränkten Aufenthalts- und Arbeitsrechten – soweit sie inzwischen nicht die deutsche bzw. niederländische Staatsbürgerschaft besitzen. Die Italiener sind in beiden Städten ebenfalls seit den fünfziger bzw. sechziger Jahren als „Gastarbeiter“ eingewandert, heute genießen sie jedoch die vollen Freizügigkeitsrechte als EU-Bürger und nehmen daher auch selten die Staatsbürgerschaft des Aufnahmelandes an. Sie sind sowohl in Berlin (etwa 15.000) als auch in Amsterdam eine eher kleine Population. Eine dritte Gruppe repräsentiert zwei spezifisch deutsche Zuwanderungsregelungen: Die überwiegend erst in den neunziger Jahren aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion eingewanderten deutschstämmigen Aussiedler und jüdischen Kontingentflüchtlinge. Erstgenannte haben als sogenannte „Volksdeutsche“ nach dem Bundesvertriebenengesetz einen rechtlichen Anspruch auf die sofortige Erteilung der deutschen Staatsbürgerschaft, letztere – aufgrund der politisch gewollten Wiederbelebung der jüdischen Gemeinden – immerhin einen vereinfachten Zugang. Ihnen werden vielfältige institutio-

nelle Hilfen zur Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft angeboten, u.a. besitzen sie ein Anrecht auf staatlich finanzierte Sprachkurse. Insgesamt leben in Berlin schätzungsweise 80.000 Zuwanderer aus den GUS-Staaten. In den zwanziger Jahren residierten vorübergehend sogar über 300.000 „Russen“ in der Stadt. Wie leicht zu ersehen ist, werden mit der Auswahl der Gruppen zugleich Informationen über unterschiedliche politische Gelegenheitsstrukturen erhoben. Nicht zu vergessen ist, dass diesen als Kontrollgruppe noch die „autochthone“ Bevölkerung gegenübergestellt wird, also die Berliner ohne Migrationshintergrund.

Wie können diese Populationen nun exakt eingegrenzt werden? Wer ist ein Deutscher, wer ein Türke, wer ein Italiener, wer ein „Russe“? Wie kann eine repräsentative Stichprobe aus der so definierten Grundgesamtheit gezogen werden? Wie sollen sie dann befragt werden? Persönlich, telefonisch oder gar postalisch? Auf Deutsch oder in der Muttersprache? Wie sind selektive Befragungsausfälle zu vermeiden? Diesen Fragen, den getroffenen Entscheidungen und deren Auswirkungen widmet sich der folgende Abschnitt.

## **1.2 Planung der Feldarbeit unter Berücksichtigung des Standes der Methodenforschung**

Die empirische Migrationsforschung in der Bundesrepublik Deutschland findet häufig auf der Grundlage von Sekundäranalysen, Leitfadeninterviews und Gruppendiskussionen statt (Humpert/Schneiderheinze 2000: 37). Quantitative Forschungsansätze untersuchen insbesondere Fragen der sozialstrukturellen Integration und greifen dabei meistens auf die im Rahmen größerer Bevölkerungsumfragen erhobenen Informationen zu „Ausländern“ oder „Immigranten“ zurück. Diese Daten bieten jedoch nicht immer den Rahmen, repräsentative Untersuchungen zu einer spezifischeren Forschungsfrage durchzuführen, da sie entweder hinsichtlich des Stichprobenkonzepts, der Befragungstechnik oder den gemessenen Variablen nicht den speziellen Interessen genügen. Beispielfhaft sei dies für die drei bedeutendsten Sekundärdatenquellen in der bundesdeutschen Sozialforschung geschildert. So stellt die größte deutsche Bevölkerungsbefragung, der sogenannte „Mikrozensus“ des Statistischen Bundesamtes – eine jährliche Ein-Prozentstichprobe der in Deutschland ansässigen Haushalte zu sozioökonomischen und mikrosoziologischen Fragen – auf Bundesländerebene ausreichend große Fallzahlen sowie Informationen zu Nationalität und Zuwanderungsjahr zur Verfügung – jedoch nicht zu Fragen der politischen Partizipation. Die „Allgemeine Bevölkerungs-

umfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) – eine im Zweijahres-Rhythmus stattfindende Umfrageserie in Verantwortung des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen Mannheim (ZUMA) und des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung Köln (ZA) – misst hingegen auch Indikatoren der zivilgesellschaftlichen und politischen Beteiligung der Befragten. Seit 1992 werden zudem „Ausländer“ mittels einer mehrstufig geschichteten Zufallsauswahl entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil berücksichtigt, allerdings nur dann befragt, wenn sie über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Das führt zu quantitativ wie qualitativ erheblichen Befragungsausfällen bei einer ohnehin schon nicht sehr großen Stichprobe von etwa 3.000 bis 4.000 Personen. Das „Sozio-ökonomische Panel“ (SOEP) – eine seit 1984 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführte Längsschnittuntersuchung der bundesdeutschen Wohnbevölkerung – betrachtet ebenfalls Aspekte des gesellschaftlichen Engagements, berücksichtigt verschiedene Zuwanderergruppen sogar über ihren Bevölkerungsanteil hinaus und benutzt für die klassischen „Gastarbeiter-Nationen“ zweisprachige Fragebögen, um Ausfälle wegen fehlender Deutschkenntnisse zu vermeiden. Trotzdem reicht der Umfang der Stichproben nicht aus, um in einem kleinteiligen Segment wie dem Bundesland Berlin ausreichende Fallzahlen für einzelne Migrantengruppen zu erzielen (in der stark erweiterten „Welle Q“ des Jahres 2000 wurden gerade einmal 333 Berliner Haushalte befragt). Während der Mikrozensus also den Umfang, der ALLBUS den inhaltlichen Bezug und das SOEP die repräsentative Struktur für die Untersuchung der politischen Partizipation von Migranten in Berlin besitzt, integriert keine Befragung diese notwendigen Anforderungen gemeinsam in sich. Ähnliches gilt für andere Datenquellen. Es ist der Schluss zu ziehen, dass keine geeigneten Sekundärdaten vorliegen, was zur Folge hat, dass eine Primärerhebung notwendig ist, um die Forschungszwecke zu realisieren.

Die Durchführung einer Primärerhebung erfordert mehrere Entscheidungsschritte, die jeweils im Spannungsverhältnis zwischen den zur Verfügung stehenden Ressourcen und den notwendigen Qualitätsstandards stehen. „Wenn Primärerhebungen mit hohen Fallzahlen und standardisierten Erhebungsinstrumenten unter Zuwanderern durchgeführt werden, wird oftmals auf der Basis verschiedener mehrstufiger Auswahlverfahren die Befragung im Haushalt (face-to-face) durchgeführt. So wird zwar methodisch ein zufriedenstellender Qualitätsstandard erreicht, der jedoch zu hohen Kosten und langen Projektlaufzeiten führt.... Die zeit- und kostengünstigere CATI-Methode<sup>1</sup> wird bei Be-

---

<sup>1</sup> CATI steht für „Computer-Assisted-Telephone-Interview-System“ und bedeutet in der Praxis, dass der Interviewer während des Telefonats auf einen PC-Bildschirm sieht und interaktiv mit einem Programm arbeitet, dass ihm oder ihr notwendige Schritte wie die Filterführung abnimmt und die Konvertierung der Antworten in Zahlen-Codes erledigt.

fragten ausländischer Herkunft nur sehr selten angewendet, da bislang keine Ansätze für zufriedenstellende Stichprobenkonzepte entwickelt wurden“ (Humpert/Schneiderheinze 2000: 37). Die Frage, ob die Erhebung „face to face“, telefonisch oder gar postalisch erfolgen soll, ist neben den begrenzten Mitteln demnach eng mit dem Stichprobenkonzept verbunden.

Nach Friedrichs (1980: 125) ist das zentrale Gütekriterium einer Stichprobe erfüllt, wenn sie „ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit hinsichtlich der Heterogenität der Elemente und hinsichtlich der Repräsentativität der für die Hypothesenprüfung relevanten Variablen“ darstellt. Problematisch für die Erfüllung dieses Kriteriums sind jedoch die mangelnden Kenntnisse über das Teilnahmeverhalten von Minderheiten und die damit in Verbindung stehenden Auswirkungen auf die Repräsentativität der Befragten. Die bisherige Methodenforschung zeigt einerseits, dass Migranten zwar schwieriger zu erreichen sind und wegen fehlender Sprachkenntnisse häufig nicht interviewt werden können, andererseits aber einer Befragung aufgeschlossener gegenüberstehen als Deutsche. Jedoch, was sich im Gesamtergebnis als eine in etwa gleich große „Ausschöpfungsquote“ darstellt, kann im Detail auf sehr unterschiedlichen Formen selektiver Verzerrungen beruhen (Blohm/Diehl 2001: 224ff).

Zunächst ist also zu klären, welche Grundgesamtheit das Stichprobenkonzept letztlich verzerrungsfrei abbilden soll, oder anders ausgedrückt, wie „Migranten“ zu definieren sind. Sogenannte „Ein- oder Zuwanderer“ sind im engeren Sinne nur deren „erste Generation“, der inzwischen eine „zweite“ und „dritte Generation“ ihrer hier geborenen Kinder gefolgt ist. Die Bezeichnung „Ausländer“ beschreibt lediglich einen rechtlichen Status, der z.B. auf eingebürgerte Türken und Italiener nicht zutrifft. Eine „ethnische Gruppe“ verbindet – Max Weber (1964: 307) folgend – „der subjektive Glaube an eine Abstammungsgemeinsamkeit“, der sich z.B. bei Aussiedlern mal auf ihre deutschen Urahnen, mal auf ihr russisches, kasachisches oder sonstiges Geburtsland beziehen kann (vgl. Salentin 1999: 116). Um im vorliegenden Fall eine über Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft hinausgehende und trotzdem eindeutige Auswahlgrundlage herstellen zu können, wurde die amtliche niederländische Definition benutzt, nach der in dieser Untersuchung als „allochthon“ eingestuft wird, wer entweder selbst oder einer seiner bzw. ihrer Elternteile in der Türkei, Italien oder auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geboren wurde.

Dieser forschungstechnische Vorteil geht jedoch mit einem methodischen Problem einher. Während es im Falle des Kriteriums der Staatsbürgerschaft möglich gewesen wäre, eine unverzerrte Zufallsstichprobe aus dem Berliner Melderegister zu ziehen, in

der durch die gesetzliche Meldepflicht alle („legalen“) Einwohner mit ihrer Nationalität erfasst sind, liegen für die hier definierte Zielpopulation keine amtlichen Listen vor. Die in der Marktforschung stattdessen meist eingesetzten wohnortbasierten "random-route-Verfahren", bei der von vorgegebenen Startadressen Wohnhaushalte systematisch abgegangen werden, sind jedoch aus Ressourcengründen nicht einsetzbar, da sie bei kleineren Bevölkerungsgruppen, wie den Italienern, äußerst ineffizient sind. Begründung: Bei einem Bevölkerungsanteil von einem Prozent (in Berlin leben weniger Italiener) würde der Interviewer – bei konstanten Haushaltsgrößen – nur in jedem hundertsten Haushalt auf die Zielgruppe stoßen. In einem solchen Fall, einer schwer erreichbaren Minderheitengruppierung, liegt häufig der Gedanke an eine Ziehung nach dem sogenannten „Schneeballverfahren“ nahe, bei dem allerdings das Zufallsprinzip aufgegeben wird. Ausgehend von einer Startstichprobe von leicht zugänglichen Merkmalsträgern werden über deren persönliche Kontakte weitere zu Befragende rekrutiert, die dann wieder als Mittler dienen usw. Dieses Verfahren hat jedoch einen mit dem Untersuchungsziel konfligierenden Nachteil: Personen mit größeren persönlichen Netzwerken besitzen eine höhere Wahrscheinlichkeit, von Personen genannt zu werden, die bereits in die Stichprobe gelangt sind. Gering vernetzte Migranten wären demnach in der Endstichprobe unterrepräsentiert, was bei einer Untersuchung über politische und soziale Partizipation zu einem „selection bias“ führen würde (Salentin 1999: 117ff).

Stattdessen wurde hier für ein namensbasiertes Verfahren der Stichprobenziehung optiert, das sich die Tatsache zu Nutze macht, dass erstens Telefonverzeichnisse mit geringfügigen Abstrichen unverzerrte Haushaltsstichproben der Wohnbevölkerung darstellen und zweitens Migrantenhaushalte an spezifischen Vor- und Nachnamen sowie Namensbestandteilen zu erkennen sind. Technisch wird dies durch die EDV-gestützte Datenbankabfrage von Telefon-CD's bewerkstelligt. Die Vorteile liegen darin, dass eine namensbasierte Stichprobe nicht auf rechtliche Stati oder subjektive Zugehörigkeiten rekurriert und vordergründig auch keine namensspezifischen Verzerrungen zu erwarten sind. Einschränkungen bestehen aber hinsichtlich der Vollständigkeit der zugrundeliegenden Telefonverzeichnisse. Zwar liegt die Telefondichte der ausländischen Bevölkerung mit über 90% in etwa ähnlich hoch wie die der deutschen, dennoch lassen sich – verglichen mit amtlichen Daten – weniger als die Hälfte der nicht-deutschen Zielpopulation über Telefonregister identifizieren (Granato 1999: 45ff).<sup>2</sup> Die

---

<sup>2</sup> Um die Quote der identifizierbaren Personen zu ermitteln, wurden in einer Studie der ZUMA zwei Stichproben für die volljährige türkische und deutsche Bevölkerung Mannheims aus dem Melderegister gezogen und diesen über Namen bzw. Straßen mittels des aktuellen Telekom-Online-Telefonbuchs bzw. einer Telefon-CD (DT-Info) eine Telefonnummer zuzuordnen versucht. Die Identifizierungsquote betrug bei Deutschen 62,5%

Gründe liegen darin, dass neben Haushalten ohne Festnetzanschluss auch solche ohne Eintragung ins Telefonbuch (anonyme Anschlüsse) nicht erreicht werden können, dass die Eintragungen in Telefon-CD's nicht aktuell sind (nach Angaben der Deutschen Telekom ändern sich jährlich etwa 30% der Telefonbucheintragungen) und dass bestehende Eintragungen gerade bezüglich der ausländischen Bevölkerung häufig fehlerhaft sind (Schreibfehler, Vertauschung von Vor- und Nachnamen); (Humpert/Schneiderheinze 2000: 55ff, Salentin 1999: 126ff). Nach einer Untersuchung von türkischen Migranten in der Stadt Mannheim und nach Erkenntnissen betreffs SOEP und ALLBUS sind die Merkmale, entlang derer die Identifizierungsquote variiert, vor allem das Alter, das Geschlecht und die Aufenthaltsdauer in Deutschland. Als Gründe werden angegeben, dass ältere Migranten sich häufiger längere Zeit im Herkunftsland aufhalten, ohne sich polizeilich abzumelden, Frauen aus Angst vor Belästigungen auf eine Eintragung verzichten und die Aufenthaltsdauer mit fehlenden Sprachkenntnissen kovariiert, was zum Beispiel beim deutschsprachigen Fragebogen des ALLBUS zu einem Viertel Befragungsausfälle geführt hat. Sonstige Verzerrungen, auch hinsichtlich des sozioökonomischen Status, halten sich in erstaunlich engen Grenzen (Granato 1999: 55ff, Blohm/Diehl: 224ff).

Den gemachten Einschränkungen hinsichtlich des Namensverfahrens kann jedoch durch geeignete Maßnahmen begegnet werden: Die Kontrolle mittels eines Quotenplans sollte Abweichungen der Merkmale Alter und Geschlecht weitgehend verhindern. Mögliche Disproportionen zugunsten sprachlich und damit nicht zuletzt kulturell, sozial und politisch besser integrierter Migranten lassen sich durch den Einsatz zweisprachiger Fragebögen und muttersprachlicher Interviewer minimieren. Neben den methodischen Vorteilen im Sinne des Qualitätskriteriums verbleiben auch Vorteile hinsichtlich des notwendigen Ressourceneinsatzes, denn digitalisierte Telefonregister sind leicht zugänglich und preisgünstig zu beschaffen.

Damit klärt sich folgerichtig die Frage nach dem Erhebungsinstrument, denn das ebenfalls ressourcenschonendere CATI-Verfahren ist zwingend einzusetzen, da Anschlussinhaber ohne Adressangabe weder „face-to-face“ noch postalisch befragt werden könnten. Das persönliche Interview von Angesicht zu Angesicht galt lange als Königsweg der Umfrageforschung, jedoch sind die dieser Methode zugeschriebenen Vorteile in neueren Untersuchungen nicht mehr nachweisbar. Im Gegenteil: Die Ausschöpfungsquoten bei „face-to-face“-Interviews sind tendenziell rückläufig und liegen

---

und bei Türken 43,6%. Mittels einer „Begehung“ der Wohnungen konnte festgestellt werden, dass die niedrige Identifikationsquote in der türkischen Stichprobe weniger auf die mangelnde Aktualität des Melderegisters als auf die Unvollständigkeit und Fehlerhaftigkeit der Telefoneintragungen zurückzuführen ist.

inzwischen etwa auf dem Niveau postalischer Befragungen – beide jedoch deutlich unter denen telefonischer Interviews. Soziodemographisch lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den nach unterschiedlichen Methoden Befragten erkennen. Lediglich im Antwortverhalten zeigen sich geringfügige Differenzen. Bei postalischen Befragungen ist die Bereitschaft höher auf sensitive Fragen, wie z.B. nach abweichenden Verhaltensweisen, zu antworten, bei telefonischen Befragungen existiert eine gewisse Tendenz zur „Meinungslosigkeit“, schon bei mittel-sensitiven Fragen, wie z.B. nach politischen Einstellungen (Reuband/Blasius 1996: 296ff). Aber: Diese Erkenntnisse gelten für deutsche Befragte – für Migranten bleiben sie noch zu überprüfen.

Der Rückschluss von der Definition der Grundgesamtheit auf das geeignete Stichprobenkonzept und von dort wiederum auf das naheliegende Erhebungsinstrument hat also zur Konzeptionierung eines angemessen erscheinenden methodischen Ansatzes geführt. Ob sich die telefonische Befragung von Migranten unter Einsatz des Namensverfahrens tatsächlich als ein gangbares Konzept erwiesen hat, soll in der Dokumentation und Analyse seiner praktischen Anwendung im Rahmen der Berliner Teilstudie des Projektes „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“ in den folgenden Abschnitten (2. und 3.) untersucht werden.

## 2. METHODENFORSCHUNG:

### Die Umsetzung und Notwendigkeit eines Perspektivenwechsels

Die folgenden Ausführungen sollen zeigen, dass methodische Innovationen in der Erforschung ethnischer Minderheiten in Deutschland, genauer gesagt, die Erweiterung der Untersuchungsperspektive einerseits über Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und andererseits über solche mit deutschen Sprachkenntnissen hinaus, *methodisch möglich* und *inhaltlich notwendig* ist. Als forschungspraktisch gangbare Wege in dieser Hinsicht erweisen sich ein Stichprobenverfahren zur Identifikation von Migranten anhand spezifischer Namen bzw. Namensbestandteile in Telefonregistern und der Einsatz zweisprachiger Fragebögen und muttersprachlicher Interviewer zur Befragung von Personen ohne ausreichende Deutschkenntnisse. Inhaltlich aufgezeigt wird die Notwendigkeit solcher Innovationen durch die Auswirkungen, die nach Staatsbürgerschaft und Sprachkenntnissen unterschiedlich zusammengesetzte Migrantengruppen auf die Heterogenität ihrer Mitglieder – nach Maßstab zuwanderungsspezifischer Variablen – und auf die Untersuchungsergebnisse – nach Maßstab zivilgesellschaftlicher und politischer Integrationsvariablen – haben bzw. hätten. Grundlage dafür sind Daten, die im Rahmen des Projekts „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“ im November 2001 vom Zentrum für Türkeistudien (ZfT) im Auftrag der Universität Amsterdam und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) erhoben wurden.

Den in Abschnitt 1.2 diskutierten Beweggründen entsprechend wurde die Feldarbeit nach dem folgenden Untersuchungsdesign durchgeführt: Befragt wurden neben einer 305 Personen umfassenden deutschen Vergleichsgruppe 317 türkische, 316 italienische und 643 „russische“<sup>3</sup> Migranten, und zwar nach dem Kriterium der eigenen bzw. der Geburt eines Elternteils im entsprechenden Herkunftsland. Die Befragung fand telefonisch mittels eines standardisierten und für jede Untersuchungsgruppe zweisprachig ausgerichteten Fragebogens durch muttersprachliche Interviewer statt. Die Befragten wurden über jeweils eine, nach dem Namensverfahren gezogene, Zufallsstichprobe aus

---

<sup>3</sup> Im Folgenden wird der Einfachheit halber häufiger von „Russen“ die Rede sein, wenn Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion gemeint sind. Unter diesem Begriff werden in der vorliegenden Studie alle in Berlin wohnenden Personen gefasst, die selbst bzw. ein Elternteil in einem der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion geboren wurden, als da wären: Armenien, Aserbaidschan, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Lettland, Litauen, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrussland. Der doppelte Anteil „russischer“ Migranten erklärt sich aus der Absicht, diese Gruppe perspektivisch auch getrennt nach jüdischen Kontingentflüchtlingen und deutschstämmigen Aussiedlern untersuchen zu können. In dieser Hinsicht wurde im Januar 2002 noch eine Zusatzbefragung von weiteren 214 „Russen“ nach dem gleichen Untersuchungsdesign durchgeführt, die unter Punkt 3.4 gesondert erörtert wird.

Berliner Telefonregistern rekrutiert. Die soziodemographischen Merkmale Alter und Geschlecht wurden mittels eines Quotenplans kontrolliert.

Zunächst wird die Stichprobenziehung via Namensverfahren dokumentiert und analysiert, welche Vorgehensweisen zu welchen Auswahllisten potentieller Migranten geführt haben, wie hoch die Identifizierungsquote der Zielgruppen durch diese Methode ist und wie sich diese hinsichtlich ihrer Teilnahmebereitschaft am Interview unterscheiden (2.1). Daran anknüpfend muss ein spezifisches Problem des Namensverfahrens erörtert werden, nämlich die mögliche Selektivität zu Ungunsten von Migranten mit ethnisch unspezifischen Namen. Besonders anschaulich lässt sich dieses Problem an den nicht seltenen Fällen deutscher Namen bei deutschstämmigen Aussiedlern und jüdischer Namen bei jüdischen Kontingentflüchtlings aus der ehemaligen Sowjetunion darstellen. Es wird die Frage gestellt, ob es notwendig ist, die Träger solcher Namen gesondert zu erfassen, um die Repräsentativität der Stichprobe zu gewährleisten (2.2). Danach wird der Nutzen des zweisprachigen Fragebogendesigns und des Einsatzes muttersprachlicher Interviewer hinterfragt. Dazu wird über die Wahl der Interviewsprache durch die Befragten und deren Eigeneinschätzung ihrer deutschen Sprachkenntnisse das quantitative und qualitative Ausfallpotential solcher Personen abgeschätzt, die im Fall eines rein deutschsprachigen Interviews nicht hätten befragt werden können (2.3). Daran anschließend wird in vergleichbarer Weise überprüft, ob sich die „Allochthonen“-Stichproben von solchen nach dem Kriterium der Staatsbürgerschaft nicht nur im Umfang, sondern auch anhand zuwanderungsspezifischer Merkmale unterscheiden (2.4). Dass auf Staatsangehörigkeit basierende Stichprobenkonzept und der Verzicht auf muttersprachliche Befragungsinstrumente zu zuwanderungsspezifisch selektiven Stichproben führen würden ist naheliegend, aber hätten derartige Einschränkungen auch Auswirkungen auf die Forschungsergebnisse? Zur Klärung dieser wichtigsten Frage im Hinblick auf die einschlägige Methodenforschung werden Variablen zur politischen und zivilgesellschaftlichen Integration in Abhängigkeit von Staatsbürgerschaft und Sprachkenntnissen betrachtet und mit den unkorrigierten Untersuchungsergebnissen verglichen (2.5).

## **2.1 Migranten mit spezifischen Namen:**

### **Die Stichprobenziehung via Namensverfahren**

Wie bereits angedeutet, machen sich Namensverfahren den Umstand zu Nutze, dass Telefonregister mit geringen Abstrichen Verzeichnisse der Haushalte der Wohnbevöl-

kerung darstellen und dass Migrantenhaushalte am Namen, an Teilen des Namens oder einzelnen Silben zu erkennen sind (Salentin 1999: 126). Methodisch gesehen besticht die Unabhängigkeit des Namenskriteriums von rechtlichen Stati, sozialen Strukturen und subjektiven Zugehörigkeiten. Der Zugang zu den Daten ist über die Öffentlichkeit von Telefonregistern einfach und kostengünstig möglich und ihre Repräsentativität kann über begleitende Maßnahmen wie einen Quotenplan sichergestellt werden. Der notwendigerweise zu betreibende Aufwand in Form der Erstellung einer ausreichend großen Auswahlliste an Rufnummern von Privathaushalten der anvisierten Zielgruppe hängt von verschiedenen Faktoren ab: ihrer telefonischen Erreichbarkeit, der Zielgenauigkeit des Namensverfahrens und ihrer Teilnahmebereitschaft am Interview. Einfluss kann vor allem auf die Gestaltung des Namensverfahrens genommen werden, indem eine möglichst hohe Identifizierungsquote angestrebt wird. Die Voraussetzungen dazu sind nicht bei jeder Migrantengruppe gleich. Wie typisch Namen bzw. Namensbestandteile sind, hängt u.a. mit der strukturellen Verwandtschaft zu anderen Sprachen und soziokulturellen Verflechtungen, insbesondere der Migrationsgeschichte, zusammen. Die sich erst im Mittelalter herausbildenden Familiennamen haben aufgrund der zu dieser Zeit schon vorangeschrittenen sprachlichen und kulturellen Differenzierung einen höheren Identifikationswert als Vornamen, die häufig in vielen Sprachen vorkommen (z.B. „Maria“). Letztere erhalten ihren Wert vor allem durch die Absicherung nicht eindeutig zuzuordnender Nachnamen und im Falle binationaler Ehen (Humpert/Schneiderheinze 2000: 37ff).

Zur praktischen Umsetzung: Wie bereits erwähnt, wurde die telefonische Befragung vom Zentrum für Türkeistudien (ZfT) in Essen durchgeführt. Die Auswahllisten zur Stichprobenziehung nach dem Namensverfahren wurden betreffs der deutschen und türkischen Befragten ebenfalls vom ZfT erstellt, betreffs der italienischen und „russischen“ Befragten vom WZB. Das Prinzip war jedoch dasselbe: Für jede Gruppe wurde mittels einer Datenbankabfrage nach spezifischen Namen bzw. Namensbestandteilen von einer aktuellen Telefon-CD mit Berliner Nummern eine Auswahlliste erstellt. Diese Liste wurde dann zunächst von doppelten Einträgen, Geschäftsadressen, Fax- und Handy-Nummern bereinigt. In einem weiteren Schritt wurden die Listen durch Muttersprachler von nicht spezifisch deutschen bzw. türkischen bzw. italienischen bzw. russischen Namen korrigiert. Die verbleibenden Rufnummern bestehen also aus Festnetzanschlüssen von privaten Haushalten mit wahrscheinlich der jeweiligen Zielgruppe zuzurechnenden Namen bzw. Namensbestandteilen.

Im Detail haben sich die Vorgehensweisen jedoch unterschieden. So nutzte das ZfT die CD „Klick-Tel 2001“, das WZB die CD der „Deutschen Telekom“ für 2000/2001. Bei Deutschen musste keine namensbasierte Auswahl, sondern lediglich eine Bereinigung der Zufallsauswahl von etwa 3.000 Telefoneinträgen vorgenommen werden. Für die Türken verfügte das ZfT über eine Liste von etwa 10.000 typischen Familien- und 7.000 typischen Vornamen, mittels derer ebenfalls eine Zufallsauswahl von etwa 3.000 Telefoneinträgen erstellt werden konnte. Die jeweiligen Bereinigungen reduzierten die Listen auf 2.544 bzw. 1.999 Einträge von (angenommen) deutschen bzw. türkischen Privathaushalten mit Festnetzanschluss. Betreffs der Italiener und „Russen“ verfügte das WZB nicht über entsprechende Namenslisten, sondern musste diese zunächst selbst erstellen. Um Zeit und Ressourcen zu sparen wurde folgendes Verfahren erdacht: Wegen der Nicht-Realisierbarkeit, kurzfristig einen auf Tausende von typischen Vor- und Nachnamen basierenden Algorithmus für die Datenbankabfrage zu erstellen, wurden repräsentative Listen<sup>4</sup> italienischer und russischer Familiennamen auf ihre häufigsten Bestandteile hin analysiert und die dazugehörigen Vornamen in alle möglichen Schreibweisen transformiert.<sup>5</sup> Dafür genügte jeweils eine Liste von etwa 200 Vor- und Nachnamen. Diese Namensbestandteile in Form von Buchstabenkombinationen (insbesondere des Nachnamensendes) sowie den Vornamenvarianten wurden als Suchkriterium für die Abfrage der Telekom-CD benutzt, um Auswahllisten zu kreieren, die dann wiederum in der schon beschriebenen Weise bereinigt wurden. Dabei entstanden natürlich höhere Ausfälle aufgrund nicht-typischer Namen, denn nicht jeder ermittelte Namensbestandteil war tatsächlich in dem Maße „typisch italienisch“ oder „typisch russisch“, wie es vollständige Namen (analog der türkischen Liste) gewesen wären. Leider ist das Ausmaß der Selektion in diesem Schritt jedoch nicht genau dokumentiert worden. Als Auswahlgrundlage für die Telefoninterviews verblieben Listen mit 3.080 Einträgen (angenommen) italienischer Privathaushalte und 5.193 Einträgen (angenommen) „russischer“ Privathaushalte. Damit war die Konzeptionierung der Stichprobe jedoch noch nicht abgeschlossen.

Wie anfangs beschrieben, geht das Konzept der Stichprobenziehung nach dem Namensverfahren davon aus, dass innerhalb einer Zielpopulation keine namensspezifischen Verzerrungen existieren. Genau dies kann jedoch hinsichtlich der Zuwanderer

---

<sup>4</sup> Die repräsentativen Listen entstammen den Kadern der jeweiligen Fußballnationalmannschaften der Damen und Herren der letzten Jahre. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass fußballerisches Talent räumlich und zeitlich konstant ist.

<sup>5</sup> Für die Italiener wurden z.B. die Nachnamensendungen „~elli“ und „~etti“ als sowohl ergiebig, wie auch treffsicher ermittelt. Für die Russen traf das z.B. für die Endungen „~ov“ und „~ova“ (weibliches Äquivalent) zu. Bei Vornamen mussten z.B. die Varianten „Evgeni, Evgenij, Ewgeni, Ewgenij, Jevgeni, Jevgenij, Jewgeni, Jewgenij“ berücksichtigt werden, um Selektivitäten in der Schreibweise auszuschließen.

aus der ehemaligen Sowjetunion nicht ausgeschlossen werden. Begründung: Die Population der in Berlin lebenden Personen mit Herkunft aus den GUS-Staaten wird fast ausschließlich von deutschstämmigen Aussiedlern und jüdischen Kontingentflüchtlingen sowie deren Familienangehörigen gebildet. Beide Gruppen werden bei Aufnahmegesuch in der Bundesrepublik Deutschland nach einem festen Schlüssel auf die Bundesländer verteilt und in Berlin zunächst im Aufnahmelager Marienfelde (DAZ) untergebracht. Im Hinblick auf die Stichprobenziehung konnte in Zusammenarbeit mit dieser Institution ermittelt werden, dass die Aussiedler überwiegend vollkommen russische Namen oder russische Vor- mit deutschen Nachnamen besitzen. Die Kombination deutscher Vor- und russischer Nachnamen ist unter ihnen relativ selten. Allerdings haben etwa 25% der Deutschstämmigen sowohl deutsche Vor- als auch Nachnamen und können daher nicht über die Liste russischer Namen identifiziert werden. Jüdische Kontingentflüchtlinge haben meistens rein russische Namen, allerdings verfügen auch diese zu etwa 10% über Namen, die sie eng an ihre jüdische Herkunft zurückbinden (z.B. „Abraham Goldberg“). Es war zunächst nicht auszuschließen, dass die Gruppen mit nicht-russischen Namen kulturell bzw. religiös selektiv sind und stärker auf ihre deutsche bzw. jüdische Herkunft rekurren. Insofern war sicherzustellen, dass diese angemessen repräsentiert sind. Folglich musste neben der Liste russischer Namen eine weitere angelegt werden, aus der in angemessener Größenordnung Aussiedler und Juden mit deutschen bzw. jüdischen Namen rekrutiert werden können. Die Auswahl jüdischer Namen konnte sehr einfach und mehr oder weniger "freihändig" erstellt werden. Dies geschah, indem in den Suchergebnissen typische Vor- (z.B. Isaak) bzw. Nachnamen (z.B. Levy) nach konsistenten Nach- bzw. Vornamen gesucht wurden.

Die Auswahl von Aussiedlern mit deutschen Namen gestaltete sich schwieriger. Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion stellen in der Berliner Bevölkerung nach Angaben des DAZ einen Anteil von gut einem Prozent. Wenn davon 25% rein deutsche Namen haben, liegt deren Anteil an der Bevölkerung mit deutschem Namen also bei etwas mehr als 0,25%. Mit anderen Worten: Würde man ein telefonisches Screening der deutschen Namen durchführen, würde nur annähernd jeder 400ste Anruf einen GUS-Aussiedler erreichen. Um diese Quote zu erhöhen wurde die bereits erstellte Liste russischer Namen nach Postleitzahlgebieten ausgezählt und die 10 Gebiete mit der höchsten Überrepräsentanz russischer Namen ausgewählt. In diesen wurde nach Telefonanschlusshabern gesucht, die – nach Angaben des DAZ – über „aussiedlerspezifische“ deutsche Vornamen verfügen (z.B. „Waldemar“ als Äquivalent von „Vladimir“). Die Trefferquote konnte bei einem Pretest so immerhin auf etwas über 20% erhöht werden. Die derart ermittelten 1.004 Festnetzanschlüsse von Privathaushalten mit spe-

zifischen deutschen (841) und jüdischen (163) Namen wurden in einer gesonderten Auswahlliste erfasst, um ihre Selektivität später explizit untersuchen zu können.<sup>6</sup> Abschnitt 2.2 widmet sich diesem Punkt ausführlich.

Auf diese Weise sind 5 Auswahllisten mit Festnetznummern von Privathaushalten entstanden, die auf Namen in öffentlich zugänglichen Telefonregistern eingetragen sind, die für die jeweilige Gruppe typisch sind. Um zu klären, ob diese Nummern tatsächlich zur Zielgruppe gehörende Anschlussinhabern zuzuordnen sind, mussten diese ausgewählt und die dabei erreichten Personen nach einer kurzen standardisierten Begrüßung mit folgender Eingangsfrage konfrontiert werden: „Sind Sie deutscher/türkischer/italienischer/russischer Herkunft? Mit deutscher/türkischer/italienischer/russischer Herkunft meinen wir, dass Sie oder ein Elternteil von Ihnen in Deutschland/der Türkei/Italien/auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geboren worden ist.“ Bei Verneinung wurde weitergefragt: „Gibt es vielleicht jemand anderen in Ihrem Haushalt, der oder die deutscher/türkischer/italienischer/russischer Herkunft ist und könnte ich diese Person vielleicht sprechen?“ Wurde auch dieses verneint, war das Interview beendet, ansonsten erfolgte die Frage nach der Bereitschaft zur Teilnahme am Interview.<sup>7</sup> Tabelle 1 dokumentiert die sukzessiven Befragungsausfälle im Verlauf dieser Eingangsbefragung.

Das *Brutto I* entspricht den tatsächlich angerufenen Telefonnummern aus den via Namensverfahren gezogenen Listen, das *Brutto II* den dabei zustande gekommenen Telefongesprächen und das *Brutto III* den darin als tatsächlich zur Zielgruppe gehörend identifizierten Haushalten. Erst aus den mit der Zielgruppe zustande gekommenen Interviews ergibt sich die *Netto*-Stichprobe. Diese Größen können in unterschiedlicher Weise aufeinander bezogen werden und haben damit natürlich auch unterschiedliche Aussagekraft. Tabelle 1 integriert drei solcher Indikatoren: Die Erreichbarkeit, die Zielgenauigkeit und die Teilnahmebereitschaft.

---

<sup>6</sup> Das quantitative Verhältnis von russischer und deutscher Namensliste ergibt sich aus dem, überschlägig ermittelten, Verhältnis russischer und deutscher (bzw. jüdischer) Namen bei den Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion. Das Verhältnis von deutschen und jüdischen Namen ergab sich aus dem geschätzten Verhältnis zwischen Aussiedlern (etwa 35.000 bis 40.000) und Juden (etwa 8.000) aus der ehemaligen Sowjetunion in Berlin. Die Schätzungen gehen auf das Zentrale Aufnahmelager Berlin-Marienfelde und die Jüdische Gemeinde Berlin zurück (Laurence 1999: 12).

<sup>7</sup> Basierend auf Erkenntnissen, dass bei Migrantenbefragungen ein Zufallsschlüssel zur Auswahl der Interviewperson (zum Beispiel nach der Methode des letzten Geburtstages) häufig zu Missverständnissen führt (Schneid/Stiegler 2000: 6ff), wurde bewusst auf den Einsatz eines solchen Instruments verzichtet.

Tabelle 1: Sukzessive Befragungsausfälle bei via Namensverfahren erstellten Stichproben im Telefoninterview (in % des vorangestellten Bruttos)

		Deutsche	Türken	Italiener	Russen	Russen*
<b>Stichprobe</b>						
namensbasierte Auswahlliste an Telefonnummern	N	2544	1999	3080	5193	1004
davon nicht angewählt	N	0	49	519	1065	94
davon angewählt	(= <b>Brutto I</b> )	2544	1950	2561	4128	910
<b>davon telefonisch erreicht</b>						
Telefonnummer ungültig	%	7,4	11,5	18,9	18,7	12,4
Telefonnummer nicht erreicht	%	40,7	13,0	20,7	24,2	2,6
Telefongespräch kommt aus anderen Gründen nicht zustande	%	1,3	1,2	0,4	1,4	0,3
Telefongespräch kommt zustande [Erreichbarkeit]	%	50,6	74,3	60,0	55,7	84,6
"	(= <b>Brutto II</b> )	1288	1448	1537	2300	770
<b>davon zur Zielgruppe gehörend</b>						
kein Haushalt mit Personen aus der Zielgruppe	%	0,6	6,6	46,3	34,5	68,1
kein Privathaushalt, sondern Unternehmen, Verein o.ä.	%	1,4	7,4	2,5	1,0	1,0
Haushalt gehört zur Zielgruppe [Zielgenauigkeit]	%	98,0	86,0	51,1	64,6	30,9
"	(= <b>Brutto III</b> )	1262	1245	786	1485	238
<b>davon zum Interview bereit</b>						
Interview wird abgelehnt	%	60,1	68,8	41,2	50,8	58,0
Interview wird verschoben ("jetzt keine Zeit, aber später")	%	13,3	3,4	8,8	6,1	0,0
Interview kommt aus anderen Gründen nicht zustande	%	2,4	2,4	9,9	5,4	6,7
Interview kommt zustande [Teilnahmebereitschaft]	%	24,2	25,5	40,2	37,6	35,3
"	(= <b>Netto</b> )	305	317	316	559	84

\* Liste mit deutschen und jüdischen Namen

Brutto II als Anteil von Brutto I gibt die *Erreichbarkeit* an, d.h. den Anteil der zustande gekommenen Telefongespräche an den angerufenen Telefonnummern. Herausgefallen sind ungültige Telefonnummern (z.B. wenn Zielhaushalt nicht mehr Anschlussinhaber, „kein Anschluss unter dieser Nummer“ oder Faxgeräte) und nicht erreichbare Apparate (es nimmt niemand ab, Anrufbeantworter oder Besetztzeichen). Konträr zu den bisherigen Erkenntnissen der Methodenforschung scheint es so, als wenn die Erreichbarkeit der Migranten besser als die der Deutschen sei, allerdings ist zu berücksichtigen, dass die jeweiligen Listen unterschiedlich oft angerufen wurden. Deutsche, Türken und „Russen“ mit russischem Namen wurden jeweils in zwei Wellen angerufen, Italiener und „Russen“ mit deutschem bzw. jüdischem Namen in drei Wellen. Unabhängig von

der Anzahl der Anrufversuche steht jedoch der Befund, dass die Rufnummern der Italiener und Russen häufiger ungültig sind. Dies könnte man vordergründig auf eine höhere Mobilität dieser Gruppen zurückführen, wahrscheinlicher ist jedoch, dass die vom WZB verwendete CD der Telekom (2000/2001) nicht die Aktualität der vom ZfT (2001) benutzten besitzt. Die Erreichbarkeit ist weniger aus methodischen als eher aus Gründen der Planung des Umfangs der notwendigen Auswahllisten von Bedeutung. Je nach Häufigkeit der „Anrufwellen“ muss also von einem Befragungsausfall von bis zu 50% ausgegangen werden.

Brutto III als Anteil von Brutto II gibt die *Zielgenauigkeit* an, d.h. den Anteil der im Telefongespräch als zur Zielgruppe gehörend identifizierten Haushalte. Heraus fallen also Haushalte, in der keine anwesende Person der technischen Definition eines Deutschen bzw. Migranten aus der anvisierten Gruppe entspricht sowie Nicht-Privathaushalte (z.B. Unternehmen, Vereine u.ä.). Dieser Wert ermöglicht Aussagen über die Treffergenauigkeit des Namensverfahrens, man könnte ihn auch als „Identifikationsquote“ bezeichnen. Hier zeigt sich, dass die vom Zentrum für Türkeistudien erstellte Auswahlliste für die türkischen Migranten zu einer deutlich höheren Identifizierungsquote als die der Italiener und Russen führt. Dafür gibt es zwei plausible Erklärungen: Zum einen ist die auf vollständigen Namen basierende Auswahl der Türken genauer als die auf Namensbestandteilen rekurrierenden Listen für Italiener und Russen, zum anderen gibt es aufgrund engerer kultureller Verbindungen eine geringere Trennschärfe zwischen typisch deutschen Namen einerseits und typisch italienischen bzw. russischen Namen andererseits. Abgesehen von den relativen Unterschieden hat die absolute Zielgenauigkeit des Namensverfahrens die Forscher jedoch positiv überrascht. Selbst die noch wesentlich weniger trennscharfe Auswahlliste der speziellen deutschen und jüdischen Namen erbrachte noch eine Identifizierung von fast einem Drittel von Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion.

Das Netto als Anteil von Brutto III gibt die *Teilnahmebereitschaft* an, d.h. den Anteil der tatsächlich Interviewten an allen als zur Zielgruppe gehörend identifizierten Haushalten. Heraus fallen Personen, die das Interview ablehnen ebenso wie solche, die eine Vertröstungsstrategie anwenden („habe jetzt keine Zeit, aber später“). Grundsätzlich zeigt sich der erwartete Sachverhalt, dass Migranten kooperativer sind als Deutsche, jedoch liegt die Teilnahmebereitschaft der Türken – auf die sich diese Erkenntnisse bisher vornehmlich bezogen – mit etwa einem Viertel nur unwesentlich über der Teilnahmebereitschaft der Deutschen. Bei Italienern und „Russen“ ist mehr als jeder Dritte zum Interview bereit.

Für praktische Zwecke kann es sinnvoll sein, das Netto zudem als Anteil von Brutto I auszudrücken, was man als „Ausschöpfungsquote“ betiteln kann, nämlich den Anteil der zustande gekommenen Interviews an allen angerufenen Telefonnummern (nicht in Tabelle 1). Über diesen Wert lässt sich leicht hochrechnen, welchen Umfang die auf dem Namensverfahren basierende Auswahlliste an Telefonnummern in etwa haben muss, um eine gegebene Zahl an Interviews zu erreichen. Dieser Wert variiert zwischen den Gruppen – trotz der Differenzen an den verschiedenen Stufen der Eingangsbefragung – nur in erstaunlich geringem Ausmaß. Sie beträgt 12,0% bei den Deutschen, 12,3% bei den Italienern, 13,5% bei den „Russen“ (ohne deutsch-jüdische Liste) und 16,3% bei Türken. Wenn man davon ausgeht, dass einerseits die Erreichbarkeit durch die Erhöhung der „Anrufwellen“ gesteigert werden kann, andererseits für die Rekrutierung der Befragten keine spezifischen Namenslisten (wie hier im Fall der Türken) vorliegen, sollte bei Einhaltung des übrigen Untersuchungsdesigns ein Hochrechnungsfaktor von „8“ von einer gegebenen Stichprobengröße auf den notwendigen Umfang einer, auf Basis des Namensverfahrens zu generierenden, Auswahlliste genügen.

## **2.2 Migranten mit unspezifischen Namen: Deutsche und jüdische Namen bei Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion**

Das Konzept der Stichprobenziehung nach dem Namensverfahren geht davon aus, dass innerhalb der anvisierten Zielpopulation keine namensspezifischen Verzerrungen existieren. Das ist aber nicht universell zu erwarten. So sind z.B. Migrantinnen, die einen deutschen Mann oder Migranten einer anderen Ethnie geheiratet und dessen Familiennamen angenommen haben tendenziell unterrepräsentiert, weil sie lediglich über den Vornamen identifiziert werden können. Die Kinder aus solchen Ehen sind nur dann am Vornamen zu erkennen, wenn dieser spezifisch für die ethnische Herkunft der Mutter ist. Oponomastische Besonderheiten können auch bei ethnischen oder regionalen Subgruppen einer anvisierten Migrantenpopulation auftreten. Genau dies ist bei den Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion der Fall, weil deren zwei Hauptgruppen, nämlich die deutschstämmigen Aussiedler und die jüdischen Kontingentflüchtlinge, teilweise über Namensspezifika verfügen, die es unmöglich machen, sie über eine Liste russischer Namen zu identifizieren. Es war zunächst nicht abzusehen, ob diese deutschen bzw. jüdischen Namen nicht auch auf kulturelle bzw. religiöse Besonderheiten, abweichend von den Trägern russischer Namen, hinweisen. Daher wur-

de die Entscheidung getroffen, diesen Personenkreis gesondert zu erfassen. Das diesbezügliche Vorgehen ist unter 2.1 ausführlich beschrieben worden und hat zu zwei getrennten Listen von einerseits russischen Namen und andererseits deutschen und jüdischen Namen geführt. Da zu vermuten war, dass die Befragungsausfälle bei diesen Listen vor allem hinsichtlich der Identifizierungsquote differieren würden (vergleiche Tabelle 1, *Zielgenauigkeit*), mussten – zusätzlich zur Abschätzung des quantitativen Verhältnisses der Hauptgruppen und innerhalb derer der spezifischen Namensträger – Mindestumfänge für die Ziehung von der „deutsch-jüdischen Liste“ angegeben werden. Diese konnten, wie auch die übrigen Quoten (vergleiche 3.2), ohne organisatorische Eingriffe eingehalten werden, wodurch von vornherein sichergestellt war, dass die Stichprobenverhältnisse hinsichtlich der Träger unterschiedlicher Namen in etwa denen in der – allerdings nur geschätzten – Grundgesamtheit entsprachen.

Wie setzt sich nun die Stichprobe der Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion zusammen? Nach der Klärung von Zielgruppenzugehörigkeit und Teilnahmebereitschaft war diese Gruppe von den Interviewern wie folgt zu befragen: „Für die Auswahl der Fragen müssen wir wissen, ob Sie ein jüdischer Zuwanderer oder ein deutschstämmiger Aussiedler sind“, worauf drei Antwortmöglichkeiten zur Verfügung standen: „Ja, ich bin ein jüdischer Zuwanderer“ – „Ja, ich bin ein deutschstämmiger Aussiedler“ – „Nein, ich bin keines von beidem“. Tabelle 2 stellt das Ergebnis dieser Eingangsbefragung dar:

*Tabelle 2: Verteilung von Juden und Aussiedlern in unterschiedlichen Namenslisten (% der Liste)*

	Liste russischer Namen	Liste deutscher/jüdischer Namen	Russen insgesamt	Anteil deutscher/jüdischer Namen
Jüdische Zuwanderer	27,9	12,7	24,7	10,7
Deutschstämmige Aussiedler	46,6	66,4	50,7	27,3
Keines von beidem	25,5	20,9	24,6	17,7
Total	100,0	100,0	100,0	-
N	509	134	643	-

Tabelle 2 birgt unterschiedliche Deutungsmöglichkeiten: Zunächst fällt der unerwartet hohe Anteil von Zuwanderern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion auf, die sich keiner der beiden dominanten Gruppen zurechnen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass diese fast ausschließlich innerhalb der letzten 15 Jahre nach Deutsch-

land gekommen sind (vergleiche Schaubild 2) und die sowjetischen Militärangehörigen mit dem Abzug der Alliierten die Bundesrepublik Deutschland verlassen mussten, kann es sich eigentlich nur um jüdische Kontingentflüchtlinge oder Aussiedler handeln. Die Vermutung geht dahin, dass ein Teil der Personen, die als Familienangehörige von jüdischen Kontingentflüchtlingen oder „Volksdeutschen“ eingereist sind, sich selbst nicht als „jüdische Zuwanderer“ oder „deutschstämmige Aussiedler“ begreifen. Insofern hat die Eingangsfrage einen nicht beabsichtigten subjektiven Charakter. Stattdessen hätte auch hier gefragt werden sollen, ob es sich beim Interviewpartner um jüdische Zuwanderer, deutschstämmige Aussiedler oder Familienangehörige einer solchen Gruppe handelt. Angehörige genießen nämlich ähnliche, mit dem Status verbundene Sonderrechte wie der Einreiseantragsteller. Ein weiterer auffallender Punkt ist der unerwartet hohe Anteil von Juden im Verhältnis zu den Aussiedlern. Verbindet man die Schätzungen des Aufnahmelagers Marienfelde und die der jüdischen Gemeinde müssten auf einen Juden etwa vier bis fünf Aussiedler kommen. In der Zufalls-Stichprobe auf Basis russischer Namen ist das Verhältnis geringer als eins zu zwei. Selbst wenn man den Anteil der Aussiedler mit deutschen Namen dazurechnet, der – qua Stichprobendesign – höher ist als der jüdischer Namen bei den Juden, erhöht sich deren Anteil nicht wesentlich. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass entweder der Bevölkerungsanteil russischer Juden in Berlin unter- oder der der Aussiedler überschätzt wird, wobei der erste Fall eine höhere Wahrscheinlichkeit besitzt.<sup>8</sup>

Die Stichproben auf Basis der unterschiedlichen Namen differieren hinsichtlich ihrer Zusammensetzung nach Gruppen, aber unterscheiden sich diese Gruppen hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zu einer der beiden Listen oder mit anderen Worten: Kann aufgrund des Namens eine kulturelle bzw. religiöse Selektivität abgeleitet werden? Tabelle 3 vergleicht die Aussiedler und Juden auf Basis der Ziehung von den unterschiedlichen

---

<sup>8</sup> Um sich dieser Frage zu nähern kann man folgende Modellrechnung anstellen: Zunächst geht man davon aus, dass das in der Stichprobe gefundene Verhältnis zwischen deutschen (62%) und nicht-deutschen Staatsangehörigen (38%) für die in Berlin lebenden „Russen“ repräsentativ ist (vgl. 3.3). Danach kämen auf die 31.000 hier wohnenden Staatsangehörigen der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nochmals etwa 50.000 Zuwanderer aus dieser Region mit deutscher Staatsangehörigkeit. Insgesamt lebten also über 80.000 „Russen“ in der Stadt. Geht man weiterhin davon aus, dass auch das in der Stichprobe gefundene Verhältnis zwischen Aussiedlern, Juden und Restkategorie (etwa 2:1:1) für die Grundgesamtheit repräsentativ ist, dann lebten Ende des Jahres 2001 etwa 40.000 deutschstämmige Aussiedler (was mit den Schätzungen des Aufnahmelagers Marienfelde übereinstimmt) und 20.000 jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion in Berlin. Berücksichtigt man weiterhin, dass nur einen Teil der in den GUS-Staaten als Juden geltenden Einwohner (Kriterium: jüdische „Nationalität“ nach dem Recht der ehemaligen Sowjetunion) von den jüdischen Gemeinden Westeuropas als religiöse Juden anerkannt werden (Kriterium: Abstammung von einer jüdischen Mutter nach der „Halacha“, dem jüdischen Religionsgesetz), dann erklären sich deren, auf etwa 8.000 Personen bezifferten, Schätzungen „russischer Juden“ in Berlin. Ungeklärt bleibt jedoch die Zuordnung der „Restkategorie“.

Namenslisten und zieht hierzu ausgewählte Kriterien heran, die den Grad der kulturellen bzw. religiösen Verbindung mit Deutschland bzw. dem Judentum indizieren sollen.

*Tabelle 3: Kulturelle bzw. religiöse Selektivität deutscher bzw. jüdischer Namen (% der Liste)*

	Liste russischer Namen	Liste deutscher/ jüdischer Namen	Abweichung in Prozentpunkten
<b>Aussiedler</b>			
deutsche Staatsangehörigkeit	89,9	96,6	+ 6,7
fließend Deutsch sprechend (Eigeneinschätzung)	57,8	68,6	+ 10,8
hohe Verbundenheit mit Aussiedlern in Berlin	75,2	82,1	+ 6,9
hohe Verbundenheit mit Deutschland	82,3	84,5	+ 2,2
N	237	89	
<b>Juden</b>			
jüdischer Religionsgemeinschaft zugehörig fühlend	31,7	35,3	+ 3,6
persönliche Kontakte zur jüdischen Gemeinde	69,0	76,5	+ 7,5
hohe Verbundenheit mit Juden in Berlin	68,4	70,6	+ 2,2
hohe Verbundenheit mit Israel	35,1	47,1	+ 12,0
N	142	17	

Die Ergebnisse zeigen, dass die kulturellen bzw. religiösen Bindungen von Trägern spezifischer Namen, nämlich deutscher im Falle der Aussiedler und jüdischer im Falle der Juden, zwar tendenziell höher sind als die von Trägern russischer Namen, dass diese Unterschiede aber eher gering ausfallen. Knapp signifikant nach statistischen Kriterien (Fisher's exact) wären nur die Unterschiede in der deutschen Staatsangehörigkeit ( $p_{\text{one-sided}}=0,034$ ) und bei den deutschen Sprachkenntnissen ( $p_{\text{one-sided}}=0.050$ ) unter den Aussiedlern.

Wie sind diese Ergebnisse nun hinsichtlich des Stichprobendesigns einzuordnen? Erstens: Eine Ziehung von Zuwanderern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, die nur auf Basis einer russischen Namensliste erfolgt wäre, hätte zu einer Überproportionierung von jüdischen Zuwanderern geführt, da diese häufiger als Aussiedler über rein russische Namen verfügen. Untersucht man zweitens Aussiedler und Juden als Gruppen an sich, führt der Ausschluss nicht-russischer Namen zu einer geringfügigen kulturellen bzw. religiösen Selektivität. Der erste Fall kann durch eine Quotierung des Verhältnisses von Aussiedlern und Juden in der Stichprobe gelöst werden – unter der Voraussetzung, dass deren Verhältnis in der Grundgesamtheit vorab genau bestimmt wer-

den kann, was z.B. im vorliegenden Fall fraglich erscheint. Im zweiten Fall muss der Forscher abwägen zwischen der geringfügigen Selektivität und dem für die Ziehung nach spezifischen, d.h. deutschen bzw. jüdischen Namen zu betreibenden Aufwand, der hier exemplarisch vorgeführt wurde.

### **2.3 Migranten mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen: Zweisprachiges Fragebogendesign und der Einsatz muttersprachlicher Interviewer**

Der Einsatz des zweisprachigen Fragebogendesigns und muttersprachlicher Interviewer erfolgte unter der Intention, Befragungsausfälle zu vermeiden. Neben dem quantitativen Aspekt, dass bei einer einsprachigen Befragung Migranten, die nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, auch nicht interviewt werden können, ist die mögliche Selektivität derart zustande gekommener Befragungsausfälle von qualitativer Bedeutung.

Im Telefonstudio des Zentrums für Türkeistudien wurden 3 deutsche, 3 türkische, 3 italienische und 5 russische Interviewer eingesetzt. Die türkischen Interviewer entstammen dem „Bestand“ des Zentrums, die deutschen, italienischen und russischen Interviewer wurden über die studentischen Hilfskräfte des ZfT nach dem „Schneeballverfahren“ rekrutiert. Als Qualifikation galt die entsprechende Muttersprachlichkeit plus fließender Deutschkenntnisse sowie der Studentenstatus. Zudem erhielten die Interviewer eine mehrtägige Schulung vor Beginn der Interviewphase.

Bei erfolgreicher Telefonverbindung hatten die Interviewer eine standardisierte Begrüßung zunächst auf Deutsch vorzutragen. Gewannen Sie den Eindruck, dass der Telefonpartner nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt, war die Begrüßungsformel in der Muttersprache zu wiederholen. Nach der Abklärung der Zielgruppenzugehörigkeit und der Teilnahmebereitschaft, war folgende Frage zu stellen: „Möchten Sie, dass ich Deutsch oder Türkisch/Italienisch/Russisch mit Ihnen spreche?“ Erst mittels dieser Frage wurde die Interviewsprache endgültig festgelegt. An späterer Stelle im Interview wurde die Frage gestellt „Wie gut sprechen Sie Deutsch?“, worauf den Respondenten eine mehrstufige Antwortskala zur Verfügung stand. Tabelle 4 stellt die Entscheidung zur Interviewsprache in Verbindung mit der Eigeneinschätzung der Deutschkenntnisse dar und bietet u.a. ein Bild des absehbaren quantitativen Umfangs

an Befragungsausfällen, wenn das Interview ausschließlich in Deutsch stattgefunden hätte.

*Tabelle 4: Wahl der Interviewsprache und Eigeneinschätzung der Deutschkenntnisse (in %)*

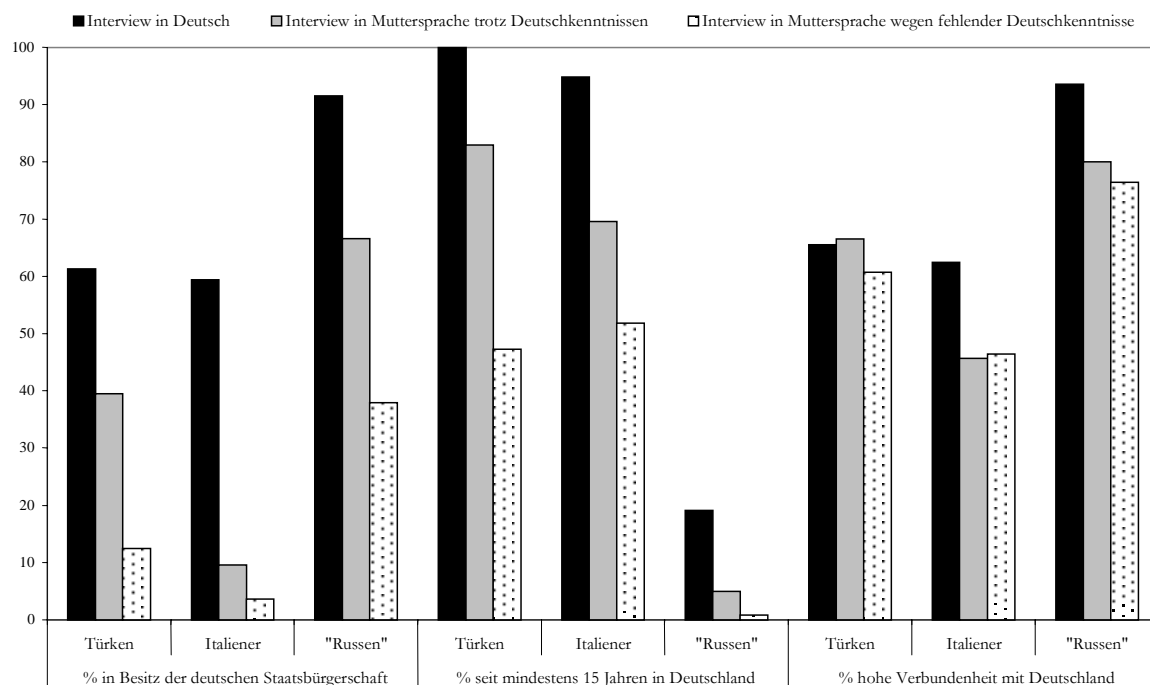
	Türken	Italiener	„Russen“
<b>Wahl der Interviewsprache</b>			
Interview in Deutsch	9,8	30,7	7,3
Interview in Muttersprache	90,2	69,3	92,7
<b>Eigeneinschätzung Deutschkenntnisse</b>			
spreche fließend Deutsch	47,7	64,0	43,1
spreche einigermaßen Deutsch	34,2	27,0	36,5
spreche wenig bis gar kein Deutsch	18,1	9,0	20,4
<b>Sprachwahl in Verbindung mit Deutschkenntnissen</b>			
Interview in Deutsch	10,0	31,1	7,6
Interview in Muttersprache trotz vorhandener Deutschkenntnisse *	72,0	59,9	72,4
Interview in Muttersprache wegen fehlender Deutschkenntnisse	18,0	9,0	20,0
Total	100,0	100,0	100,0
N	317	316	643

\* Mindestens „einigermaßen“ Deutsch sprechend.

Der deutlich überwiegende Teil der Befragten entschied sich für ein Interview in der Muttersprache. Bei Türken und Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion lag dieser Anteil über 90%, bei den Italienern bei knapp 70%. Es ist naheliegend, dass diese Entscheidung mit dem Zutrauen in die eigenen Sprachfähigkeiten zusammenhängt, allerdings zeigt sich auch, dass ein nicht unerheblicher Teil der sich selbst als fließend Deutsch sprechenden Befragten trotzdem die Muttersprache als Interviewsprache gewählt hat. Damit wird deutlich, dass aus der Entscheidung gegen ein deutschsprachiges Interview nicht geschlossen werden kann, dass diese Personen für ein Interview ausgefallen wären, wenn nur ein deutschsprachiges Interview angeboten worden wäre. Absehbar ist dies jedoch für den Anteil an Personen, die über wenig bis gar keine Deutschkenntnisse verfügen. Der quantitative Umfang des Ausfalls kann so auf jeweils mindestens 18% bei Türken, 9% bei Italienern und 20% bei Russen geschätzt werden. Natürlich besteht die Möglichkeit, dass ein Teil dieser Personen seine oder ihre Sprachkenntnisse schlechter einschätzt als diese tatsächlich sind und durchaus zu einem Interview auf Deutsch in der Lage wäre. Andererseits besteht diese Möglichkeit auch in der anderen Richtung, so dass ein Teil der muttersprachlich Interview-

ten mit postulierten Deutschkenntnissen nicht an einem deutschsprachigen Interview teilnehmen könnte oder vielleicht auch nicht wollte. Insofern bietet es sich an, die Selektivität möglicher Befragungsausfälle im Vergleich von drei Entscheidungsmustern zu untersuchen, die sich aus der Kombination von Sprachwahl und Sprachkenntnissen ergeben: nämlich den in Deutsch Interviewten, den muttersprachlich Interviewten mit und den muttersprachlich Interviewten ohne Deutschkenntnisse (vergleiche Tabelle 4 unten). Diese Entscheidungsmuster stellen quasi eine Ordinalskala der Wahrscheinlichkeit von nicht wahrscheinlich, eher unwahrscheinlich und sehr wahrscheinlich dar, bei einem rein deutschsprachigen Interview zu einem Befragungsausfall geworden zu sein. Betrachtet man nun ausgewählte zugewanderungsspezifische Merkmale für die verschiedenen Migrantengruppen, dürften sich deren Ausprägungen zwischen den Entscheidungsmustern nicht unterscheiden, wenn die potentiellen Befragungsausfälle *keine* Selektivität aufweisen würden. Schaubild 2 weist jedoch grafisch nach, dass sowohl der Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, die Aufenthaltsdauer und – mit Einschränkungen – die Verbundenheit mit Deutschland systematisch mit der Wahrscheinlichkeit, ein Befragungsausfall geworden zu sein, variiert.

Schaubild 2: *Zugewanderungsspezifische Selektivität von Sprachwahl und Sprachkenntnissen (%)*



Sowohl bei Türken, Italienern als auch „Russien“ fällt der Anteil der in Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft befindlichen und seit mindestens 15 Jahren in Deutschland aufenthältlichen Personen deutlich mit dem Anstieg der Wahrscheinlichkeit für einen

Befragungsausfall. Hinsichtlich der eher subjektiven Verbundenheit mit Deutschland ist diese Tendenz weniger deutlich, aber tendenziell gleichgerichtet. Insofern zeigt sich, dass der Einsatz eines zweisprachigen Fragebogendesigns und muttersprachlicher Interviewer dringend erforderlich ist, wenn die Stichprobe *alle* in Berlin lebenden Migranten repräsentieren soll.

## 2.4 Migranten mit unterschiedlichen rechtlichen Stati: „Ausländer“, „Doppelstaatler“ und „Deutsche“

Es konnte gezeigt werden, dass der Einsatz eines zweisprachigen Befragungsinstruments und muttersprachlicher Interviewer mit hoher Wahrscheinlichkeit den Ausfall eines quantitativ und qualitativ bedeutsamen Teils von Befragten verhindert hat. War es außerdem notwendig, die Migranten-Stichprobe nach dem erhebungstechnisch aufwendigen Kriterium des eigenen oder eines Elternteils Geburt im Herkunftsland zu bilden oder wären diese auch durch das Merkmal Staatsbürgerschaft repräsentativ abgebildet worden? Dass in dieser Hinsicht ein quantitativer Unterschied besteht ist selbstevident (vergleiche Tabelle 5), aber ist dieser Unterschied ebenso qualitativer Natur wie der aufgrund der Sprachkenntnisse?

Tabelle 5: „Ausländer“, „Doppelstaatler“ und „Deutsche“ unter Migranten (in %)

	Türken	Italiener	„Russen“
"Ausländer" (Migranten ohne deutsche Staatsbürgerschaft)	63,7	75,6	38,1
"Doppelstaatler" (Migranten mit doppelter Staatsangehörigkeit)	10,4	12,0	26,7
"Deutsche" (Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit)	25,9	12,3	35,1
Total	100,0	100,0	100,0
N	317	316	643

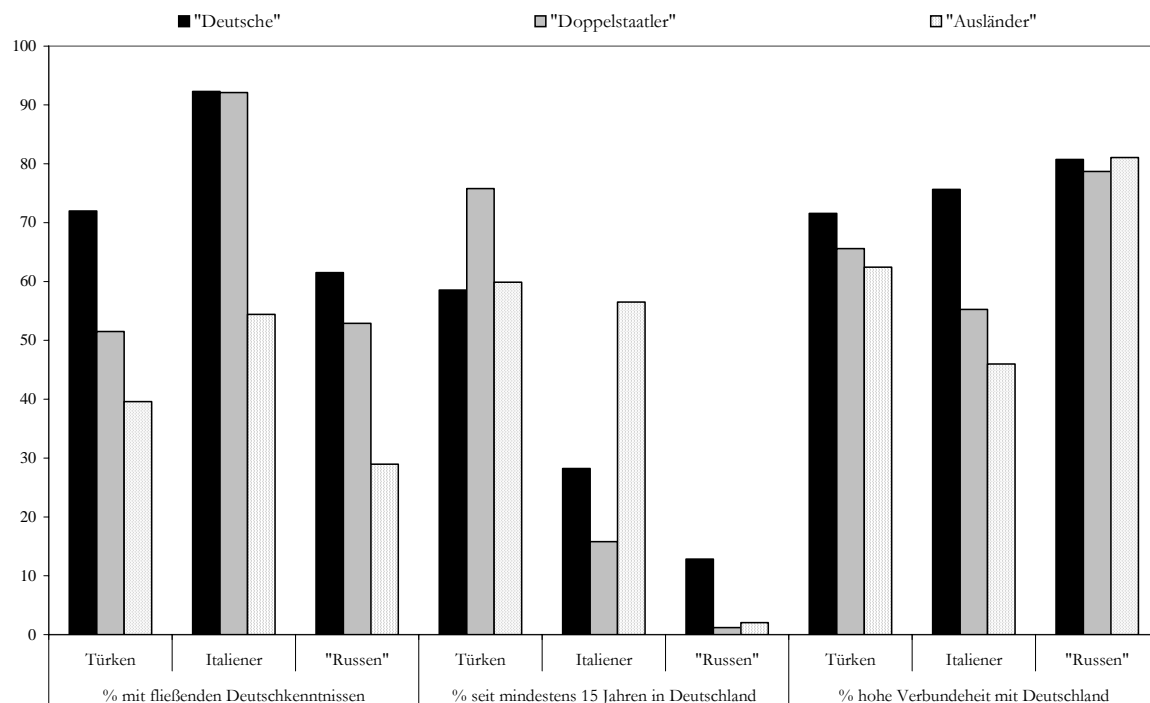
Mittels im Laufe des Interviews gestellter Fragen nach der deutschen und anderen Staatsangehörigkeiten können die Migranten in „Ausländer“, „Doppelstaatler“ und „Deutsche“ unterteilt werden. Türkische bzw. italienische Migranten sind zu zwei Dritteln bzw. drei Vierteln „Ausländer“, d.h. sie leben in Berlin, besitzen aber nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.<sup>9</sup> Bei den „Russen“ sind es nur etwas mehr als ein Drittel, was auf den hohen Anteil der „volksdeutschen“ Aussiedler zurückzuführen ist. Letzte-

<sup>9</sup> Ob damit eine realitätsgetreue Abbildung der Grundgesamtheit gelungen ist, wird unter 3.3 noch näher erörtert.

re besitzen das Privileg, ihre russische, ukrainische oder kasachische Staatsbürgerschaft bei Erhalt der deutschen nicht niederlegen zu müssen. Daher sind ein Viertel der Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion sogenannte „Doppelstaatler“, aber nur jeder zehnte Türke oder Italiener. Zusammen mit den „Deutschen“, also derjenigen Migranten, die nur noch die deutsche Nationalität besitzen, sind ein Drittel der Türken, ein Viertel der Italiener und fast zwei Drittel der „Russen“ keine „Ausländer“ und wären somit erstens nicht über Melderegister als solche identifizierbar und zweitens in eben dieser Größenordnung einer Befragung nach dem Staatsbürgerschaftskriterium nicht zugänglich. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob diese Migranten jenseits des rechtlichen Status auch über weitere Spezifika verfügen, die es notwendig erscheinen lassen, sie gesondert zu erfassen. Oder anders gefragt: Sind „Ausländer“ repräsentativ für „Migranten“?

Eine erste Antwort soll das entlang der Merkmale „Sprachkenntnisse“, „Aufenthaltsdauer in und Verbundenheit mit Deutschland“ – analog zur Selektivität von Sprachwahl und -kenntnissen – gebildete Schaubild 3 geben.

Schaubild 3: *Zuwanderungsspezifische Selektivität unterschiedlicher rechtlicher Stati (%)*



Es ist zunächst nicht überraschend, dass der Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft mit den Sprachkenntnissen kovariiert. In allen drei Migrantengruppen ist der Anteil

von Personen, die sich selbst als fließend Deutsch sprechend einstufen, unter „Doppelstaatlern“ und „Deutschen“ wesentlich höher als unter „Ausländern“. Dieser Zusammenhang – der auch schon aus Schaubild 2 abgelesen werden konnte – beruht darauf, dass Kenntnisse der deutschen Sprache Voraussetzung für eine Einbürgerung nach neuem und altem Staatsbürgerschaftsrecht waren bzw. sind und auch Aussiedler ihre deutsche Volkszugehörigkeit damit belegen müssen. Ein weiteres Einbürgerungskriterium, nicht jedoch für Aussiedler, ist die Aufenthaltsdauer. Diese korrespondiert erstaunlicherweise aber nicht in ähnlichem Ausmaß mit der Staatsbürgerschaft wie die Sprachkenntnisse. Bei den Türken zeigen nur die „Doppelstaatler“ einen Ausschlag nach oben, bei den Italienern sind die „Ausländer“ sogar überwiegend schon viel länger in Berlin lebend, die Russen sind erst in den neunziger Jahren eingereist. Eine mögliche Erklärung findet sich bei der Betrachtung der Verbundenheit mit Deutschland. Bei den Türken und noch viel stärker bei den Italienern steigt die Identifikation mit dem Grad der rechtlichen „Eindeutschung“, wobei der kausale Zusammenhang wohl eher in umgekehrter Richtung wirkt. Insbesondere für die Italiener als „EU-Ausländer“ hat das Aufenthaltsrecht wenig einschränkenden Charakter, so dass der Annahme der Staatsbürgerschaft vermutlich eher emotionale als instrumentelle Faktoren zugrunde liegen. Ähnliches kann man für die Türken annehmen, wenn man bedenkt, dass über die Hälfte dieser Gruppe über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder sogar die Aufenthaltsberechtigung verfügt. Insofern ist das Aufenthaltsrecht und damit die Aufenthaltsdauer kein entscheidungsleitendes Kriterium für die Annahme der Staatsbürgerschaft. Bei den Russen ist die Verbundenheit mit Deutschland in allen Gruppen gleich groß, was wohl daran liegt, dass die nicht „volksdeutschen“ Familienmitglieder von Aussiedlern die emotionale Identifikation ihrer Angehörigen adaptiert haben.

Um die gefundenen Ergebnisse der letzten beiden Abschnitte (2.3 und 2.4) noch einmal in ihren Folgen zusammenzufassen: Eine Stichprobenziehung nach dem Staatsbürgerschaftskriterium („Ausländer“) führt zu einem Ausfall kulturell und emotional integrierter Migranten (Personen mit fließenden Deutschkenntnissen und einer hohen Verbundenheit mit Deutschland), aber nicht zu systematischen Verzerrungen der Aufenthaltsdauer. Die Durchführung von Interviews in deutscher Sprache führt zu einem Ausfall von rechtlich und sozial weniger integrierten Migranten (weniger deutsche Staatsbürger und mehr Neuankömmlinge), nicht jedoch zu Selektionen in der emotionalen Verbundenheit mit Deutschland. Insofern sind beide Vorgehensweisen in der Hinsicht zu verwerfen, dass sie die zugewanderungsspezifische Heterogenität der Migrantengruppen nicht ausreichend berücksichtigen. Ob sich diese Einschränkungen auch

auf die Untersuchungsergebnisse auswirken und damit das Repräsentativitätskriterium weiter verletzen, wird im nächsten Abschnitt behandelt.

## **2.5 Auswirkungen des methodischen Designs auf die Untersuchungsergebnisse**

In den Abschnitten 2.3 und 2.4 wurde festgestellt, dass auf Staatsangehörigkeit basierende Stichprobenkonzepte und der Verzicht auf muttersprachliche Befragungsinstrumente zu zuwanderungsspezifisch selektiven Stichproben führen. Wie wirken sich diese Selektivitäten aber in Hinblick auf die interessierenden Forschungsfragen aus? Variieren die Messungen von Schlüsselvariablen der Untersuchung, wenn man die Stichprobe nach dem Staatsbürgerschaftskriterium differenziert und den potentiellen Ausfall aufgrund fehlender Sprachkenntnisse simuliert? Zur Annäherung an diese Frage werden die folgenden Variablen der politischen und zivilgesellschaftlichen Integration als Prüfmaßstab einer, verschiedene Migrantenkompositionen vergleichenden, Messung zugeführt (vergleiche 6. Anhang):<sup>10</sup>

- die potentielle Wahlbeteiligung in Prozent (siehe 6. Anhang: Frage 12),
- die mittlere Anzahl verschiedener politischer Aktivitäten, wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationsteilnahmen u.ä. (Fragen 16 und 20),
- das politische Interesse als gemittelter Summenindex von privater und medialer Anteilnahme am politischen Geschehen (Fragen 17 bis 19 und 21 bis 23),
- das Vertrauen in verschiedene politische Institutionen, wie dem Abgeordnetenhaus oder dem Bundestag (Frage 38a bis 38e), ebenfalls als gemittelter Summenindex,
- die mittlere Anzahl von Organisationsmitgliedschaften (Fragen 26 bis 28).

Politische Aktivitäten, politisches Interesse und Mitgliedschaften in Organisationen werden zudem nach Deutschland- und Herkunftsland-Orientierung unterschieden.

---

<sup>10</sup> Die überwiegend vorgenommene Berechnung von arithmetischen Mittelwerten ist nach statistischen Kriterien nicht immer angemessen. So sind die Häufigkeiten der politischen Aktivitäten und Organisationsmitgliedschaften naturgemäß rechtsschief verteilt. Da dies aber für unterschiedliche Migrantenkompositionen bzw. gewichtete und ungewichtete Modelle in gleicher Weise gilt, ist der Vergleich zwischen den Designs wiederum zulässig. Median und Modus würden hier nur als ganzzahlige Werte ausgegeben werden und wären daher nur von geringem Informationsgehalt.

Auf diese Weise soll letztlich die Grundfrage beantwortet werden, ob die methodischen Innovationen hinsichtlich Definition der Grundgesamtheit, dem Stichprobenverfahren und der Befragungstechnik *inhaltlich notwendig* sind, um die politische und zivilgesellschaftliche Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland realitätsnah abbilden zu können.

Tabelle 6 stellt die vier möglichen Kombinationen von erstens „wenig bis gar keinen“ versus „mindestens einigermaßen“ Deutschkenntnissen mit zweitens „Besitz versus Nichtbesitz der deutschen Staatsbürgerschaft“ in ihrer Verteilung über die drei Migrantengruppen dar.

*Tabelle 6: Kovariation von Sprachkenntnissen\* und Staatsbürgerschaft (in %)*

	Türken	Italiener	„Russen“
ohne Sprachkenntnisse und Staatsbürgerschaft	16,7	9,8	14,0
mit Sprachkenntnissen, aber ohne Staatsbürgerschaft	47,0	65,8	25,8
ohne Sprachkenntnisse, aber mit Staatsbürgerschaft	2,5	0,6	7,9
mit Sprachkenntnissen und Staatsbürgerschaft	33,8	23,7	52,3
Total	100,0	100,0	100,0
N	317	316	857

\* Gemäß Selbsteinschätzung mindestens „einigermaßen“ Deutsch sprechend.

Migranten mit Sprachkenntnissen, aber ohne Staatsbürgerschaft stellen bei Türken (47%) und Italienern (66%) die größte Gruppe dar. Auf dieser Komposition beruhen die meisten Erkenntnisse über Ausländer in Deutschland, weil mit ihnen eine Verständigung in deutscher Sprache möglich ist. Nach der hier benutzten Migrantendefinition ist diese Gruppe aber sowohl bei Türken als auch den Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion (26%) nur eine Minderheit. Bei letzteren besitzen sogar mehr als die Hälfte sowohl den deutschen Pass als auch Deutschkenntnisse. Aber selbst unter Türken und Italienern befindet sich ein Drittel bzw. ein Viertel sprachlich und rechtlich voll integrierter Migranten. Andererseits gibt es unter „Ausländern“ einen Personenanteil von 10 bis 17%, denen neben der Staatsbürgerschaft auch deutsche Sprachkenntnisse fehlen und die mangels Befragungsfähigkeit aus den meisten Migrantenerhebungen herausfallen. Quantitativ irrelevant sind Zuwanderer ohne Deutschkenntnisse aber mit deutschem Pass, was aufgrund der Einbürgerungskriterien nach dem Ausländer- und Vertriebenengesetz auch naheliegend ist.

Tabelle 7 stellt Messungen der ausgangs beschriebenen Variablen zur politischen und zivilgesellschaftlichen Integration im Vergleich ausgewählter Migrantengruppen dar. Auf die Darstellung der zahlenmäßig unbedeutenden Gruppe von deutschen Staatsangehörigen ohne Sprachkenntnisse wird dabei aus Übersichtlichkeitsgründen verzichtet. Die drei übrigen aus Tabelle 6 bekannten Kombinationen von Sprachkenntnissen und Staatsbürgerschaft spiegeln in der Reihenfolge ihrer Nennung eine Art Rangskala der politischen Integration in Deutschland wider. Migranten ohne Sprachkenntnisse und Staatsbürgerschaft sind dabei am wenigsten integriert, die mit deutscher Sprache und Pass am meisten.

Bei Türken, Italienern und den Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion nehmen die politischen Aktivitäten und das politische Interesse (beachte Anmerkung 1 zu Tabelle 7) bezogen auf Deutschland sowie die Mitgliedschaften in deutschen Organisationen mit dem Grad der sprachlichen und rechtlichen Integration zu. Bei der potentiellen Wahlbeteiligung gilt das nur für Türken und Italiener. Beim Vertrauen in die politischen Institutionen Deutschlands zeigt sich keine einheitliche Tendenz. Die politischen Aktivitäten und das politische Interesse bezogen auf das Herkunftsland sowie die Mitgliedschaften in ethnischen Organisationen nehmen in gleicher Richtung ab, aber in geringerem Ausmaß.

Vergleicht man die einzelnen Kompositionen mit der Gesamtstichprobe, dann fällt auf, dass die Ergebnisse für Migranten mit Sprachkenntnissen, aber ohne Staatsbürgerschaft (mittlere Gruppe), also die typische Stichprobe in „Ausländer-Befragungen“, denen aller Migranten (kursiv dargestellt) stark ähneln. Lediglich beim politischen Interesse der Russen weichen die Ergebnisse dieser Gruppen signifikant voneinander ab ( $p_{\text{two-sided}}=0,023$  bei deutschlandbezogenem und  $p_{\text{two-sided}}=0,024$  bei herkunftslandbezogenem Interesse auf Basis von „one-sample-student's t“). Insofern ist davon auszugehen, dass die Befragung von Ausländern mit Deutschkenntnissen in der zentralen Tendenz zu sehr ähnlichen Ergebnissen führt wie die von Allochthonen. Das liegt daran, dass die stärkere politische und zivilgesellschaftliche Integration von Migranten mit deutschem Pass und Kenntnissen der deutschen Sprache *zufällig* durch die schwächere Integration von solchen ohne beide Merkmale kompensiert wird. Allerdings wäre es falsch anzunehmen, dass „Allochthone“ durch ein auf Ausländer mit Deutschkenntnissen eingeschränktes Stichprobendesign hinreichend repräsentiert würden, denn natürlich unterschlägt dieses die innerhalb ihrer Gruppe bestehende Varianz oder anders ausgedrückt: Es unterschätzt nicht nur die zugewanderungsspezifische Heterogenität der

Migranten in Deutschland, sondern auch die ihrer politischen und zivilgesellschaftlichen Integration.

*Im Sinne von Friedrichs (1980: 125), wonach die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit hinsichtlich der für die Hypothesenprüfung relevanten Variablen und nach der Heterogenität seiner Elemente sein sollte, sind Ausländer nicht repräsentativ für Migranten.*

Tabelle 7: *Auswirkungen von Sprache und Staatsbürgerschaft auf politische Integration*

	Türken	Italiener	Russen
<b>Potentielle Wahlbeteiligung/Berlin (%)</b>			
ohne Sprachkenntnisse und Staatsbürgerschaft	75,5	67,7	68,3
mit Sprachkenntnissen, aber ohne Staatsbürgerschaft	80,5	78,4	62,4
mit Sprachkenntnissen und Staatsbürgerschaft	89,7	82,7	63,6
<i>alle Migranten</i>	82,6	78,5	63,0
<b>Politische Aktivitäten/Berlin-Deutschland (Ø)</b>			
ohne Sprachkenntnisse und Staatsbürgerschaft	0,43	0,84	0,36
mit Sprachkenntnissen, aber ohne Staatsbürgerschaft	1,03	1,39	0,58
mit Sprachkenntnissen und Staatsbürgerschaft	1,36	1,52	0,59
<i>alle Migranten</i>	1,03	1,36	0,53
<b>Politische Aktivitäten/Herkunftsland (Ø)</b>			
ohne Sprachkenntnisse und Staatsbürgerschaft	0,49	0,26	0,33
mit Sprachkenntnissen, aber ohne Staatsbürgerschaft	0,88	0,38	0,24
mit Sprachkenntnissen und Staatsbürgerschaft	0,90	0,21	0,23
<i>alle Migranten</i>	0,82	0,33	0,23
<b>Politisches Interesse/Berlin-Deutschland (Ø)<sup>1</sup></b>			
ohne Sprachkenntnisse und Staatsbürgerschaft	8,81	6,94	7,50
mit Sprachkenntnissen, aber ohne Staatsbürgerschaft	6,58	5,39	5,90
mit Sprachkenntnissen und Staatsbürgerschaft	5,97	4,95	5,75
<i>alle Migranten</i>	6,76	5,44	6,16
<b>Politisches Interesse/Herkunftsland (Ø)<sup>1</sup></b>			
ohne Sprachkenntnisse und Staatsbürgerschaft	5,40	7,29	6,22
mit Sprachkenntnissen, aber ohne Staatsbürgerschaft	5,54	8,20	7,25
mit Sprachkenntnissen und Staatsbürgerschaft	6,17	9,20	8,14
<i>alle Migranten</i>	5,72	8,36	7,59
<b>Institutionenvertrauen/Berlin-Deutschland (Ø)<sup>2</sup></b>			
ohne Sprachkenntnisse und Staatsbürgerschaft	23,57	23,71	25,08
mit Sprachkenntnissen, aber ohne Staatsbürgerschaft	24,28	22,10	24,26
mit Sprachkenntnissen und Staatsbürgerschaft	23,31	22,76	23,88
<i>alle Migranten</i>	23,79	22,43	24,23
<b>Mitgliedschaft in deutschen Organisationen (Ø)</b>			
ohne Sprachkenntnisse und Staatsbürgerschaft	0,25	0,55	0,30
mit Sprachkenntnissen, aber ohne Staatsbürgerschaft	0,75	1,46	0,48
mit Sprachkenntnissen und Staatsbürgerschaft	0,88	2,35	0,70
<i>alle Migranten</i>	0,71	1,58	0,56
<b>Mitgliedschaft in ethnischen Organisationen (Ø)</b>			
ohne Sprachkenntnisse und Staatsbürgerschaft	0,19	0,61	0,90
mit Sprachkenntnissen, aber ohne Staatsbürgerschaft	0,51	0,68	0,59
mit Sprachkenntnissen und Staatsbürgerschaft	0,38	0,27	0,47
<i>alle Migranten</i>	0,41	0,57	0,57

Anmerkungen:

1) Bei politischem Interesse entspricht der Wert 3 dem höchsten und 12 dem geringsten Interesse.

2) Beim Institutionenvertrauen entspricht der Wert 35 dem höchsten und 7 dem geringsten Vertrauen.

### 3. METHODENBERICHT:

#### Dokumentation und Analyse der Feldarbeit im Projekt

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln das Projekt „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“ vorgestellt und das Untersuchungsdesign in einem explizit *methodenforschenden* Rahmen begründet wurde, sollen in diesem Kapitel noch weitere wichtige Aspekte der Feldarbeit dokumentiert und analysiert werden. Die an dieser Stelle folgenden Ausführungen haben *methodenberichtenden* Charakter und behandeln eher praktische Fragen der empirischen Forschung mit Schwerpunkt Migranten.

Zur Rekapitulation: Basis des vorliegenden Papiers sind im November 2001 durchgeführte Interviews mit 317 türkischen, 316 italienischen und 643 „russischen“ Migranten sowie einer 305 Personen umfassenden deutschen Vergleichsgruppe aus Berlin. Die Befragung fand telefonisch anhand eines standardisierten und für jede Untersuchungsgruppe zweisprachig formulierten Fragebogens durch muttersprachliche Interviewer statt. Die Befragten wurden mittels eines Namensverfahrens aus dem Berliner Telefonregister rekrutiert, und zwar nach dem Gruppenkriterium der eigenen Geburt bzw. der Geburt eines Elternteils im entsprechenden Herkunftsland. Die soziodemographischen Merkmale Alter und Geschlecht wurden per Quotenplan kontrolliert.

In einem ersten Schritt wird der Ablauf der Telefoninterviews beschrieben. Dieser Punkt ist relevant, weil zunächst Bedenken hinsichtlich einer zu langen Interviewdauer, Verständnisproblemen bei den Befragten und aus diesen Gründen möglichen Abbrüchen bestanden (3.1.). Anschließend erfolgt eine Beschreibung des Erstellens und der Kontrolle des Quotenplans. Das diesbezügliche Vorgehen ist nicht so trivial, wie zunächst vermutet werden könnte. Wie in den vorangegangenen Kapiteln ausführlich erörtert wurde, entspricht die hier verwendete Definition von Migranten als „Allochthone“ keiner amtlichen Kategorie in Deutschland. Insofern ist eine Beschreibung der Grundgesamtheit nach Alter und Geschlecht nicht ohne weiteres möglich (3.2.). Unter diesem Gesichtspunkt werden im nächsten Schritt weitere Repräsentativitätskontrollen auf Basis zusätzlicher Strukturmerkmale und unter Hinzuziehung amtlicher Datenquellen durchgeführt. Der Grund dafür ist, dass die Erkenntnisse über „Non-Response“ und „Response-Bias“ in Migrantenbefragungen bisher fast ausschließlich auf der Betrachtung türkischstämmiger Personen beruhen (3.3.). Um nicht nur das methodische, sondern auch das inhaltliche Defizit der empirischen Forschung in bezug auf die Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion zukünftig besser aufarbeiten zu können,

wurde im Januar 2002 eine zusätzliche Stichprobe von 214 Personen „russischer“ Herkunft gezogen. Daher wird in einem weiteren Abschnitt untersucht, ob die zeitliche Abweichung auch zu inhaltlichen Differenzen bei relevanten Untersuchungsvariablen geführt hat, also ob die beiden zu unterschiedlichen Zeitpunkten gezogenen Stichproben bedenkenlos kumuliert werden dürfen (3.4). Nachdem in den Abschnitten 3.2 bis 3.4 festzustellen ist, dass einige strukturelle Merkmale der Befragten von Informationen über die Grundgesamtheit der jeweiligen ethnischen bzw. nationalen Gruppe abweichen, werden in einem abschließenden Schritt die Auswirkungen untersucht, die beobachteten Differenzen auf die hier angestrebten Forschungsziele haben. D.h., dass – analog zu Abschnitt 2.5 – Variablen zur politischen und zivilgesellschaftlichen Integration diesmal unter Anwendung eines Korrekturgewichts zur Kontrolle struktureller Verzerrungen ausgewertet und mit den unkorrigierten Untersuchungsergebnissen verglichen werden. Dadurch soll letztlich die Frage geklärt werden, ob die im Rahmen des Projekts „Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“ angewandten Untersuchungsmethoden auch jenseits der unter 2. diskutierten Aspekte zu einer realitätsnahen Abbildung der politischen und zivilgesellschaftlichen Integration von türkischen, italienischen und „russischen“ Migranten geführt haben (3.5).

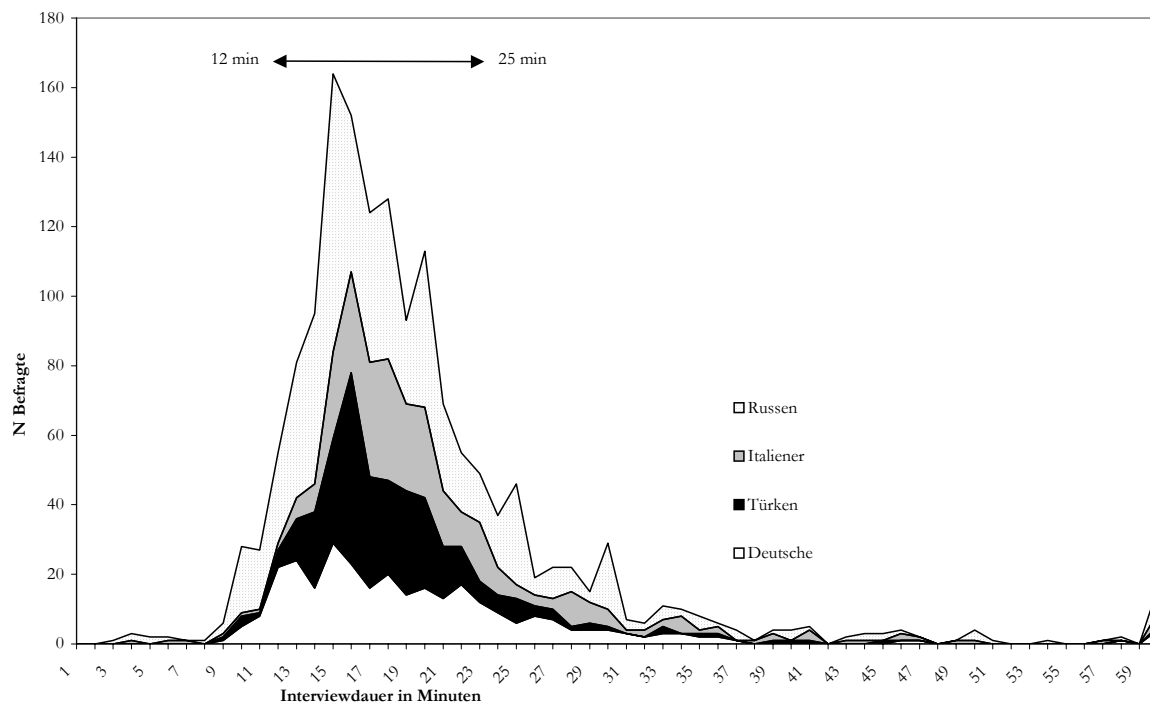
### **3.1 Ablauf der telefonischen Befragung**

Das Telefoninterview galt lange Zeit als „quick-and-dirty“-Methode unter den Datenerhebungstechniken. Seit die Telefondichte der Wohnbevölkerung auf über 95% gestiegen ist und mit dem Besitz eines Telefonanschlusses keine nennenswerten strukturellen Verzerrungen mehr zu verzeichnen sind, ist es zu einer Standard-Befragungstechnik nicht nur der Markt-Meinungsforschung, sondern auch der wissenschaftlichen empirischen Sozialforschung im allgemeinen geworden. In den Fokus der Methodenforschung ist daher inzwischen weniger die soziale Selektivität von Telefonregistern als vielmehr die telefonische Interviewsituation selbst gerückt. Einerseits ist die Reaktivität bei den Befragten durch die im Vergleich zum „face-to-face“-Interview unpersönlichere Datenerhebungssituation deutlich herabgesetzt, andererseits entfallen „durch die Reduzierung auf verbal-akustische Kommunikation (...) alle visuellen Hilfen wie Antwortkategorien, Diagramme usw. zur Fragenbeantwortung. Darüber hinaus hat der Interviewer nur geringe Möglichkeiten einzuschätzen, ob ein Befragter die Fragen falsch versteht, unkonzentriert oder gelangweilt ist“ (Schnell/Hill/Esser 1995: 343). In dieser Hinsicht empfiehlt es sich, bei der Fragebogengestaltung die Vermeidung zu langer und zu komplizierter Fragen sowie zu vieler Antwortkategorien noch stärker zu

beachten als bei der persönlichen oder postalischen Befragung. Genau hier lag die Befürchtung der Forscher, da erstens das Untersuchungsthema eine Grundkomplexität besitzt, die über das Niveau von Fragen nach Konsumgewohnheiten und Markennamen hinausgeht, und zweitens auch die Kenntnis bestimmter Institutionen (wie z.B. Verfassung, demokratisches System) voraussetzt. Eingedenk des Sachverhalts, dass ein großer Teil der Befragten erst vor einigen Jahren eingewandert ist, kann das für viele – eigentlich selbstverständlich erscheinende – Begrifflichkeiten nicht vorausgesetzt werden. Insofern ist zu evaluieren, wie lange die Interviews dauerten, ob und wie viele Abbrüche es gab und welche Fragen bzw. Begrifflichkeiten besondere Schwierigkeiten verursacht haben. Eine weitere Schwäche des Telefoninterviews liegt in der stärkeren Neigung der Befragten zu Quasi-Antwortverweigerungen in Form von „weiß nicht“ oder ähnlichen Bekundungen, sogenannte „non-attitudes“ (vgl. ebenda: 338ff). Auch dazu werden im Folgenden Anmerkungen zu machen sein.

Die Dauer der Interviews konnte durch eine Messung zu Beginn (vor der ersten inhaltlichen Frage) und dem Ende (nach der letzten inhaltlichen Fragestellung) festgehalten werden. Nach ersten Pretests durch die Forscher selbst war eine mittlere Interviewdauer zwischen 25 und 35 Minuten erwartet worden, solange keine schwerwiegenden Verständnisprobleme auftreten. Wie Schaubild 4 verdeutlicht, benötigten die mit dem CATI-System ausgerüsteten und – spätestens nach einigen Befragungen – geübten Interviewer am Zentrum für Türkeistudien deutlich weniger Zeit.

Schaubild 4: Dauer der telefonischen Befragung in Minuten (N)



82% aller Interviews dauerten zwischen 12 und 25 Minuten. Das war bei Umfang und Komplexität des Fragebogens (siehe 6. Anhang) doch einigermaßen überraschend. Es gab geringfügige Gruppenunterschiede, die jedoch darauf zurückzuführen sind, dass sich die Fragebögen für die Zielgruppen unterscheiden. So erhielten insbesondere die jüdischen Kontingentflüchtlinge etliche Zusatzfragen, was sich in den spitzen Ausschlägen der „Russen“ in Schaubild 4 widerspiegelt.<sup>11</sup> Die befürchteten Abbrüche nervter Respondenten waren äußerst selten, wodurch zugleich eine diesbezügliche Selektivität ausgeschlossen werden kann. Bei den deutschen Befragten brach niemand das Interview ab, nachdem er oder sie erst mal Teilnahmebereitschaft signalisiert hatte, bei den Türken gab es 6, bei den Italienern 4 und bei den „Russen“ 24 Abbrüche. Die wenigen Abbrüche erfolgten zudem meist am Beginn der Befragung, wodurch sich die geringfügigen Ausschläge im Bereich von unter 10 Minuten erklären. Folglich sind diese weniger auf die Länge und Komplexität des Fragebogens zurückzuführen – zumal am Anfang sehr einfache Fragen standen – als darauf, dass man oder frau es sich doch

<sup>11</sup> Es ist sehr schwierig, generalisierbare Aussagen über die Dauer der Interviews in Abhängigkeit vom Fragebogen zu machen. Diese hängt sowohl von der Anzahl und Ausgestaltung der Fragen wie auch der Antwortkategorien ab. Dazu kommen Einflüsse der Interaktion zwischen Interviewer und Befragten, wie Vorlesegeschwindigkeit, Verständnis und Entscheidungsfreudigkeit. Um trotzdem Fingerzeige für die Planung von Migrantebefragungen zu generieren wurden die Interviewzeiten auf die gegebenen gültigen Antworten je Befragten bezogen (wodurch unzutreffende Filterfragen, multiple-response-sets und Abbrecher konstant gehalten werden). Danach bedarf es bei den mittleren 80% der Befragten (unabhängig von der Gruppe) zwischen 6 und 14 Sekunden um eine Merkmalsausprägung (=Variable) zu kodieren.

noch einmal anders überlegt hatte. Daraus lässt sich ableiten, dass das Fragebogendesign die Belastungsfähigkeit der Befragten hinsichtlich Ausdauer und Verständnis eher unter- als überschätzt hat.

Trotzdem sollen die Hürden in der Befragung nicht verschwiegen werden. Zunächst ist die Frage zu den Organisationsmitgliedschaften (siehe 6. Anhang: Fragen 26 bis 28) zu nennen. Insbesondere Organisationsarten wie „private Interessenvertretung“, „ethnische bzw. nationale Organisation“, „Wohlfahrtsverband“ und „Selbsthilfegruppe“ waren als Begriff nicht immer präsent. In dieser Hinsicht hatten die Forscher aber durch die Vorgabe auf Nachfrage anzugebender Beispiele – die gruppenspezifisch ausgesucht waren – vorgesorgt, so dass dies letztlich nicht zum Problem geriet. Unerwartet war hingegen, dass bei den Fragen zur sozialen Distanz (Fragen 43 bis 54a) – beispielsweise der Einstellung zur Einheirat von Mitgliedern anderer ethnischer Gruppen in die eigene Familie – die Abgrenzung der Antwortkategorie „egal“ von „angenehm“ bzw. „unangenehm“ für Schwierigkeiten sorgte. Offensichtlich verbanden viele Befragte mit dem Begriff „egal“ eine negative Einschätzung und waren darum bemüht klarzustellen, dass es ihnen nicht auf die ethnische Zugehörigkeit des neuen Familienmitglieds ankommt. Kritik kam auch auf die Frage nach der Zustimmung zur Aussage „Männer und Frauen müssen immer gleich behandelt werden“ (Frage 39m), weil diese zu absolut gestellt sei und z.B. den Mutterschutz ausschließe.

Nicht jede Verständnisschwierigkeit wird von den Befragten auch explizit kommuniziert. Teilweise verstecken sich diese hinter Antwortverweigerungen. Eine etwa 10%ige Verweigerungsrate weisen die türkischen und „russischen“ Migranten bei Fragen zum Vertrauen in verschiedene Institutionen des öffentlichen Lebens auf (Fragen 38e bis 38i). Teilweise können diese dadurch bedingt sein, dass einige Befragte mit der Einschätzung von Institutionen wie dem „Berliner Abgeordnetenhaus“, dem „deutschen Bundestag“, der „deutschen Verfassung“, dem „demokratischen System in den westeuropäischen Ländern“ oder der „Europäischen Union“ überfordert sind, es aber nicht zugeben wollen. Die mit solchen Institutionen aufgewachsenen deutschen und italienischen Befragten bleiben an dieser Stelle kaum eine Antwort schuldig. Bei der sogenannten „Sonntagsfrage“ (Frage 12) verweigerten explizit oder in Form von „weiß nicht“-Angaben 20% der deutschen, 30% der türkischen, 47% der italienischen und 39% der russischen Befragten. Der „Klassiker“ der Antwortverweigerungen ist, neben der „Sonntagsfrage“, die Frage nach dem Haushaltseinkommen (Frage 61). Hier hüllte sich in allen Gruppen mindestens ein Drittel der Befragten in Schweigen, bei den Deutschen sogar 43%. Ansonsten waren keine methodisch folgenreichen Verweige-

rungen zu konstatieren, selbst bei zunächst als heikel einzuschätzenden Fragen, wie nach der Religiosität oder zum Verhältnis von Muslimen und Nicht-Muslimen nach dem 11. September (Frage 73x).

### **3.2 Erstellen und Kontrolle des Quotenplans**

Das Erstellen eines Quotenplans zur Kontrolle der Merkmale „Alter“ und „Geschlecht“ war eine notwendige Maßnahme, um die Repräsentativität der Stichproben zu gewährleisten. Aus der bisherigen Methodenforschung ist bekannt, dass Stichprobenziehungen von Migranten auf Basis von Telefonregistern zu einem selektiven Ausfall von Frauen aufgrund anonymer Anschlüsse und älteren Zuwanderern wegen Abwesenheitszeiten im Herkunftsland führen (vgl. 1.2). In diesem Sinne waren zunächst die für die Grundgesamtheit repräsentativen Quoten dieser ausgewählten Merkmale zu ermitteln. Problem: Die Grundgesamtheit wurde analog einer niederländischen Definition beschrieben, für die es kein amtliches deutsches Äquivalent gibt. Das hat zur Folge, dass auch keine offiziellen Zahlen zur Verteilung von Alter und Geschlecht in diesen Gruppen existieren. Somit verblieb als einzige kurzfristig realisierbare Möglichkeit, sich an den Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin für die jeweiligen Staatsangehörigkeiten zu orientieren, also der türkischen, italienischen und aller Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Der Unsicherheitsfaktor liegt nun darin, dass stillschweigend vorausgesetzt wird, dass das Einbürgerungsverhalten nicht mit Alter und Geschlecht variiert. Aus den hierzu verfügbaren Informationen des Statistischen Landesamtes Berlin zum Geschlecht der eingebürgerten Türken und „Russen“ ergeben sich keine gegenteiligen Hinweise. Unter Berücksichtigung der Sonderrechte, die Aussiedler als sogenannte „Volksdeutsche“ bei der Einbürgerung privilegieren, erschien es aber geboten, hinsichtlich dieser Gruppe weitere Daten hinzuzuziehen. Nach Prüfung von Angaben des Bundesverwaltungsamtes über die Sozialstruktur der Aussiedler bei Einreise in die Bundesrepublik Deutschland konnte aber festgestellt werden, dass sich deren Verteilung auf die Merkmale „Alter“ und „Geschlecht“ nicht signifikant von der Sozialstruktur der in Berlin ansässigen Staatsangehörigen der ehemaligen Sowjetunion unterscheidet.

Der Quotenplan umfasst die Merkmale Alter in drei – amtlich vorgegebenen – Kategorien und Geschlecht für jede Untersuchungsgruppe. Er ist nicht gebunden, d.h. die Verteilungen mussten nur univariat eingehalten werden. Als Fehlertoleranz wurden +/- 5 Prozentpunkte zugelassen. Tabelle 8 gibt die realisierten Stichprobenverteilungen

gen nach der ersten, zweiten und dritten Befragungswoche an und vergleicht das Endergebnis mit den Soll-Vorgaben. Die rechte Spalte gibt die Verfehlung der Vorgaben in Prozentpunkten an.

Die schrittweise Kontrolle der Quoten im Verlauf der Telefoninterviews zeigte, dass sich die Befragten von selbst innerhalb der Fehlertoleranz um die Vorgaben gruppieren, ohne dass organisatorisch eingegriffen werden musste. Das spricht zum einen für die Güte des Stichprobendesigns, zum anderen für die Bestimmung der Quoten. Es sei denn, ein Fehler in der Verteilungsannahme der Quotenmerkmale wird genau durch die Selektivität des Befragungsausfalls bei der Stichprobenziehung kompensiert, oder weniger abstrakt: Frauen und Ältere lassen sich genau um den Anteil häufiger einbürgern, wie sie telefonisch seltener zu erreichen sind. Das erscheint jedoch nach den vorliegenden Erkenntnissen wenig plausibel. Das Gegenteil ist der Fall: Es sind eher die Jüngeren und die Männer, die die Quoten nach unten verfehlen. Unplausibel ist im Umkehrschluss der obigen Argumentation aber auch die Begründung, dass gerade die Jüngeren und die Männer sich seltener einbürgern lassen. Diese – geringfügigen – Abweichungen geraten jedoch nicht zum methodischen Problem, da die Substichproben absolut gesehen übererfüllt sind. Der für jede Zelle (z.B. türkische Frauen) vorgesehene Mindestumfang ist eingehalten worden, ohne dass selektiv nachbefragt werden musste. Folglich kann diese Abweichung durch Abschöpfung der überrepräsentierten Zellen oder leichte Gewichtung kompensiert werden.

Table 8: Kontrolle des Quotenplans nach 1., 2. und 3. Befragungswoche (in % des Merkmals)

		1. Woche	2. Woche	3. Woche (IST)	SOLL	IST- SOLL
<b>Deutsche</b>						
<i>Alter</i>	18 bis unter 45 Jahre	46,3	50,5	45,6	47,5	- 1,9
	45 bis unter 65 Jahre	37,5	34,1	32,8	33,8	- 1,0
	65 Jahre und älter	16,3	15,4	21,6	18,7	+ 2,9
<i>Geschlecht</i>	weiblich	50,0	54,1	52,8	52,3	+ 0,5
	männlich	50,0	45,9	47,2	47,7	- 0,5
<i>Interviews</i>	N	80	208	305	300	+ 5
<b>Türken</b>						
<i>Alter</i>	18 bis unter 45 Jahre	61,3	67,6	67,9	67,5	+ 0,4
	45 bis unter 65 Jahre	30,3	26,0	26,9	26,6	+ 0,3
	65 Jahre und älter	8,4	6,4	5,2	5,9	- 0,7
<i>Geschlecht</i>	weiblich	46,7	43,7	46,2	46,1	+ 0,1
	männlich	53,3	56,3	53,8	53,9	- 0,1
<i>Interviews</i>	N	122	222	317	300	+ 17
<b>Italiener</b>						
<i>Alter</i>	18 bis unter 45 Jahre	64,5	66,4	65,1	69,5	- 4,4
	45 bis unter 65 Jahre	31,8	29,0	29,5	26,2	+ 3,3
	65 Jahre und älter	3,7	4,6	5,4	4,3	+ 1,1
<i>Geschlecht</i>	weiblich	35,2	35,3	35,5	34,3	+ 1,2
	männlich	64,8	64,7	64,5	65,7	- 1,2
<i>Interviews</i>	N	107	218	316	300	+ 16
<b>„Russen“</b>						
<i>Alter</i>	18 bis unter 45 Jahre	61,8	63,1	63,8	67,2	- 3,4
	45 bis unter 65 Jahre	29,7	27,3	27,0	23,6	+ 3,4
	65 Jahre und älter	8,5	9,6	9,2	9,3	- 0,1
<i>Geschlecht</i>	weiblich	57,3	55,6	56,6	53,6	+ 3,0
	männlich	42,7	44,4	43,4	46,4	- 3,0
<i>Interviews</i>	N	254	568	643	600	+ 43

### 3.3 Prüfung auf strukturelle Verzerrungen

Zwar deuten die bisherigen Erkenntnisse zur Befragung von Migranten nicht auf signifikante sozialstrukturelle Verzerrungen – abweichend von den hier systematisch kontrollierten – hin (vgl. 1.2), doch soll auch diese Möglichkeit nicht ungeprüft bleiben. Begründung: Der momentane Wissensstand basiert fast ausschließlich auf der Begutachtung von Türken und kann nicht ohne weiteres auf andere Zuwanderergruppen übertragen werden. Für die Untersuchung der Sozialstruktur aller ethnischen Minderheiten gilt das schon unter 3.2 erörterte Problem des unzureichenden Vergleichsmaterials. Da amtliche Statistiken auf Basis der Kategorie „Staatsbürgerschaft“ erstellt werden, können sie nicht ohne weiteres mit den hier vorliegenden Stichproben verglichen werden. Aber selbst nach Staatsangehörigkeit gegliederte Daten liegen nicht für alle prüfungswerten Merkmale so vor, dass sie repräsentativ für die Berliner Bevölkerung zum Zeitpunkt der Befragung sind.

Beispielsweise existieren zwar amtliche Zahlen zu den Einbürgerungen von Türken, aber nicht zum Bestand deutscher Staatsbürger türkischer Herkunft, insbesondere auch der Doppelstaatler. In der hier vorliegenden Umfrage gaben 36% der Befragten mit mindestens einem türkischen Elternteil an, die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. In Berlin wurden alleine zwischen 1991 und 2001 mehr als 45.000 Türken eingebürgert.<sup>12</sup> Bezogen auf den derzeitigen Bestand von etwa 126.000 in der Stadt lebenden Türken ohne deutsche Staatsangehörigkeit<sup>13</sup> ergibt sich ein Anteil von über 26%. Berücksichtigt man neben den 3.100 zwischen 1945 und 1990 Naturalisierten noch, dass auch die Kinder von eingebürgerten Türken und binationalen Ehen nach der hier benutzten Definition türkische Migranten, aber automatisch auch deutsche Staatsangehörige sind, erhöht sich dieser Prozentsatz nochmals. Der Anteil türkischer Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit in Berlin kann quantitativ also nicht genau abgeschätzt werden, jedoch ist der Wert von 36% vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Informationen durchaus plausibel.

Anders verhält es sich bei den Italienern. EU-Ausländer lassen sich im allgemeinen seltener einbürgern, weil sie Deutschen rechtlich weitgehend gleichgestellt sind. Die Einbürgerungsquoten der Italiener liegen weit unter dem Durchschnitt aller Nationali-

---

<sup>12</sup> Alle Zahlenangaben in diesem Abschnitt basieren – soweit nicht anders angegeben – auf eigenen Berechnungen nach Daten des Statistischen Landesamtes Berlin.

<sup>13</sup> Deutsch-türkische und andere Doppelstaatler werden von der amtlichen Statistik als deutsche Staatsbürger geführt.

tätengruppen. Während sich zwischen 1991 und 2001 durchschnittlich 3,07% aller türkischen Staatsangehörigen Berlins jährlich einbürgern ließen, lag die Quote von Italienern nur bei 0,14%. Zwischen 1945 und 2001 wurden genau 1.094 Italiener in Berlin naturalisiert. Bezogen auf die 12.858 am 30.06.2001 in Berlin lebenden Italiener ohne deutsche Staatsangehörigkeit ergibt das einen Anteil von 7,8%. Selbst wenn man davon ausgehen würde, dass die Zahl der Kinder eingebürgerter Italiener und binationaler Ehen die der Verstorbenen bzw. Weggezogenen weit übersteigt, ist anzunehmen, dass der in der Umfrage gefundene Anteil von 24% den Prozentsatz von italienischen Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit deutlich überschätzt. Legt man vor dem Hintergrund der ähnlichen Migrationsgeschichte die Zahlen der eingebürgerten Türken zwischen 1945 und 2001 zugrunde, so müsste der Anteil deutscher Staatsbürger in der türkischen Stichprobe mehr als dreimal höher als der der Italiener sein (28 versus 8%). Tatsächlich beträgt er aber nur das 1,5fache (36 versus 24%). Die Diskriminierungsfähigkeit des Merkmals „deutsche Staatsangehörigkeit“ erhält somit bezogen auf andere sozialstrukturelle Merkmale bei den Italienern eine zusätzliche repräsentativitätsrelevante Note.

Angaben zu den Zuwanderern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sind noch schwerer zu quantifizieren, weil diese überwiegend als Aussiedler bzw. deren Angehörige einreisen und als „Volksdeutsche“ einen privilegierten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft besitzen. In den Melderegistern werden sie daher häufig schon bei der ersten Registrierung als Deutsche erfasst. Die Berechnung von Einbürgerungsquoten mit Bezug auf die ansässige Bevölkerung der Staatsangehörigen der entsprechenden Herkunftsländer macht daher für Aussiedler wenig Sinn. Die in der Umfrage ermittelten Anteile deutscher Staatsangehöriger unter allen Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion beträgt 62%, bei den Aussiedlern 92%, bei den Juden 15%. Diese Zahlen sind durchaus nachvollziehbar; bei den Aussiedlern aufgrund der beschriebenen rechtlichen Situation, bei den Juden ebenfalls, weil diese zwar durchweg weniger als 15 Jahre in Deutschland sind, aber als Kontingentflüchtlinge ebenfalls über einen vereinfachten Zugang zur Staatsbürgerschaft verfügen. Nimmt man die Einbürgerungsquoten von etwas mehr bzw. etwas weniger als 2% von russischen bzw. ukrainischen Staatsbürgern Berlins für das Jahr 2000 als vagen Indikator für die Einbürgerungsquoten russischer bzw. ukrainischer Juden (vermutlich sind diese aufgrund verzögerter Einbürgerungen von Aussiedlern etwas niedriger) und stellt sie ins Verhältnis zu den 3,12% der Türken im selben Jahr, so erhärtet sich deren Plausibilität.

Betrachtet man den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit als Indikator für eine fortgeschrittene soziale Integration, so erscheinen Türken und „Russen“ durch die Stichproben gut abgebildet worden zu sein, Italiener hingegen nicht. Neben dem rechtlichen Status sind aber insbesondere sozioökonomische Faktoren von Bedeutung für die Teilhabechancen an einer Gesellschaft. In dieser Hinsicht soll an verschiedenen Indikatoren – insbesondere abhängig von ihrer Verfügbar- und Vergleichbarkeit – die Repräsentativität der Stichprobenziehung weiteren Prüfungen unterworfen werden. Aus erstens Vergleichbarkeitsgründen mit der amtlichen Statistik und zweitens ihrer „repräsentativitätsrelevanten Note“ sollen die Umfragedaten getrennt nach Migranten mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit ausgewiesen werden. Die Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit können mit denen ohne innerhalb der Umfragedaten verglichen werden, u.a. um zu prüfen, ob diese bei den – nicht repräsentativ abgebildeten – Italienern zu weiteren Verzerrungen führt. Die Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit stellen die Vergleichsgruppe zur amtlichen Statistik dar. So soll geprüft werden, ob sozialstrukturelle Abweichungen – unabhängig von der Staatsbürgerschaft – bestehen. Tabelle 9 stellt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Beamten, der Selbständigen, der Arbeitslosen und Studenten an allen Volljährigen der jeweiligen Bezugsgruppe in Prozent dar.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> Es ist zu berücksichtigen, dass es sich dabei nicht um Erwerbs-, Arbeitslosen-, Selbständigen oder Studentenquoten im Sinne der amtlichen Statistik handelt, da diese abweichende Bezugsgrößen besitzen, wie die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die Erwerbspersonen oder Bildungsinländer bzw. -ausländer. Die Angaben der amtlichen Statistik in Tabelle 4 wurden, wie die Umfragedaten, durch eigene Berechnungen auf die volljährige Bevölkerung bezogen.

Tabelle 9: Vergleich der Sozialstruktur in Umfragedaten und amtlicher Statistik (%)

	Umfragedaten 1	Umfragedaten 2	Amtliche Statistik
	deutsche Staatsangehörige	ohne deutsche Staatsangehörige	entsprechende Staatsangehörige
<b>Deutsche</b>			
Beschäftigte	40,5	-	43,1
Selbständige	7,7	-	( 6,4 )
Arbeitslose	3,0	-	8,9
Studenten	4,3	-	4,6
<b>Türken</b>			
Beschäftigte	36,6	25,5	30,5
Selbständige	6,3	7,1	( 3,7 )
Arbeitslose	20,7	27,6	22,3
Studenten	1,8	1,0	2,2
<b>Italiener</b>			
Beschäftigte	37,8	43,7	24,0
Selbständige	18,9	22,1	( 8,7 )
Arbeitslose	3,9	5,1	10,3
Studenten	14,5	3,4	4,4
<b>„Russen“</b>			
Beschäftigte	40,3	31,0	12,4
Selbständige	2,1	5,2	-
Arbeitslose	17,6	17,6	14,8
Studenten	3,5	7,7	6,4

Anmerkung: Die Selbständigenzahlen sind eine eigene Hochrechnung aus verschiedenen Datenquellen unter der Annahme, dass sich die selbständigen Migranten analog aller Selbständigen Deutschlands auf die Bundesländer verteilen.

Nimmt man also die Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin auf Basis der Nationalität zum Maßstab, dann erscheint die sozioökonomische Struktur der deutschen und türkischen Staatsangehörigen in der Umfrage relativ gut abgebildet worden zu sein. Insofern bestätigen sich die bisherigen Erkenntnisse der Methodenforschung bezüglich dieser Gruppe. Man erkennt außerdem, dass die türkischen Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft einen höheren Beschäftigten- (37 versus 26%) und einen geringeren Arbeitslosenanteil (21 versus 28%) aufweisen als solche ohne. Anders verhält es sich bei den Italienern. Zwar existieren hier – mit Ausnahme der Studenten – keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Migranten mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft, wohl aber deutliche Abweichungen zwischen der Sozialstruktur der italienischen Staatsangehörigen in der Umfrage und nach amtlichen Daten. Diese sind derart, dass der Anteil der Beschäftigten (44 versus 24%) sowie Selbständigen (22 versus 9%) über- und der Arbeitslosenanteil (5 versus 10%) unterschätzt wird. Es liegt demzufolge eine Verzerrung zugunsten sozioökonomisch gut integrierter Italiener in

den Umfragedaten vor. Ähnliches lässt sich bei den Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion beobachten. Hinsichtlich des Beschäftigtenanteils unterscheiden sich sowohl die deutschen und nicht-deutschen Staatsangehörigen (40 versus 31%) als auch Umfragedaten und amtliche Statistik (31 versus 12%). Allerdings ist die nach amtlichen Daten ermittelte Angabe für die Beschäftigten mit einem Fragezeichen zu versehen.<sup>15</sup>

Ein weiterer interessanter Indikator für mögliche Verzerrungen, vor allem hinsichtlich politischer Einstellungen, ist das Wahlverhalten. Am 19. Oktober 2001, also gut 2 Wochen vor Beginn der Umfrage, fand die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Diese liefert aufgrund ihrer zeitlichen Nähe eine gute Vergleichsmöglichkeit hinsichtlich der Parteienpräferenzen und damit verbundenen politischen Einstellungen.<sup>16</sup> Allerdings sind auf Basis des amtlichen Wahlergebnisses nur Aussagen über die wahlberechtigte Bevölkerung, also der volljährigen deutschen Staatsangehörigen, möglich. Und natürlich kann dieses aufgrund des Wahlgeheimnisses nicht nach individuellen Merkmalen, wie z.B. dem eigenen Herkunftsland oder dem der Eltern aufgegliedert werden. So ergeben sich Anhaltspunkte lediglich für die deutsche Vergleichsgruppe, nicht jedoch für die Migrantengruppen. Bei den „echten“ Abgeordnetenhauswahlen wurde die SPD mit 30% stärkste Partei vor der CDU mit 24 und der PDS mit 23%, Bündnis'90/Grüne erhielten 9, die FDP 10, andere Parteien 4%. Laut Umfrage hätten 2 Wochen später 44% SPD, 19% CDU, 18% PDS, 7% Bündnis'90/Grüne, 6% FDP und noch mal 6% andere Parteien gewählt, wenn an diesem Sonntag Wahlen gewesen wären. Demnach ist die Rangfolge und der Abstand zwischen den Parteien relativ gut widerspiegelt worden, nicht aber der Vorsprung der SPD. Hierfür gibt es jedoch eine relativ einfache Erklärung in Form eines aus der Wahlforschung hinlänglich bekannten Phänomens: Zum Zeitpunkt der Umfrage war der Wahlsieg der SPD bereits bekannt. Viele Befragte wollten sich offensichtlich nun auf die Seite des „Siegers“ stellen. Dafür spricht auch, dass alle Parteien einen ähnlich hohen Wähleranteil an die SPD abgeben mussten, ansonsten aber in den Relationen geblieben sind. Trotz der quantitativen

---

<sup>15</sup> Die Daten zu den Angehörigen der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion entstammen betreffs der Bevölkerung und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten jeweils dem Statistischen Landesamt, aber dort aus unterschiedlichen Quellen: Zum einen aus dem Melderegister, zum anderen von den Arbeitgebern. Das wirkt sich z.B. dahingehend aus, dass zur Kategorie „Staatsangehörigkeit der ehemaligen Sowjetunion“ zwar über 7.000 Einwohner, aber nur 2 Beschäftigte registriert sind. Bezieht man Beschäftigte und volljährige Einwohner mit der Staatsangehörigkeit Russlands und der Ukraine aufeinander, erhält man Beschäftigtenanteile von immerhin 19 bzw. 15%. Das ändert jedoch nichts daran, dass der Anteil der Beschäftigten in der Umfrage offenbar deutlich überschätzt wird.

<sup>16</sup> Es war zunächst geplant, die Untersuchung zeitgleich zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses stattfinden zu lassen, jedoch zog die Jüdische Gemeinde nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 ihre Zusage zur Zusammenarbeit kurzfristig zurück, worauf hinsichtlich der jüdischen Befragten ein neues Stichprobenkonzept erarbeitet werden musste.

Abweichung zwischen dem Wahlergebnis und der „Sonntagsfrage danach“ ist nicht zwangsläufig davon auszugehen, dass eine Fehlauswahl der Befragten vorliegt.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die deutschen und türkischen Befragten eine weitgehend verzerrungsfreie Stichprobe der Grundgesamtheit darstellen, während bei den Italienern deutliche Abweichungen in Richtung rechtlich und ökonomisch besser integrierter Befragter zu beobachten sind und bei den „Russen“ ungeklärte Fragen hinsichtlich ihres Beschäftigungsstatus verbleiben. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Überlegungen zum Einsatz eines Korrekturgewichtes anzustellen, die in einem späteren Abschnitt (3.5) erörtert werden.

### **3.4 Aufstockung der Stichprobe zu einem späteren Zeitpunkt**

Um nicht nur das methodische, sondern auch das inhaltliche Defizit der empirischen Forschung in Bezug auf die Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion zukünftig besser aufarbeiten zu können, wurde im Januar 2002 eine zusätzliche Stichprobe von 214 Personen „russischer“ Herkunft gezogen. Dabei wurden die unter 2.2 beschriebenen methodischen Erkenntnisse bereits insofern genutzt, als dass auf die gesonderte Erfassung von Personen mit deutschen bzw. jüdischen Namen verzichtet wurde. Aus Sicht der Forscher rechtfertigt sich der dafür notwendige Aufwand vor dem Hintergrund der lediglich geringfügigen Selektivität der rein russischen Namen nicht. Im übrigen wurde aber nach dem gleichen Stichprobendesign vorgegangen wie in der Erstbefragung, so dass auf eine nochmalige Evaluierung des Vorgehens im Detail (analog 3.1 bis 3.3) verzichtet werden kann. Plausibel bleibt jedoch die Möglichkeit, dass die zeitliche Abweichung zu inhaltlichen Differenzen bei relevanten Untersuchungsvariablen geführt hat, wie z.B. dem Wandel politischer Einstellungen aufgrund tagespolitischer Ereignisse oder des sozioökonomischen Status aufgrund saisonaler Konjunkturzyklen. Die methodische Rückkoppelung leitet sich aus der Frage her, ob die zu unterschiedlichen Zeitpunkten gezogenen Stichproben bedenkenlos kumuliert werden können.

In diesem Sinne stellt Tabelle 10 die Verteilungen einiger schon aus vorherigen Kontexten bekannten Variablen getrennt nach erster (November 2001) und zweiter (Januar 2002) Stichprobenziehung dar. Neben der Gesamtheit aller Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion werden auch die beiden Hauptgruppen „Juden“ und „Aussiedler“ getrennt ausgewiesen. Auf die Präsentation der Restkategorie wird aus Übersichtlichkeitsgründen verzichtet.

Tabelle 10: Verteilung ausgewählter Variablen in erster und zweiter „Russen“-Stichprobe (%)

	Alle „Russen“		Nur Juden		Nur Aussiedler	
	Stichprobe		Stichprobe		Stichprobe	
	1	2	1	2	1	2
<b>Gruppenzugehörigkeit</b>						
Juden	24,7	30,8	-	-	-	-
Aussiedler	50,7	43,5	-	-	-	-
Keine von beiden	24,6	25,7	-	-	-	-
<b>Staatsangehörigkeit</b>						
deutsche	62,2	55,1	15,2	16,7	92,3	89,2
keine deutsche	37,8	44,9	84,8	83,3	7,7	10,8
<b>Sozialstruktur</b>						
Beschäftigte	36,7	32,4	34,2	26,2	40,7	44,1
Selbständige	3,2	5,2	0,7	1,5	3,2	5,4
Arbeitslose	17,7	17,7	15,5	14,3	16,4	14,1
Studenten	5,0	5,3	5,4	4,8	3,9	3,3
<b>Wahlbeteiligung</b>						
Ja	65,3	56,3	69,8	73,8	64,1	44,1
Nein	25,0	34,7	22,6	21,5	24,8	43,0
Weiß nicht	9,6	8,9	7,5	4,6	11,0	12,9
<b>Wahlabsicht</b>						
CDU	58,5	44,3	40,0	34,4	71,9	65,7
SPD	25,3	30,7	44,0	46,9	15,7	14,3
PDS	11,4	18,2	6,7	9,4	11,8	14,3
FDP	3,1	3,4	5,3	6,3	0,7	2,9
B'90/Grüne	1,7	0,0	4,0	0,0	0,0	0,0
Andere	0,0	3,4	0,0	3,1	0,0	2,9
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
N	643	214	159	66	326	93

Zunächst ist eingetreten, was gemäss 2.2 zu erwarten war, nämlich dass der Anteil der Juden an allen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion bei einer auf rein russischen Namen basierenden Auswahlliste etwas höher ist, als der in der kombinierten Erstbefragung. Damit erklärt sich auch der etwas niedrigere Anteil deutscher Staatsbürger (55 versus 62%), denn durch die Überproportionierung der jüdischen Befragten sinkt dieser Anteil zwangsläufig, während er in den Gruppen selbst relativ konstant bleibt (17 versus 15% bzw. 89 versus 92%). Bei den sozialstrukturellen Variablen war ein saisonaler Einfluss auf dem Arbeitsmarkt zu vermuten. Im Januar sind die Beschäftigtenzahlen generell niedriger und die Arbeitslosenzahlen generell höher als im No-

vember. Tatsächlich liegt die Zahl der Beschäftigten in der zweiten Stichprobe um etwa 5 Prozentpunkte niedriger (32 versus 37%), wobei dieser Rückgang erstaunlicherweise alleine von den Juden und nicht von den Aussiedlern verursacht wird. Der Grund kann eigentlich nur in einer unterschiedlichen Beschäftigungsstruktur liegen, wozu jedoch keine Informationen erhoben wurden. Ein wesentlich eindrucksvollerer Umschwung zeigt sich im Wahlverhalten. Zum einen ist die Bereitschaft, an den Wahlen teilzunehmen, in der zweiten Stichprobe rückläufig (56 versus 65%), zum anderen zeigt sich ein „Linksruck“ in der Parteienpräferenz mit Verlusten für die CDU (44 versus 59%) und Gewinnen für SPD (31 versus 25%) und PDS (18 versus 11%). Diese Verschiebungen können zum Teil, jedoch nicht alleine, auf die Überproportionierung der jüdischen Befragten zurückgeführt werden. In der Gruppenanalyse wird ersichtlich, dass die rückgängige Wahlbeteiligung vor allem auf die Aussiedler (44 versus 64%) zurückgeht, der „Linksruck“ jedoch von der nicht in Tabelle 10 aufgeführten Restkategorie (weder Aussiedler noch Juden). Dazu ist anzumerken, dass zum Zeitpunkt der zweiten Befragung eine SPD/PDS-Koalition die Regierung in Berlin angetreten hat, was das Antwortverhalten möglicherweise in Richtung dieser Parteien beeinflusst hat.

Temporäre Schwankungen der Sozialstruktur und der politischen Einstellungen scheinen also eine unvermeidliche Begleiterscheinung einer zu unterschiedlichen Zeitpunkten durchgeführter Befragung zu sein. Diese sind nicht sinnvoll durch korrigierende Eingriffe wie eine Gewichtung kompensierbar, da es sich ja nicht um methodische Fehler in der Auswahl der Befragten, sondern tatsächliche Veränderungsprozesse handelt. Bei einer Kumulation der Stichproben kann diese Schwankungsbreite daher nur interpretativ berücksichtigt werden. Möglicherweise zweckmäßig ist es aber, das Verhältnis zwischen Juden und Aussiedlern in der Zweitstichprobe zu korrigieren, um zumindest die darauf zurückzuführenden Verschiebungen zu kontrollieren. Eine Kumulation der beiden Stichproben kann also nicht ohne Einschränkungen befürwortet werden. Im Prinzip sollte bei jedem Untersuchungsmodell unter Einbeziehung der „Russen“ getestet werden, ob sich die Ergebnisse aus Erst- und Nachbefragung unterscheiden.

### **3.5 Anwendung eines Korrekturgewichtes zur Kontrolle struktureller Verzerrungen**

In den Abschnitten 3.2 bis 3.4. wurden mehr oder weniger deutliche Differenzen zwischen den Umfragedaten und verfügbaren Informationen über die Grundgesamtheit

festgestellt. Die Unterschiede zeigten sich in – allerdings geringfügigen – Abweichungen vom Quotenplan bezüglich Alter und Geschlecht (vgl. 3.2), beim Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft unter den italienischen Migranten, der Berufsstruktur von Italienern und Russen, dem Wahlverhalten der Deutschen (vgl. jeweils 3.3) sowie der Verteilung von Juden und Aussiedlern in der Nachbefragung (vgl. 3.4). Die vorgebrachten Erklärungen blieben überwiegend auf der spekulativen Ebene. Insbesondere konnten nur Vermutungen darüber angestellt werden, ob den Abweichungen ein Problem der Reaktivität („Response Bias“) oder des Befragungsausfalls („Non Response“) zugrunde liegt. Das Problem der Reaktivität liegt in der Interaktion zwischen Interviewer und Interviewten und manifestiert sich in Antwortverzerrungen, z.B. der Abgabe sozial erwünschter oder opportunistischer Antworten, wie sie hier bei der „Sonntagsfrage“ nahe liegen. Das Problem des „Non-Response“ liegt in der Stichprobenziehung und äußert sich u.a. in einem hohen Anteil von Inhabern der deutschen Staatsbürgerschaft unter italienischen Migranten. Schon bei der Berufsstruktur ist die Einschätzung darüber schwieriger, ob die Überrepräsentanz der Beschäftigten in selektiven Befragungsausfällen der Nicht-Beschäftigten oder in falschen Angaben der Befragten liegt. Im ersten Fall wären die Befragten, im zweiten die Antworten nicht repräsentativ.

Wie ist mit dieser Situation umzugehen? Ist lediglich das Antwortverhalten bezogen auf bestimmte Fragen verzerrt, dann heißt das noch lange nicht, dass auch auf die Schlüsselvariablen der Untersuchung falsch geantwortet wurde. Das Repräsentativitätskriterium nach Friedrichs wäre, wie schon erwähnt, nur dann verletzt, wenn die Stichprobe kein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit hinsichtlich der für die für die Hypothesenprüfung relevanten Variablen ist. Problematisch ist nun, dass Umfragen im allgemeinen gerade deshalb initiiert werden, weil – bezogen auf die für die Hypothesenprüfung relevanten Variablen – keine genauen Informationen über die Grundgesamtheit vorliegen. Deshalb formuliert Friedrichs als zweite Anforderung, dass die Stichprobe auch ein Abbild der Grundgesamtheit hinsichtlich der Heterogenität ihrer Elemente – also der Befragten – sein muss. Letzteres wird zumeist an strukturellen Merkmalen, wie sie hier teilweise geprüft werden konnten, festgemacht. Weicht ihre Verteilung von der der Grundgesamtheit ab, dann ist nicht auszuschließen, dass auch die hypothesenrelevanten Merkmale falsch gemessen werden. Diese Annahme ist wiederum überprüfbar, indem die Strukturvariablen entsprechend der Verteilung in der Grundgesamtheit gewichtet werden und die Ausprägungen der integrationsspezifischen Merkmale im gewichteten und ungewichteten Design verglichen werden. Um es auf den Punkt zu bringen: Geprüft wird, ob der „Non-Response“ zu veränderten Verteilungen der hypothesentragenden Variablen führt, nicht jedoch, ob diese Messungen

selbst repräsentativ, d.h. frei von Response Errors, sind. Letztlich geht es darum, ob eine Gewichtung nach Strukturmerkmalen Sinn macht oder nicht.

Als Prüfgegenstand werden die schon im vorangegangenen Abschnitt benutzten Variablen zur politischen und zivilgesellschaftlichen Integration im gewichteten und ungewichteten Design gemessen und verglichen. Das Gewicht wird bewusst streng an den verfügbaren und einigermaßen vergleichbaren Informationen orientiert, ohne dass die vorgebrachten Erwägungen zu den Ursachen der Messunterschiede zwischen Umfrage und Grundgesamtheit zunächst Berücksichtigung finden:

- Alter und Geschlecht für alle Gruppen bezogen auf die Quotenvorgaben,
- Staatsangehörigkeit auf Basis der zwischen 1945 und 2001 eingebürgerten Türken und Italiener im Verhältnis zur Wohnbevölkerung 2001 nach Angaben des Statistischen Landesamtes,
- Berufsstruktur für alle Gruppen (bei Migranten ohne deutsche Staatsangehörige) nach den Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin und eigenen Hochrechnungen,
- Wahlverhalten der deutschen Bevölkerung nach dem amtlichen Ergebnis der Berliner Abgeordnetenhauswahl 2001,
- Verhältnis zwischen Juden, Aussiedlern und Restkategorie in der Nachbefragung orientiert an der Verteilung in der ersten Stichprobe.

Von den verschiedenen Möglichkeiten der Auf-, Ab- und Umgewichtung wird letztere benutzt, d.h. dass der Mittelwert aller Gewichte „1“ ist. Die Multiplikation aller sechs Einzelgewichte ergibt das Gesamtgewicht. Das ist möglich, weil zwischen den Einzelgewichten nur geringe Interaktionen bestehen.

Tabelle 11 stellt die ungewichteten und gewichteten Werte im Vergleich dar. Der Vergleich zeigt, dass die Gewichtung nur zu einer marginal veränderten Messung der untersuchungsrelevanten Variablen führt. Bei den türkischen und „russischen“ Befragten ist nahezu gar kein Unterschied zu erkennen. Während dies bei den Türken wenig überrascht, weil sie ohnehin durch die Stichprobe sehr gut abgebildet wurden, erstaunt dies bei den Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion aufgrund deren deutlich verschätzter Beschäftigtenquote. Möglicherweise handelte es sich an dieser Stelle eher um Antwortverzerrungen als um tatsächliche Befragungsausfälle. Geringfügige Abwei-

chungen ergeben sich bei der deutschen Vergleichsgruppe in der Hinsicht, dass die politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung leicht unterschätzt wird. Das ist methodisch alleine auf die Berücksichtigung der Parteienpräferenzen im Gesamtgewicht zurückzuführen, woraus geschlossen werden kann, dass weniger engagierte Befragte tatsächlich dazu neigen, sich bei der „Sonntagsfrage“ auf die Siegenseite zu stellen, als eine eigene Entscheidung zu treffen (vgl. 3.3). Besonders erstaunlich ist aber, dass die am deutlichsten von der Grundgesamtheit abweichenden Italiener – insbesondere hinsichtlich des Besitzes der deutschen Staatsbürgerschaft und der sozialversicherungspflichtig sowie selbständig Beschäftigten – relativ konstante Messungen zeigen. Trotzdem ist eine durchgehende Tendenz unübersehbar, dass die Umfragedaten die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation der italienischen Migranten in Berlin bzw. Deutschland etwas überschätzen. Wahlbeteiligung (74,7 versus 78,5%), deutschlandorientierte Aktivitäten (durchschnittlich 1,31 versus 1,36), Interesse (5,71 versus 5,44 bei entgegengerichtete Skalierung) und Organisationsmitgliedschaften (durchschnittlich 1,35 versus 1,58) sinken bei Anwendung eines Korrekturgewichtes. Die Italienorientierte Partizipation ist minimal höher, das politische Vertrauen stabil. Signifikant nach statistischen Kriterien („Fisher’s exact“ für Prozentverteilungen und „one-sample-student’s t“ für Mittelwertvergleiche) ist der Unterschied zwischen gewichtetem und ungewichtetem Design für den Summenindex des deutschlandbezogenen politischen Interesses ( $p_{\text{two-sided}} = 0,014$ ) und der Anzahl der Mitgliedschaften in deutschen Organisationen ( $p_{\text{two-sided}} = 0,012$ ).

Alles in allem ist also festzustellen, dass selbst eine äußerst strenge Gewichtung, die sich an rein quantitativen Kriterien orientiert und vielfältige qualitative Erklärungsmöglichkeiten für strukturelle Abweichungen der Umfragedaten außer acht lässt, zu keiner wesentlichen Veränderung in der Messung hypothesenrelevanter Variablen führt. Trotz dieser Ergebnisse wäre es unzulässig zu behaupten, dass damit gezeigt sei, dass die Befragungsausfälle keinen Einfluss auf die Untersuchungsergebnisse haben. Denn: „It is assumed that the missing respondents will give the same type of answer as those of similar demographic characteristics who do answer the question“ (van Goor/Stuiver 1998: 482). Diese Annahme zu prüfen ist jedoch nur in der Lage, wer – wie die gerade zitierten – über gesicherte Informationen zur Verteilung der abhängigen Variablen in der Grundgesamtheit verfügt.

Tabella 11: *Auswirkung eines Korrekturgewichts auf integrationsspezifische Variablen*

	Deutsche	Türken	Italiener	„Russen“
<b>Potentielle Wahlbeteiligung/Berlin (%)</b>				
ungewichtet	86,2	82,6	78,5	63,0
gewichtet	87,5	81,7	74,7	62,8
<b>Politische Aktivitäten/Berlin-Deutschland (Ø)</b>				
ungewichtet	1,62	1,03	1,36	0,53
gewichtet	1,69	0,99	1,31	0,52
<b>Politische Aktivitäten/Herkunftsland (Ø)</b>				
ungewichtet	-	0,82	0,33	0,23
gewichtet	-	0,81	0,31	0,24
<b>Politisches Interesse/Berlin-Deutschland (Ø)<sup>1</sup></b>				
ungewichtet	5,02	6,76	5,44	6,16
gewichtet	4,91	6,85	5,71	6,22
<b>Politisches Interesse/Herkunftsland (Ø)<sup>1</sup></b>				
ungewichtet	-	5,72	8,36	7,59
gewichtet	-	5,66	8,31	7,60
<b>Institutionenvertrauen/Berlin-Deutschland (Ø)<sup>2</sup></b>				
ungewichtet	22,6	23,8	22,4	24,2
gewichtet	22,3	23,9	22,4	24,2
<b>Mitgliedschaft in deutschen Organisationen (Ø)</b>				
ungewichtet	3,27	0,71	1,58	0,56
gewichtet	3,22	0,68	1,35	0,55
<b>Mitgliedschaft in ethnischen Organisationen (Ø)</b>				
ungewichtet	-	0,41	0,57	0,57
gewichtet	-	0,41	0,60	0,56

Anmerkungen:

1) Bei politischem Interesse entspricht der Wert 3 dem höchsten und 12 dem geringsten Interesse.

2) Beim Institutionenvertrauen entspricht der Wert 35 dem höchsten und 7 dem geringsten Vertrauen.

#### 4. ZUSAMMENFASSUNG:

##### **Praktische Hinweise für die Planung von Migrantenerbefragungen**

Die vorangegangenen Ausführungen erörtern in einem methodenforschenden und einem methodenberichtenden Teil aktuelle Probleme der empirischen Forschung über ethnische Minderheiten in Deutschland. Basis der Untersuchungen sind Ergebnisse und Erfahrungen der Berliner Teilstudie des Projekts „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Berlin und Amsterdam“ in Form einer telefonischen Befragung von Deutschen, Türken, Italienern und Zuwanderern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, einschließlich deutschstämmiger Aussiedler und jüdischer Kontingentflüchtlinge. Die zentrale Forschungsfrage des Projekts ist, wie die Qualität der multikulturellen Demokratie, betrachtet als politische Partizipation von Migranten und deren Vertrauen in politische Institutionen, durch den Grad ihrer Eingebundenheit in die zivilen Institutionen des Aufnahmelandes einerseits sowie in die eigenen ethnischen Institutionen andererseits erklärt werden kann. Die ausgewählten Migrantengruppen wurden in diesem Sinne u.a. dazu befragt, ob sie – wenn sie das Wahlrecht hätten – an Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus teilnehmen würden, ob sie sich in der zurückliegenden Zeit politisch betätigt, z.B. an einer Unterschriftensammlung teilgenommen haben, ob sie in den Medien oder privaten Gesprächen am politischen Geschehen teilhaben und wie hoch ihr Vertrauen in politische Institutionen, wie z.B. die Verfassung ist. Als kontrastierende Variablen im Sinne der Forschungsfrage wurden zudem Informationen zu Mitgliedschaften, Aktivitäten und Kontakten in verschiedenen Organisationen sowie zu den Organisationen selbst, z.B. deren ethnische Struktur, erfasst.

Das vorliegende Papier diskutiert vor dem Hintergrund schwindender Gemeinsamkeiten zwischen „Ausländern“ und „Migranten“, ob es *methodisch möglich* und *inhaltlich notwendig* ist, die Untersuchungsperspektive über Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und mit deutschen Sprachkenntnissen hinaus zu erweitern, um die politische und zivilgesellschaftliche Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland realitätsnah abbilden zu können. Zur Realisierung eines solchen Perspektivenwechsels sind methodische Innovationen, u.a. bei Stichprobenkonzept und Befragungstechnik angezeigt, wie sie im Projekt „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Berlin und Amsterdam“ exemplarisch umgesetzt wurden.

Die Grundgesamtheit, über die repräsentative Aussagen gemacht werden soll, bestimmt sich in diesem Projekt – in Abgrenzung von der klassischen „Ausländerforschung“ – analog der amtlichen niederländischen Definition, nach der als „allochthon“

gilt, wer selbst oder ein Elternteil in der Türkei, Italien oder auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geboren wurde. Die Ziehung einer entsprechenden Stichprobe wurde mittels eines namensbasierten Verfahrens realisiert, das sich die Tatsache zu Nutze macht, dass erstens Telefonverzeichnisse mit geringfügigen Abstrichen unverzerrte Haushaltsstichproben der Wohnbevölkerung darstellen und zweitens Migrantenhaushalte an spezifischen Vor- und Nachnamen sowie Namensbestandteilen zu erkennen sind. Die Vorteile dieses Vorgehens liegen darin, dass eine namensbasierte Stichprobe nicht – wie ein Melderegisterauszug – auf rechtliche Stati rekurriert und somit auf „Ausländer“ beschränkt bleibt, nicht – wie beim „Schneeballverfahren“ – nur in ausgewählten Netzwerken zirkuliert und nicht – wie bei „random route“ – mit hohem Ressourceneinsatz verbunden ist.

Der notwendigerweise zu betreibende Aufwand besteht in der Erstellung einer ausreichend großen Auswahlliste an Rufnummern von Privathaushalten der anvisierten Zielgruppe und hängt von folgenden Faktoren ab: Ihrer telefonischen Erreichbarkeit, der Zielgenauigkeit des Namensverfahrens und ihrer Teilnahmebereitschaft am Interview. Die Erreichbarkeit ist weniger aus methodischen als eher aus Gründen der Planung des Umfangs der notwendigen Auswahllisten von Bedeutung. Auch bei zwei bis drei „Anrufwellen“ muss mit einem Befragungsausfall von bis zu 50% gerechnet werden. Eine mitentscheidende Rolle spielt dabei die Aktualität des Telefonregisters. Die Forscher selbst können vor allem auf die Gestaltung des Namensverfahrens Einfluss nehmen, indem sie möglichst eindeutige Auswahllisten erstellen, was jedoch u.a. von Sprachverwandtschaften beeinflusst wird. Dementsprechend unterscheiden sich die Identifizierungsquoten zwischen den verschiedenen Migrantengruppen, jedoch lag sie in allen drei Fällen über 50%. Die Teilnahmebereitschaft variierte ebenfalls, und zwar zwischen 25 und 40%, war aber bei allen Ethnien höher als bei der deutschen Vergleichsgruppe. Die Ausschöpfungsquote – der Anteil der zustande gekommenen Interviews an allen angerufenen Telefonnummern – schwankte trotz der Differenzen an den verschiedenen Selektionsstufen mit 12 bis 16% nur unwesentlich zwischen den Gruppen. Bei Einhaltung des übrigen Untersuchungsdesigns sollte man also mittels des Hochrechnungsfaktors „8“ von einer gegebenen Zahl zu realisierender Interviews den notwendigen Umfang einer auf dem Namensverfahren basierenden Auswahlliste an Telefonnummern bestimmen können.

Das Konzept der Stichprobenziehung nach dem Namensverfahren geht davon aus, dass innerhalb der anvisierten Zielpopulation keine namensspezifischen Verzerrungen existieren. Genau dies konnte jedoch hinsichtlich der Zuwanderer aus der ehemaligen

Sowjetunion nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, weil deren beiden Hauptgruppen, nämlich die deutschstämmigen Aussiedler und die jüdischen Kontingentflüchtlinge teilweise über Namensspezifika verfügen, die es unmöglich machen, sie über eine Liste russischer Namen zu identifizieren. Eine spezifische Untersuchung dieser Subgruppen zeigte, dass die kulturellen bzw. religiösen Bindungen von Trägern deutscher Namen im Falle der Aussiedler bzw. jüdischer Namen im Falle der Juden zwar tendenziell höher sind als die von Trägern russischer Namen, dass diese Unterschiede aber so gering ausfallen, dass sie den für ihre Rekrutierung zu betreibenden Aufwand kaum rechtfertigen. Soweit man die Zuwanderer aus den GUS-Staaten als Gesamtheit und nicht in ihren Untergruppen beobachtet, wäre die Nutzung einer rein russischen Namensliste jedoch insofern problematisch, als dass diese zu einer Überproportionierung jüdischer Kontingentflüchtlinge führt, da diese häufiger rein russische Namen besitzen als Aussiedler. Liegen zuverlässige Informationen über die Grundgesamtheit vor, dann könnte dieses Problem durch Quotierung behoben werden.

Dagegen erwies sich die Nutzung eines Quotenplans zur Kontrolle von, aufgrund Erfahrungen aus anderen Migrantenuntersuchungen in Telefonregistern vermeintlich fehlverteilten, Merkmalen Alter und Geschlecht im Nachhinein als überflüssig. Die schrittweise Kontrolle der Quoten im Verlauf des Telefoninterviews zeigte, dass sich die Befragten von selbst innerhalb der Fehlertoleranz von +/-5 Prozentpunkten um die Vorgaben gruppieren, ohne dass organisatorisch eingegriffen werden musste. Als ebenso grundlos stellte sich die Befürchtung heraus, dass die Komplexität des Untersuchungsthemas in Verbindung mit der Länge des Fragebogens zu Verständnisschwierigkeiten und häufigen Interviewabbrüchen führen könnte. Im Gegenteil wurden 80% der Interviews in einem Zeitraum von 12 bis 25 Minuten durchgeführt, was einem Rahmen von 6 bis 14 Sekunden pro Frageformulierung und Entscheidung (=Variable) entspricht.

Eine wesentliche Ursache dafür dürfte der Einsatz eines zweisprachigen Fragebogens und muttersprachlicher Interviewer gewesen sein, der unter der primären Intention erfolgte, Befragungsausfälle zu vermeiden. Neben dem quantitativen Aspekt, dass zwischen 10% und 20% der Migranten aufgrund fehlender Deutschkenntnisse mit einem einsprachigen Instrument nicht befragt werden könnten, hätte deren Ausfall auch qualitative Auswirkungen. Analoges gilt für die Definition von Migranten. Eine Stichprobenziehung nach dem Staatsbürgerschaftskriterium (Resultat: „Ausländer“) würde zu einem Ausfall sprachlich und emotional hoch integrierter, die Durchführung von In-

interviews in deutscher Sprache zu einem solchen neu ansässiger und rechtlich gering integrierter Zuwanderer führen. Solche Vorgehensweisen wären jedoch nicht nur in der Hinsicht selektiv, dass sie die zuwanderungsspezifische Heterogenität der Migrantengruppen nicht ausreichend berücksichtigen, sondern weil sie außerdem Auswirkungen auf die Untersuchungsergebnisse hätten. Das Ausmaß der politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation sowie des Institutionenvertrauens von Migranten korreliert nämlich positiv mit dem Grad ihrer staatsbürgerlichen und sprachlichen Integration. Zwar führt die Simulation einer „deutsch sprechenden Ausländer-Stichprobe“ in der zentralen Tendenz (sprich: den Mittelwerten) erstaunlicherweise zu ähnlichen Ergebnissen bei der Messung hypothesenrelevanter Variablen. Das ist jedoch einzig darauf zurückzuführen, dass der Befragungsausfall nicht-deutsch-sprechender Ausländer *zufällig* den von eingebürgerten und der deutschen Sprache mächtigen Zuwanderern im Ergebnis neutralisiert, dabei aber ihre Heterogenität unterschlägt. Die in vielen Bevölkerungsbefragungen hervorgebrachte „deutsch sprechende Ausländer-Stichprobe“ kann also in zweierlei Hinsicht kein repräsentatives Bild von in Deutschland lebenden Migranten liefern; eine Stichprobe aller Ausländer kann dies dementsprechend erst recht nicht.

Neben der Feststellung, dass auf Staatsangehörigkeit basierende Auswahlverfahren und der Verzicht auf muttersprachliche Befragungsinstrumente zu selektiven Stichproben führen, ergaben weiterführende Repräsentativitätskontrollen, dass einige strukturelle Merkmale der befragten Ausländer von Informationen über die Grundgesamtheit der jeweiligen Nationalitätengruppe abweichen. Während die deutschen und türkischen Befragten eine weitgehend verzerrungsfreie Stichprobe der Grundgesamtheit darstellen, waren bei den Italienern deutliche Abweichungen in Richtung rechtlich und ökonomisch besser integrierter Befragter zu beobachten und verblieben bei den „Russen“ ungeklärte Fragen hinsichtlich ihres deutlich differierenden Beschäftigungsstatus. Neben „Non-Response“ können hier auch Probleme der Reaktivität, also „Response Bias“, eine Rolle gespielt haben, d.h. dass nicht die Auswahl der Befragten, sondern die Antworten auf bestimmte Fragen durch die Interviewsituation verfälscht wurden. Geklärt werden konnte diese Frage jedoch nicht ursächlich, sondern nur in ihren Auswirkungen, nämlich indem die abweichenden Strukturvariablen entsprechend der Verteilung in der Grundgesamtheit gewichtet und die Ausprägungen der hypothesenrelevanten Merkmale im gewichteten und ungewichteten Design verglichen wurden. Der Vergleich zeigte, dass die Gewichtung nur zu einer marginal veränderten Messung der untersuchungsrelevanten Variablen führt, was darauf schließen lässt, dass die beobachteten strukturellen Verzerrungen ohne Auswirkungen auf die Forschungsergebnisse sind.

*Als zentrale Feststellung bleibt, dass sich die telefonische Befragung von Migranten unter Einsatz des Namensverfahrens sowie muttersprachlicher Interviewer als methodisch möglicher und die Erweiterung der Grundgesamtheit über Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und mit deutschen Sprachkenntnissen hinaus als inhaltlich notwendiger Weg erwiesen hat, um die politische und zivilgesellschaftliche Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland realitätsnah abzubilden. Die „Ausländerforschung“ kann in dieser Hinsicht keine repräsentativen Ergebnisse mehr bieten.*

## 5. Literaturverzeichnis

- Almond, G.A./Verba, S. 1989: The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations. Sage Publications, Newbury Park, CA.
- Blohm, M./Diehl, C. 2001: Wenn Migranten Migranten befragen – Zum Teilnahmeverhalten von Einwanderern bei Bevölkerungsbefragungen. *Zeitschrift für Soziologie* 30, 223-242.
- Fennema, M./Tillie, J. 1999: Political participation and political trust in Amsterdam: Civic communities and ethnic networks. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 25, 703-726.
- Friedrichs, J. 1980: Methoden empirischer Sozialforschung. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Goor, van H./Stuiver, B. 1998: Can Weighting Compensate for Non-Response-Bias in a Dependent Variable? An Evaluation of Weighting Methods to Correct for Substantive Bias in Mail Survey among Dutch Municipalities. *Social Science Research* 27, 481-499.
- Granato, N. 1999: Die Befragung von Arbeitsmigranten: Einwohnermeldeamt-Stichprobe und telefonische Erhebung? *ZUMA-Nachrichten* 45, 44-60.
- Humpert, A./Schneiderheinze, K. 2000: Stichprobenziehung für telefonische Zuwandererbefragungen – Einsatzmöglichkeiten der Namensforschung. *ZUMA-Nachrichten* 47, 36-64.
- Laurence, J. 1999: (Re)constructing Community in Berlin; Of Jews, Turks and German Responsibility. Discussion Paper FS III 99-102, Wissenschaftszentrum Berlin.
- Portes, A./Landolt, P. 1996: The downside of social capital. *American Prospect* 26, 18-21.
- Putnam, R.D. 1993: Making democracy work. Civic traditions in modern Italy. Princeton University Press, Princeton, New Jersey.
- Putnam, R.D. 2000: Bowling alone. The collapse and revival of American community. Simon & Schuster, New York, London.
- Reuband, K.-H./Blasius, J. 1996: Face-to-face, telefonische und postalische Befragungen. Ausschöpfungsquoten und Antwortmuster in einer Großstadtstudie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48, 296-318.
- Salentin, K. 1999: Die Stichprobenziehung bei Zuwandererbefragungen. *ZUMA-Nachrichten* 45, 115-135.

Salentin, K./Wilkening, Frank 2003: Ausländer, Eingebürgerte und das Problem einer realistischen Zuwanderer-Integrationsbilanz. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55, 278-298.

Schneid, M./Stiegler, A. 2000: Feldbericht Telefonumfrage – Projekt "Massenmedien bei gesellschaftlichen Integrationsprozessen" – Spätaussiedler. ZUMA, Technischer Bericht (unveröffentlichtes Manuskript).

Schnell, R./Hill, P. B./Esser, E. 1995: Methoden der empirischen Sozialforschung. Oldenbourg, München.

Weber, M. 1964: Wirtschaft und Gesellschaft. Mohr, Tübingen.

## 6. Anhang: Fragebogen

Beginn des Interviews \_\_ : \_\_ Uhr

**v0 (time)**

### 1) In welchem Bezirk Berlins wohnen Sie?

**v1 (numeric)**

- Charlottenburg **v1=1**
- Friedrichshain **v1=2**
- Hellersdorf **v1=3**
- Hohenschönhausen **v1=4**
- Köpenick **v1=5**
- Kreuzberg **v1=6**
- Lichtenberg **v1=7**
- Marzahn **v1=8**
- Mitte **v1=9**
- Neukölln **v1=10**
- Pankow **v1=11**
- Prenzlauer Berg **v1=12**
- Reinickendorf **v1=13**
- Schöneberg **v1=14**
- Spandau **v1=15**
- Steglitz **v1=16**
- Tempelhof **v1=17**
- Tiergarten **v1=18**
- Treptow **v1=19**
- Wedding **v1=20**
- Weißensee **v1=21**
- Wilmersdorf **v1=22**
- Zehlendorf **v1=23**

### 2) Sind Sie in Berlin geboren oder sind Sie später nach Berlin gezogen?

**v2 (numeric)**

- Bin in Berlin geboren --> 7 **v2=1**
- Bin später nach Berlin gezogen --> 3 **v2=2**

### 3) In welchem Jahr sind Sie nach Berlin gezogen? \_ \_ \_ \_

**v3 (numeric)**

### 4) Sind Sie in Deutschland geboren oder sind später nach Deutschland gezogen?

**v4 (numeric)**

- Bin in Deutschland geboren --> 7 **v4=1**
- Bin später nach Deutschland gezogen --> 5 **v4=2**

### 5) In welchem Jahr sind Sie nach Deutschland gezogen? \_ \_ \_ \_

**v5 (numeric)**

### 6) In welchem Land sind Sie geboren?

**v6 (numeric)**

- Türkei **v6=1**
- Italien **v6=2**
- Ehemalige Sowjetunion **v6=3**
- Anderes Land **v6=4**

nämlich \_\_\_\_ **v6a (string)**

### 7) In welchem Land ist Ihre Mutter geboren?

**v7 (numeric)**

- Deutschland **v7=1**
- Türkei **v7=2**
- Italien **v7=3**
- Ehemalige Sowjetunion **v7=4**
- Anderes Land **v7=5**

nämlich \_\_\_\_ **v7a (string)**

**8) In welchem Land ist Ihr Vater geboren?** **v8 (numeric)**

- Deutschland **v8=1**
- Türkei **v8=2**
- Italien **v8=3**
- Ehemalige Sowjetunion **v8=4**
- Anderes Land **v8=5** nämlich \_\_\_\_ **v8a (string)**

**9) Besitzen Sie die deutsche Staatsbürgerschaft?** **v9 (numeric)**

- Ja **v9=1**
- Nein **v9=2**

**10) Besitzen Sie [noch] eine andere Staatsbürgerschaft?** **v10 (numeric)**

- Ja --> 11 **v10=1**
- Nein --> 12 **v10=2**

**11) Welche andere als die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen Sie?** **v11 (numeric)**

- Türkei **v11=1**
- Italien **v11=2**
- Ehemalige Sowjetunion **v11=3**
- Andere Staatsbürgerschaft **v11=4** nämlich \_\_\_\_ **v11a (string)**

Im folgenden stellen wir Ihnen einige Fragen über Ihr mögliches Verhalten bei politischen Wahlen in Berlin.

*Interviewer: Klammern nur bei Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft mitlesen.*

**12) Wenn am nächsten Sonntag Wahlen für das Berliner Abgeordnetenhaus wären [und Sie das Wahlrecht hätten], würden Sie dann wählen gehen?** **v12 (numeric)**

- Ja **v12=1**
- Nein --> 14 **v12=2**
- Weiß nicht **v12=3**

**13) Welche Partei würden Sie dann wählen?** **v13 (numeric)**

- CDU **v13=1**
- SPD **v13=2**
- PDS **v13=3**
- Grüne/Bündnis 90 **v13=4**
- FDP **v13=5**
- Republikaner **v13=6**
- DVU **v13=7**
- NPD **v13=8**
- Andere Partei **v13=9**
- Weiß nicht **v13=10**

*Interviewer: Klammern nur bei Personen ohne EU-Staatsbürgerschaft mitlesen.*

**14) Wenn nächsten Sonntag Wahlen zu ihrer Bezirksversammlung wären [und Sie das Wahlrecht hätten], würden Sie dann wählen gehen?** **v14 (numeric)**

- Ja **v14=1**
- Nein --> 16 **v14=2**
- Weiß nicht **v14=3**

**15) Welche Partei würden Sie dann wählen?**

**15 (numeric)**

- CDU v15=1
- SPD v15=2
- PDS v15=3
- Grüne/Bündnis 90 v15=4
- FDP v15=5
- Republikaner v15=6
- DVU v15=7
- NPD v15=8
- Andere Partei v15=9
- Weiß nicht v15=10

Im nächsten Schritt stellen wir Ihnen Fragen darüber, ob und in welcher Form Sie sich mit Politik beschäftigen.

*Interviewer: Die nächsten beiden Sätze nur an Minderheiten (Gruppen 1 bis 5).*

Dabei unterscheiden wir nach der Politik in Berlin und Deutschland sowie der Politik, die mit [1=der Türkei/2=Italien/3+4+5=der ehemaligen Sowjetunion] zu tun hat. Daher werden Sie zweimal ähnliche Fragen bekommen.

**16) Die erste Frage lautet: Haben Sie sich während der letzten zwölf Monate – allein oder mit anderen zusammen – aktiv mit einem Thema des öffentlichen Lebens in Berlin oder Deutschland beschäftigt? Gemeint sind freiwillige Aktivitäten außerhalb Ihres Berufslebens. Wir nennen Ihnen im folgenden einige solche Aktivitäten. Bitte antworten Sie einfach mit JA oder NEIN. v16a – v16i (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

Ich habe an einer Unterschriftaktion teilgenommen.	v16a=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe Geld gespendet.	v16b=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe mich mit anderen Menschen zu einer Versammlung getroffen und diskutiert (z.B. mit anderen Bewohnern meines Stadtteils, in einer Bürgerinitiative, in einer politischen Partei oder ähnlichem).	v16c=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe gestreikt.	v16d=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe an einer Demonstration oder Kundgebung teilgenommen.	v16e=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe Kontakt mit den Medien oder einem Journalisten aufgenommen.	v16f=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe Kontakt mit einem Politiker aufgenommen.	v16g=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe eine Beschwerde oder Klage bei einer öffentlichen Stelle eingereicht.	v16h=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe andere Aktivitäten unternommen.	v16i=	Ja 1 O Nein 2 O

**17) Wie oft reden Sie mit Familie, Freunden oder Kollegen über Berliner oder deutsche Politik? Fast täglich, regelmäßig, selten oder nie? v17 (numeric)**

- Fast täglich v17=1
- Regelmäßig v17=2
- Selten v17=3
- Nie v17=4

**18) Wie oft lesen Sie deutschsprachige Zeitungen (kann auch aus dem Internet sein)? Fast täglich, regelmäßig, selten oder nie? v18 (numeric)**

- Fast täglich v18=1
- Regelmäßig v18=2
- Selten v18=3
- Nie v18=4

**19) Wie oft sehen Sie deutschsprachige Nachrichten oder Informationssendungen im Fernsehen oder hören Sie solche Sendungen im Radio? Fast täglich, regelmäßig, selten oder nie? v19 (numeric)**

- Fast täglich v19=1
- Regelmäßig v19=2
- Selten v19=3
- Nie v19=4

*Interviewer: Deutsche (Gruppe 6) weiter mit Frage 24*

**20) Haben Sie sich während der letzten zwölf Monate – allein oder mit anderen zusammen – aktiv mit einem Thema des öffentlichen Lebens in [1=der Türkei/2=Italien/3+4+5=der ehemaligen Sowjetunion] beschäftigt? Wir nennen Ihnen im folgenden einige solcher Aktivitäten. Bitte antworten Sie einfach mit JA oder NEIN.**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

**v20a – v20i (numeric)**

Ich habe an einer Unterschriftaktion teilgenommen.	v20a=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe Geld gespendet.	v20b=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe mich mit anderen Menschen zu einer Versammlung getroffen und diskutiert (z.B. mit anderen Bewohnern meines Stadtteils, in einer Bürgerinitiative, in einer politischen Partei oder ähnlichem).	v20c=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe gestreikt.	v20d=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe an einer Demonstration oder Kundgebung teilgenommen.	v20e=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe Kontakt mit den Medien oder einem Journalisten aufgenommen.	v20f=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe Kontakt mit einem Politiker aufgenommen.	v20g=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe eine Beschwerde oder Klage bei einer öffentlichen Stelle eingereicht.	v20h=	Ja 1 O Nein 2 O
Ich habe andere Aktivitäten unternommen.	v20i=	Ja 1 O Nein 2 O

**21) Wie oft reden Sie mit Familie, Freunden oder Kollegen über die Politik in [1=der Türkei/2=Italien/3+4+5=der ehemaligen Sowjetunion]? Fast täglich, regelmäßig, selten oder nie? v21 (numeric)**

- Fast täglich v21=1
- Regelmäßig v21=2
- Selten v21=3
- Nie v21=4

**22) Wie oft lesen Sie [1=türkisch-sprachige/2=italienisch-sprachige/3+4+5=russisch-sprachige] Zeitungen (kann auch aus dem Internet sein)? Fast täglich, regelmäßig, selten oder nie? v22 (numeric)**

- Fast täglich v22=1
- Regelmäßig v22=2
- Selten v22=3
- Nie v22=4

**23) Wie oft sehen Sie [1=türkisch-sprachige/2=italienisch-sprachige/3+4+5=russisch-sprachige] Nachrichtensendungen im Fernsehen oder hören solche Sendungen im Radio? Fast täglich, regelmäßig, selten oder nie? v23 (numeric)**

- Fast täglich v23=1
- Regelmäßig v23=2
- Selten v23=3
- Nie v23=4

**24) Kennen Sie jemanden, der den Berliner Bürgermeister oder einen der Berliner Abgeordneten einmal gesprochen hat oder haben Sie selbst schon einmal mit dem Bürgermeister oder einem der Abgeordneten gesprochen?** **v24 (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

- Habe selbst den Bürgermeister oder einen der Abgeordneten einmal gesprochen --> 26 **v24=1**
- Ich kenne jemanden, der den Bürgermeister oder einen der Abgeordneten schon einmal gesprochen hat --> 25 **v24=2**
- Nein --> 26 **v24=3**

**25) Zu welcher der folgenden Gruppen gehört die Person, der den Bürgermeister oder einen der Abgeordneten schon einmal gesprochen hat?** **v25 (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

- Deutsche **v25=1**
- Türken **v25=2**
- Italiener **v25=3**
- Juden **v25=4**
- Aussiedler **v25=5**
- Russen **v25=6**
- Andere Gruppe **v25=7** nämlich \_\_\_\_ **v25a (string)**

Nun stellen wir einige Fragen zu Ihrer Beteiligung in verschiedenen Organisationen, wie Vereinen oder Verbänden.

**26) Wir zählen Ihnen im folgenden einige typische gesellschaftliche Organisationen auf. Sagen Sie uns bitte jeweils, ob sie noch nie, früher oder jetzt in einer solchen Organisation aktiv waren bzw. sind.**

**v26a – v26p (numeric)**

**27) Wenn sie früher oder jetzt Mitglied waren bzw. sind, sagen Sie uns bitte auch, wie diese heißt**

**v27a1 – v27p3 (string)**

**28) und ob es sich um eine deutsche oder eine [1=türkische/2=italienische/3+4+5=russische/4=jüdische oder russische] Organisation handelt.**

**v28a1 – v28p3 (numeric)**

Deutsch heißt, dass die Mitglieder der Organisation überwiegend Deutsche sind. [1=Türkisch/2=Italienisch/3+4+5=Russisch/4=Jüdisch] heißt, dass die Mitglieder der Organisation überwiegend [1=türkischer Herkunft/2=italienischer Herkunft/3+4+5=aus der ehemaligen Sowjetunion/4= Juden] sind. Zur Erinnerung – folgende Antwortkategorien stehen Ihnen zur Verfügung: Ich bin *nie* Mitglied oder aktiv gewesen, ich bin *früher* Mitglied oder aktiv gewesen, ich bin *jetzt* Mitglied oder aktiv. Also: nie oder früher oder jetzt.

Interviewer: Organisationstypen vorlesen [eckige Klammern nur auf Nachfrage]. Antwortkategorien gegebenenfalls wiederholen. Name nur bei nichtdeutschen Organisationen aufnehmen.

	Bin <i>nie</i> Mitglied oder aktiv gewesen	Bin <i>früher</i> Mitglied oder aktiv gewesen	Bin <i>jetzt</i> Mitglied oder aktiv	Name der Organisation/en	deutsch (1)/türkisch (2)/italienisch (3)/jüdisch (4)/russisch (5)
<i>Sportverein</i> z.B. auch Fußballfreizeitliga	v26a=1 ↓	v26a=2 →	v26a=3 →	v27a1 _____ v27a2 _____ v27a3 _____	v28a1=1/2/3/4/5 v28a2=1/2/3/4/5 v28a3=1/2/3/4/5
<i>Freizeit-/Hobbyverein</i> z.B. Fanclub, Karten spielen	v26b=1 ↓	v26b=2 →	v26b=3 →	v27b1 _____ v27b2 _____ v27b3 _____	v28b1=1/2/3/4/5 v28b2=1/2/3/4/5 v28b3=1/2/3/4/5
<i>Kulturelle Vereinigung</i> z.B. Musik, Literatur	v26c=1 ↓	v26c=2 →	v26c=3 →	v27c1 _____ v27c2 _____ v27c3 _____	v28c1=1/2/3/4/5 v28c2=1/2/3/4/5 v28c3=1/2/3/4/5
<i>Interessenvertretung im Bildungswesen</i> z.B. Elternsprecher an der Schule, Studentenvertreter	v26d=1 ↓	v26d=2 →	v26d=3 →	v27d1 _____ v27d2 _____ v27d3 _____	v28d1=1/2/3/4/5 v28d2=1/2/3/4/5 v28d3=1/2/3/4/5
<i>Wirtschaftliche Interessenvertretung</i> z.B. Gewerkschaft, Berufsstandsorganisation, Unternehmerverband	v26e=1 ↓	v26e=2 →	v26e=3 →	v27e1 _____ v27e2 _____ v27e3 _____	v28e1=1/2/3/4/5 v28e2=1/2/3/4/5 v28e3=1/2/3/4/5
<i>Private Interessenvertretung</i> z.B. für Mieter, Verbraucher, Autofahrer [gruppenspezifische Beispiele]	v26f=1 ↓	v26f=2 →	v26f=3 →	v27f1 _____ v27f2 _____ v27f3 _____	v28f1=1/2/3/4/5 v28f2=1/2/3/4/5 v28f3=1/2/3/4/5
<i>Bürgerinitiativen auf lokaler Ebene</i> z.B. gegen Fluglärm oder für eine Ampel auf dem Schulweg	v26g=1 ↓	v26g=2 →	v26g=3 →	v27g1 _____ v27g2 _____ v27g3 _____	v28g1=1/2/3/4/5 v28g2=1/2/3/4/5 v28g3=1/2/3/4/5
<i>Politische Partei</i> [gruppenspezifische Beispiele]	v26h=1 ↓	v26h=2 →	v26h=3 →	v27h1 _____ v27h2 _____ v27h3 _____	v28h1=1/2/3/4/5 v28h2=1/2/3/4/5 v28h3=1/2/3/4/5
<i>Gesellschaftspolitische Organisationen</i> [gruppenspezifische Beispiele]	v26i=1 ↓	v26i=2 →	v26i=3 →	v27i1 _____ v27i2 _____ v27i3 _____	v28i1=1/2/3/4/5 v28i2=1/2/3/4/5 v28i3=1/2/3/4/5
<i>Kirchliche oder religiöse Organisation</i> [gruppenspezifische Beispiele]	v26j=1 ↓	v26j=2 →	v26j=3 →	v27j1 _____ v27j2 _____ v27j3 _____	v28j1=1/2/3/4/5 v28j2=1/2/3/4/5 v28j3=1/2/3/4/5
<i>Ethnische bzw. nationale Organisation</i> [gruppenspezifische Beispiele]	v26k=1 ↓	v26k=2 →	v26k=3 →	v27k1 _____ v27k2 _____ v27k3 _____	v28k1=1/2/3/4/5 v28k2=1/2/3/4/5 v28k3=1/2/3/4/5
<i>Wohlfahrtsorganisation</i> z.B. für Behinderte, Obdachlose o.ä.	v26l=1 ↓	v26l=2 →	v26l=3 →	v27l1 _____ v27l2 _____ v27l3 _____	v28l1=1/2/3/4/5 v28l2=1/2/3/4/5 v28l3=1/2/3/4/5
<i>Selbsthilfegruppe</i> z.B. bei bestimmten Krankheiten, psychischen oder sozialen Problemen	v26m=1 ↓	v26m=2 →	v26m=3 →	v27m1 _____ v27m2 _____ v27m3 _____	v28m1=1/2/3/4/5 v28m2=1/2/3/4/5 v28m3=1/2/3/4/5
<i>Jugendorganisation</i> [gruppenspezifische Beispiele]	v26n=1 ↓	v26n=2 →	v26n=3 →	v27n1 _____ v27n2 _____ v27n3 _____	v28n1=1/2/3/4/5 v28n2=1/2/3/4/5 v28n3=1/2/3/4/5
<i>Frauenorganisation</i> [gruppenspezifische Beispiele]	v26o=1 ↓	v26o=2 →	v26o=3 →	v27o1 _____ v27o2 _____ v27o3 _____	v28o1=1/2/3/4/5 v28o2=1/2/3/4/5 v28o3=1/2/3/4/5
<i>Eine andere Art von Organisation</i>	v26p=1 ↓	v26p=2 →	v26p=3 →	v27p1 _____ v27p2 _____ v27p3 _____	v28p1=1/2/3/4/5 v28p2=1/2/3/4/5 v28p3=1/2/3/4/5

29) Bitte sagen Sie uns, wie viele Stunden im Monat Sie mit Aktivitäten im Rahmen der deutschen Organisationen, die Sie eben genannt haben, zur Zeit verbringen.

\_\_ \_ Stunden

v29 (numeric)

**30) Haben sie durch Aktivitäten in diesen *deutschen* Organisationen und Gruppierungen persönliche Kontakte hergestellt, die für Sie wichtig sind? Sind das viele, einige, einer oder keiner? 30 (numeric)**

- Viele, mehr als 5 v30=1
- Einige, 2 bis 5 v30=2
- Einer v30=3
- Keiner v30=4

**31) Gibt es in Ihrem Umfeld, unter Verwandten, Freunden und guten Bekannten Personen, die sich in *deutschen* Vereinen und Organisationen engagieren? Sind das viele, einige, eine oder keine? v31 (numeric)**

- Viele, mehr als 5 v31=1
- Einige, 2 bis 5 v31=2
- Einer v31=3
- Keiner v31=4

*Interviewer: Deutsche (Gruppe 6) weiter mit Frage 38.*

**32) Bitte sagen Sie uns, wie viele Stunden im Monat Sie mit Aktivitäten im Rahmen der [1=türkischen/2=italienischen/3+4+5=russischen/4=jüdischen (32a)] Organisationen, die Sie eben genannt haben, zur Zeit verbringen.**

\_\_ \_ Stunden v32 + v32a (numeric)

**33) Haben sie durch Aktivitäten in diesen [1=türkischen/2=italienischen/3+4+5=russischen/4=jüdischen (33a)] Organisationen und Gruppierungen persönliche Kontakte hergestellt, die für Sie wichtig sind? Sind das viele, einige, einer oder keiner? v33 + v33a (numeric)**

- Viele, mehr als 5 v33(a)=1
- Einige, 2 bis 5 v33(a)=2
- Einer v33(a)=3
- Keiner v33(a)=4

**34) Gibt es in Ihrem Umfeld, unter Verwandten, Freunden und guten Bekannten Personen, die sich in [1=türkischen/2=italienischen/3+4+5=russischen/4=jüdischen (34a)] Vereinen und Organisationen engagieren? Sind das viele, einige, eine oder keine? v34 + v34a (numeric)**

- Viele, mehr als 5 v34(a)=1
- Einige, 2 bis 5 v34(a)=2
- Einer v34(a)=3
- Keiner v34(a)=4

*Interviewer:*

- Türken (Gruppe 1) weiter mit Frage 35a

- Italiener(Gruppe 2) weiter mit Frage 35b

- „Russen“(Gruppen 3-5) weiter mit Frage 35c

**35a) Wir nennen Ihnen jetzt 10 *türkische* Organisationen. Bitte sagen Sie uns**

- i) ob Sie diese Organisation kennen,**
- ii) ob Sie Leute kennen, die bei dieser Organisation aktiv oder Mitglied sind und**
- iii) ob Sie dieser Organisation vertrauen.**

*Interviewer: Antwortkategorien jeweils wiederholen.* v35a1a – v35a10c (numeric)

	kenne ich	kenne Leute dort	vertraue ich
Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg (TBB)	v35a1a=1	v35a1b=1	v35a1c=1
Türkische Gemeinde zu Berlin – Berlin Türk Cemaati (TGB)	v35a2a=1	v35a2b=1	v35a2c=1
Türkische Minderheit – Türk Azinlik Dernegi	v35a3a=1	v35a3b=1	v35a3c=1
Kurdische Gemeinde von Berlin	v35a4a=1	v35a4b=1	v35a4c=1
Kulturzentrum Anatolische Aleviten – Anadolu Aleveri Kültür Merkezi (AAKM)	v35a5a=1	v35a5b=1	v35a5c=1
Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion –	v35a6a=1	v35a6b=1	v35a6c=1

Diyaret Isleri Türk Islam Birliđi (DITIB)			
Islamischen Föderation in Berlin	v35a7a=1	v35a7b=1	v35a7c=1
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)	v35a8a=1	v35a8b=1	v35a8c=1
Türkischer Elternverein in Berlin-Brandenburg	v35a9a=1	v35a9b=1	v35a9c=1
Türkiyemspor	v35a10a=1	v35a10b=1	v35a10c=1

--> 36

**35b) Wir nennen Ihnen jetzt 10 italienische Organisationen. Bitte sagen Sie uns**

- i) ob Sie diese Organisation kennen,**
- ii) ob Sie Leute kennen, die bei dieser Organisation aktiv oder Mitglied sind und**
- iii) ob Sie dieser Organisation vertrauen.**

*Interviewer: Antwortkategorien jeweils wiederholen.*

**v35b1a – v35b10c (numeric)**

	kenne ich	kenne Leute dort	vertraue ich
Comitato degli italiani all'Estero (COMITES) Berlin/ Auslandsgremium der Italiener	v35b1a=1	v35b1b=1	v35b1c=1
Missione Cattolica Italiana/Katholisches Pfarramt für Italiener	v35b2a=1	v35b2b=1	v35b2c=1
Instituto Italiano di Cultura/Italienisches Kulturinstitut	v35b3a=1	v35b3b=1	v35b3c=1
Deutsch-Italienische Gesellschaft	v35b4a=1	v35b4b=1	v35b4c=1
Asilo Italiano (u.a. Deutsch-Italienischer Kindergarten, Arbeitskreis Fidele Pädagogik)	v35b5a=1	v35b5b=1	v35b5c=1
CARITAS – Centro Italiano/Sozialdienst für italienische Arbeitnehmer	v35b6a=1	v35b6b=1	v35b6c=1
Incontri Berlinesi/Gespächskreis einflussreicher Italiener	v35b7a=1	v35b7b=1	v35b7c=1
Club Italia/Sport- und Freizeitclub	v35b8a=1	v35b8b=1	v35b8c=1
Tubo Kurvo/Deutsch-Italienischer Freundschaftskreis	v35b9a=1	v35b9b=1	v35b9c=1
Club Donne Italiano/Interkulturelle Beratungs- und Begegnungsstätte	v35b10a=1	v35b10b=1	v35b10c=1

--> 36

**35c) Wir nennen Ihnen jetzt 10 Organisationen. Bitte sagen Sie uns**

- i) ob Sie diese Organisation kennen,**
- ii) ob Sie Leute kennen, die bei dieser Organisation aktiv oder Mitglied sind und**
- iii) ob Sie dieser Organisation vertrauen.**

*Interviewer: Antwortkategorien jeweils wiederholen.*

**v35c1a – v35c10c (numeric)**

	kenne ich	kenne Leute dort	vertraue ich
Berliner Diözese der Russisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats (KdöR)	v35c1a=1	v35c1b=1	v35c1c=1
Russisch-Orthodoxe Diözese des orthodoxen Bischofs von Berlin und Deutschland (Russische Orthodoxe Kirche im Ausland)	v35c2a=1	v35c2b=1	v35c2c=1
Jüdische Gemeinde zu Berlin	v35c3a=1	v35c3b=1	v35c3c=1
Orthodoxe Gemeinde Adass Jisroel	v35c4a=1	v35c4b=1	v35c4c=1
Jüdischer Kulturverein	v35c5a=1	v35c5b=1	v35c5c=1
Center der russischen Kultur WELT-MIR	v35c6a=1	v35c6b=1	v35c6c=1
Club Dialog (u.a. Cafe "Kupawa" und Jugendzentrum "Schalash")	v35c7a=1	v35c7b=1	v35c7c=1
Interkulturelle pädagogische Gesellschaft MITRA	v35c8a=1	v35c8b=1	v35c8c=1
Landsmannschaft der Deutschen aus Russland	v35c9a=1	v35c9b=1	v35c9c=1
Turn- und Sportclub Makkabi	v35c10a=1	v35c10b=1	v35c10c=1

--> 36

**36) Wie oft besuchen Sie [1=die Türkei/2=Italien/3+4+5=die ehemalige Sowjetunion]? v36 (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

- Mehrmals im Jahr v36=1
- Einmal im Jahr v36=2
- Weniger als einmal im Jahr v36=3
- Nie v36=4

**37) Wie oft schicken Sie Geld zu Verwandten oder Freunden [1= in die Türkei/2=nach Italien/3+4+5=in die ehemalige Sowjetunion]? v37 (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

- Mehrmals im Jahr v37=1
- Einmal im Jahr v37=2
- Weniger als einmal im Jahr v37=3
- Nie v37=4

**38) Themenwechsel: Im Folgenden nennen wir Ihnen einige Institutionen des öffentlichen Lebens in Berlin, Deutschland und Europa. Bitte sagen Sie uns, inwieweit Sie der genannten Institution vertrauen oder nicht. Benutzen Sie dazu eine Skala von 1 (vertraue ich ganz und gar nicht) bis 5 (vertraue ich voll und ganz).**

*Interviewer: Institutionen vorlesen.*

**v38a – v38i (numeric)**

Den Beamten und Angestellten in den Berliner Behörden	v38a=	1-5
Den Schulen und Lehrern in Berlin	v38b=	1-5
Der Berliner Polizei	v38c=	1-5
Den Berliner Gerichten	v38d=	1-5
Dem Berliner Abgeordnetenhaus	v38e=	1-5
Dem deutschen Bundestag	v38f=	1-5
Der deutschen Verfassung	v38g=	1-5
Dem demokratischen System in den westeuropäischen Ländern.	v38h=	1-5
Der Europäischen Union	v38i=	1-5

**39) Wir nennen Ihnen jetzt einige bekannte Meinungen und Standpunkte. Bitte sagen Sie uns jeweils, inwieweit Sie der genannten Behauptung zustimmen oder nicht. Benutzen Sie dazu eine Skala von 1 (stimme ganz und gar nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu).**

*Interviewer: Statements vorlesen.*

**v39a – v39s (numeric)**

Parteien sind nur an meiner Stimme interessiert, nicht an meiner Meinung.	v39a=	1-5
Berliner Beamte sind nur an Regeln und Formularen interessiert.	v39c=	1-5
Manchmal ist die Politik so kompliziert, dass Leute wie ich gar nicht mehr verstehen, was geschieht.	v39d=	1-5
Im Allgemeinen denke ich, dass man anderen Menschen vertrauen kann.	v39e=	1-5
Religion sollte keinen Einfluss auf die Politik haben.	v39f=	1-5
Personen die dauerhaft in Deutschland leben, sollten auch das Wahlrecht besitzen.	v39h=	1-5
Leute wie ich haben ganz sicher Einfluss auf die Regierungspolitik.	v39i=	1-5
Jeder hat das Recht zu demonstrieren, egal wofür, solange dabei kein Gesetz übertreten wird.	v39k=	1-5
Abgeordnete kümmern sich nicht um Leute wie mich.	v39l=	1-5
Männer und Frauen müssen nicht immer gleich behandelt werden.	v39m=	1-5
Wenn ein Deutscher etwas verspricht, dann tut er es auch.	v39n=	1-5
Deutschen ist das Streben nach persönlichem Erfolg wichtiger als das Gemeinwohl.	v39o=	1-5
Ich fühle mich wohl unter Deutschen.	v39p=	1-5

*Interviewer: Deutsche (Gruppe 6) weiter mit Frage 43.*

Wenn ein [1=Türke/2=Italiener/3+4+5=Russe/4=Jude (39qq)/5= Aussiedler (39qq)] etwas verspricht, dann tut er es auch. v39q(q)=	1-5
[1=Türken/2=Italienern/3+4+5=Russen/4=Juden (39rr)/5= Aussiedlern (39rr)] ist das Streben nach persönlichem Erfolg wichtiger als das Gemeinwohl. v39r(r)=	1-5
Ich fühle mich wohl unter [1=Türken/2=Italienern/3+4+5=Russen/4=Juden (39ss)/5= Aussiedlern (39ss)]. v39s(s)=	1-5

**40) Haben Sie [3+5= nicht aus der ehemaligen Sowjetunion stammende/4= nicht-jüdische und nicht aus der ehemaligen Sowjetunion stammende] deutsche Freunde und wenn ja, einen oder mehrere?**

v40 (numeric)

- Ja, mehrere v40=1  
 Ja, einen v40=2  
 Nein, keine v40=3

**41) Stellen Sie sich vor, sie bekommen einen [3+5=nicht aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden/4= nicht-jüdischen und nicht aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden] deutschen Nachbarn. Wäre Ihnen das angenehm, unangenehm oder egal?**

v41 (numeric)

- Angenehm v41=1  
 Unangenehm v41=2  
 Egal v41=3

**42) Und wie wäre es wenn ein [3+5= nicht aus der ehemaligen Sowjetunion stammender/4= nicht-jüdischer und nicht aus der ehemaligen Sowjetunion stammender] Deutscher in Ihre Familie einheiraten würde? Wäre Ihnen das angenehm, unangenehm oder egal?**

v42 (numeric)

- Angenehm v42=1  
 Unangenehm v42=2  
 Egal v42=3

*Interviewer: Minderheiten (Gruppen 1-5) weiter mit Frage 55*

**43) Haben Sie türkische Freunde und wenn ja, einen oder mehrere?**

v43 (numeric)

- Ja, mehrere v43=1  
 Ja, einen v43=2  
 Nein, keine v43=3

**44) Stellen Sie sich vor, sie bekommen einen türkischen Nachbarn. Wäre Ihnen das angenehm, unangenehm oder egal?**

v44 (numeric)

- Angenehm v44=1  
 Unangenehm v44=2  
 Egal v44=3

**45) Und wie wäre es wenn ein Türke in Ihre Familie einheiraten würde? Wäre Ihnen das angenehm, unangenehm oder egal?**

v45 (numeric)

- Angenehm v45=1  
 Unangenehm v45=2  
 Egal v45=3

**46) Haben Sie italienische Freunde und wenn ja, einen oder mehrere?**

v46 (numeric)

- Ja, mehrere v46=1  
 Ja, einen v46=2  
 Nein, keine v46=3

**47) Stellen Sie sich vor, sie bekommen einen italienischen Nachbarn. Wäre Ihnen das angenehm, unangenehm oder egal?**

v47 (numeric)

- Angenehm v47=1  
 Unangenehm v47=2  
 Egal v47=3

**48) Und wie wäre es wenn ein Italiener in Ihre Familie einheiraten würde? Wäre Ihnen das angenehm, unangenehm oder egal?** **v48 (numeric)**

- Angenehm **v48=1**
- Unangenehm **v48=2**
- Egal **v48=3**

**49) Haben Sie Freunde unter deutschstämmigen Aussiedlern und wenn ja, einen oder mehrere?** **v49 (numeric)**

- Ja, mehrere **v49=1**
- Ja, einen **v49=2**
- Nein, keine **v49=3**

**50) Stellen Sie sich vor, sie bekommen einen deutschstämmigen Aussiedler als Nachbarn. Wäre Ihnen das angenehm, unangenehm oder egal?** **v50 (numeric)**

- Angenehm **v50=1**
- Unangenehm **v50=2**
- Egal **v50=3**

**51) Und wie wäre es wenn ein deutschstämmiger Aussiedler in Ihre Familie einheiraten würde? Wäre Ihnen das angenehm, unangenehm oder egal?** **v51 (numeric)**

- Angenehm **v51=1**
- Unangenehm **v51=2**
- Egal **v51=3**

**52) Haben Sie jüdische Freunde und wenn ja, einen oder mehrere?** **v52 (numeric)**

- Ja, mehrere **v52=1**
- Ja, einen **v52=2**
- Nein, keine **v52=3**

**53) Stellen Sie sich vor, sie bekommen einen jüdischen Nachbarn. Wäre Ihnen das angenehm, unangenehm oder egal?** **v53 (numeric)**

- Angenehm **v53=1**
- Unangenehm **v53=2**
- Egal **v53=3**

**54) Und wie wäre es wenn ein Jude in Ihre Familie einheiraten würde? Wäre Ihnen das angenehm, unangenehm oder egal?** **v54 (numeric)**

- Angenehm **v54=1**
- Unangenehm **v54=2**
- Egal **v54=3**

**54a) Haben Sie Freunde unter Russen und wenn ja, einen oder mehrere?** **v54a (numeric)**

- Ja, mehrere **v54a=1**
- Ja, einen **v54a=2**
- Nein, keine **v54a=3**

**54b) Stellen Sie sich vor, sie bekommen einen Russen als Nachbarn. Wäre Ihnen das angenehm, unangenehm oder egal?** **v54b (numeric)**

- Angenehm **v54b=1**
- Unangenehm **v54b=2**
- Egal **v54b=3**

**54c) Und wie wäre es wenn ein Russe in Ihre Familie einheiraten würde? Wäre Ihnen das angenehm, unangenehm oder egal?** **v54c (numeric)**

- Angenehm **v54c=1**
- Unangenehm **v54=2**
- Egal **v54=3**

Zum Abschluss stellen wir Ihnen einige Fragen zu Ihrer Person. Wir möchten Sie daran erinnern, dass dieses Interview anonym bleibt. D.h. ihr Name wird nicht gespeichert und ihre persönlichen Daten werden weder veröffentlicht noch weitergegeben.

**55) Welche Sprache würden Sie als Ihre Muttersprache bezeichnen (mehrere Antworten möglich)?**

**v55a – v55e (numeric)**

- Deutsch --> 57 **v55a=1**  
 Türkisch **v55b=1**  
 Italienisch **v55c=1**  
 Russisch **v55d=1**  
 Andere Sprache **v55e=1** nämlich \_\_\_\_ **v55f (string)**

**56) Wie gut sprechen Sie Deutsch?**

**v56 (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen!*

- Spreche gar kein deutsch **v56=1**  
 Spreche wenig deutsch **v56=2**  
 Spreche einigermaßen deutsch **v56=3**  
 Spreche fließend deutsch **v56=4**  
 Spreche deutsch wie meine Muttersprache **v56=5**

*Interviewer: Frage 57 nur bei Unklarheit, ansonsten selbst ausfüllen.*

**57) Geschlecht [Leider kann ich aufgrund der Telefonverbindung nicht genau hören, ob Sie ein Mann oder eine Frau sind.]**

**v57 (numeric)**

- männlich **v57=1**  
 weiblich **v57=2**

**58) In welchem Jahr sind Sie geboren? \_ \_ \_ \_**

**v58 (numeric)**

**59) Bitte beschreiben Sie die Art Ihres Haushalts, in dem Sie leben.**

**v59 (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

- Einzelperson --> 60 **v59=1**  
 Lebensgemeinschaft ohne Kinder --> 59a **v59=2**  
 Lebensgemeinschaft mit mindestens einem Kind --> 59a **v59=3**  
 Alleinerziehend mit mindestens einem Kind --> 60 **v59=4**  
 Sonstige Haushaltsform --> 60 **v59=5**

**59a) Ist Ihr Lebenspartner ebenfalls [1=türkischer Herkunft/2=italienischer Herkunft/3+5=Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion/4=Jude aus der ehemaligen Sowjetunion] oder gehört diese(r) einer anderen Gruppe an?**

**v59a (numeric)**

- Ja, selbe Gruppe **v59a=1**  
 Nein, andere Gruppe **v59a=2** nämlich \_\_\_\_ **v59b (string)**

**60) Wie viele Personen leben insgesamt in ihrem Haushalt? \_ \_**

**v60 (numeric)**

**61) Welches sind die wichtigsten Einkommensquellen Ihres Haushalts? (mehrere Antworten möglich)?**

**v61a – v61e (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

- Einkommen aus Erwerbstätigkeit **v61a=1**  
 Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Rente, BAFöG **v61b=1**  
 Unterhaltsleistungen von Eltern, Ehepartner, Verwandten **v61c=1**  
 Vermögen, Ersparnisse **v61d=1**  
 Andere Einkommensquellen **v61e=1**

**62) Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen ihres gesamten Haushalts aus all den vorangegangenen Einkommensquellen (nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung).**

\_\_\_.\_\_\_ DM

**v62 (numeric)**

**63) Welchen Schulabschluss haben Sie erreicht?**

**v63 (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

- Keinen Schulabschluss **v63=1**
- Einfachen Schulabschluss (Abschluss nach Pflichtschulzeit) **v63=2**
- Mittlere Reife (über Pflichtschule hinaus) **v63=3**
- Hochschulreife (Erwerb der Studienberechtigung) **v63=4**
- Anderen Schulabschluss **v63=5**

**64) Über welche berufliche Ausbildung verfügen Sie?**

**v64 (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

- Keine Berufsausbildung **v64=1**
- Fachlich qualifizierende Berufsausbildung (D: Facharbeiter, Kaufmann/-frau) **v64=2**
- Universell qualifizierende Zusatzausbildung (D: Meister, Techniker, Beamte) **v64=3**
- Hochschule (D: Universität, Fachhochschulen) **v64=4**
- Andere Berufsausbildung **v64=5**

**65) Sind Sie erwerbstätig und wenn ja, in welchem Umfang?**

**v65 (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

- Nicht erwerbstätig **v65=1**
- Gelegentlich erwerbstätig **v65=2**
- Geringfügig beschäftigt (630 DM-Gesetz) **v65=3**
- Teilzeit erwerbstätig (unter 30 Stunden) --> 68 **v65=4**
- Vollzeit erwerbstätig (mindestens 30 Stunden) --> 68 **v65=5**

**66) Da Sie überwiegend nicht erwerbstätig sind, trifft eine der folgenden Lebenslagen auf Sie zu?**

**v66 (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

- Bin Schüler --> 69 **v66=1**
- Bin Auszubildender/Berufsschüler --> 69 **v66=2**
- Bin Student --> 69 **v66=3**
- Leiste Wehr-/Zivildienst --> 69 **v66=4**
- Bin im Erziehungsurlaub --> 69 **v66=5**
- Bin Hausfrau oder Hausmann --> 69 **v66=6**
- Bin Rentner --> 69 **v66=7**
- Verfüge über andere Einkünfte --> 69 **v66=8**
- Bin Arbeitslos **v66=9**

**67) Wie lange sind Sie schon arbeitslos (in Monaten)?** \_\_\_ --> 69

**v67 (numeric)**

**68) Welche berufliche Stellung nehmen Sie ein?**

**v68 (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

- Arbeiter **v68=1**
- Angestellter **v68=2**
- Beamter **v68=3**
- Selbständig ohne Angestellte **v68=4**
- Selbständig mit Angestellten **v68=5**
- Mithelfender Familienangehöriger **v68=6**

**69) Welcher Religion fühlen Sie sich angehörig?**

**v69 (numeric)**

*Interviewer: bei Antwort „Christentum“ oder „Islam“ nachfragen.*

- Evangelische Kirche **v69=1**
- Römisch-katholische Kirche **v69=2**
- Christlich-orthodoxe Kirche **v69=3**
- Judentum **v69=4**
- Islam/Aleviten **v69=5**
- Islam/Sunniten **v69=6**
- Islam/Schiiten **v69=7**
- Andere Religion **v69=8**
- Keiner Religion **v69=9**

**70) Für wie gläubig halten Sie sich selbst? Sehr gläubig, gläubig, weniger gläubig oder überhaupt nicht gläubig?**

**v70 (numeric)**

- Sehr gläubig **v70=1**
- Gläubig **v70=2**
- Weniger gläubig **v70=3**
- Überhaupt nicht gläubig **v70=4**

**71) Wie oft besuchen Sie religiöse Zusammenkünfte abgesehen von Begräbnisfeiern, Taufen und Hochzeiten?**

**v71 (numeric)**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

- Mehrere Male pro Woche **v71=1**
- Einmal pro Woche **v71=2**
- Mindestens einmal pro Monat **v71=3**
- Mehrere Male im Jahr **v71=4**
- Einmal im Jahr **v71=5**
- Weniger als einmal im Jahr **v71=6**
- Nie **v71=7**

**72) Haben sie vor der deutschen Wiedervereinigung in der DDR, der Bundesrepublik oder gar nicht in Deutschland gelebt?**

**v72 (numeric)**

- In der DDR **v72=1**
- In der Bundesrepublik **v72=2**
- Gar nicht in Deutschland **v72=3**

**73) Wie verbunden fühlen Sie sich mit den folgenden Einheiten? Bitte benutzen Sie eine Skala von 1 (fühle mich überhaupt nicht verbunden) bis 5 (fühle mich sehr verbunden).**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen!*

**v73a – v73f (numeric)**

Ihrem Bezirk	v73a=	1-5
Berlin	v73b=	1-5
Deutschland	v73c=	1-5
Europa	v73d=	1-5

*Interviewer: letzte beide Einheiten nur an Minderheiten (Gruppen 1-5).*

Den [1=Türken/2=Italienern/3= -/4= Juden/5= Aussiedlern/3+4+5= Russen (73ee)] in Berlin	v73e(e)=	1-5
Der [1=Türkei/2=Italien/3= -/4=Israel/5= -/3+4+5=Russland (73ff)]	v73f(f)=	1-5

**73x) Wie wird sich nach den Terroranschlägen in den USA ihrer Meinung nach das Verhältnis zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen in Berlin entwickeln?**

*Interviewer: Antwortkategorien vorlesen.*

**v73x (numeric)**

- Das Verhältnis wird sich stark verschlechtern **v73x=1**
- Das Verhältnis wird sich etwas verschlechtern **v73x=2**
- Das Verhältnis wird sich kaum verändern **v73x=3**
- Das Verhältnis könnte sich sogar verbessern **v73x=4**

*Ende des Interviews \_\_ : \_\_ Uhr*

**v74 (time)**

*Datum des Interviews \_\_ - \_\_ - \_\_\_\_*

**v75 (date)**

*In welcher Sprache wurde das Interview geführt?*

**v76 (numeric)**

- Deutsch **v76=1**
- Türkisch **v76=2**
- Italienisch **v76=3**
- Russisch **v76=4**

*Wenn das Interview auf deutsch geführt worden ist: Wie gut beherrschte der Gefragte die deutsche Sprache?*

**v77 (numeric)**

- Sehr gut **v77=1**
- Ziemlich gut **v77=2**
- Schlecht **v77=3**
- Sehr schlecht **v77=4**

*Angerufene Telefonnummer \_ \_ \_ \_ \_*

**v78 (numeric)**

*Befragter ist*

**v79 (numeric)**

- Jude aus der Liste russischer Namen **v79=1**
- Jude aus der Liste deutscher Namen **v79=2**
- Aussiedler aus der Liste russischer Namen **v79=3**
- Aussiedler aus der Liste deutscher Namen **v79=4**
- Russe aus der Liste russischer Namen **v79=5**
- Russe aus der Liste deutscher Namen **v79=6**

## **Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie**

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

---

*Der Forschungsschwerpunkt IV „Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie“ wurde im Jahre 2003 gegründet. Discussion Papers, die ab 2003 erscheinen, haben die neue Seriennummer der Veröffentlichungsreihe: „SP IV“ gefolgt von der kompletten Jahreszahl und der Abteilungsreihenanzahl. Discussion Papers, die bis Ende 2002 veröffentlicht wurden, haben noch die alte Seriennummer der ehemaligen Forschungsschwerpunkte bzw. Abteilungen: „FS“ gefolgt von den bisherigen Schwerpunktzahlen (römisch), gekürzter Jahreszahl und der alten Abteilungsreihenanzahl, oder „P“ gefolgt von der gekürzten Jahreszahl und der alten Abteilungsreihenanzahl.*

---

### **Abteilung „Zivilgesellschaft und transnationale Netzwerke“ (ZTN)**

---

#### **2 0 0 2**

- FS II 02-301      **Hans-Joachim Fietkau und Matthias Trénel:** Interaktionsmuster in einem Diskursverfahren zur Indikatorenentwicklung im Umweltbereich. 46 S.
- FS II 02-302      **Kristine Kern und Ingrid Kissling-Näf unter Mitarbeit von Stephanie Koenen, Ute Landmann, Corine Mauch, und Tina Löffelsend:** Politikkonvergenz und -diffusion durch Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Ein internationaler Vergleich von Umweltzeichen. 67 S.
- FS II 02-303      **Helmut Weidner:** Gemeinwohl und Nachhaltigkeit — ein prekäres Verhältnis. 37 S.

#### **2 0 0 3**

- SP IV 2003-101    **Markus Spörndli:** Discourse Quality and Political Decisions: An Empirical Analysis of Debates in the German Conference Committee. 31 S.
- SP IV 2003-102    **Wolfgang van den Daele, Rainer Döbert, and Achim Seiler:** Protection of Traditional Knowledge — Deliberations from a Transnational Stakeholder Dialogue Between Pharmaceutical Companies and Civil Society Organizations. 48 S.

- SP IV 2003-103 **Kristine Kern, Stephanie Koenen, Tina Löffelsend:** Die Umweltpolitik der rot-grünen Koalition. Strategien zwischen nationaler Pfadabhängigkeit und globaler Politikkonvergenz. 37 S.
- SP IV 2003-104 **Jeanette Behringer:** Nationale und transnationale Städtetzwerke in der Alpenregion. 49 S.
- SP IV 2003-105 **Eberhard Bruckner:** Überlebenschancen neu gegründeter Firmen — Ein evolutionstheoretischer Zugang. 33 S.
- SP IV 2003-106 **Pamela Dorsch:** Nationale und transnationale Vernetzung polnischer Städte und Regionen. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung. 89 S.
- SP IV 2003-107 **Wolfgang van den Daele, Rainer Döbert, Achim Seiler:** Access to Human Genetic Resources — Materials from a Transnational Stakeholder Dialogue. 98 S.
- SP IV 2003-109 **Arbeitsgemeinschaft Online-Mediation, Hg.:** Sprottornborn. Ein online mediertes Rollenspiel, 106 S.

---

**Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“ (DSL)**

---

**2 0 0 2**

- FS III 02-201 **Andrea Volkens:** Manifesto Coding Instructions (Second Revised Edition). 41 S.
- FS III 02-202 **Jan Pickery:** Contextual Effects on the Vote in Germany: A Multilevel Analysis. 27 S.
- FS III 02-203 **Andrea Volkens:** Handbuch zur Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente von Parteien und Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland. 103 S.
- FS III 02-204 **Dieter Fuchs:** Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa. 27 S.

## 2003

- SP IV 2003-201 **Philipp Harfst und Kai-Uwe Schnapp:** Instrumente parlamentarischer Kontrolle der Exekutive in westlichen Demokratien. 48 S.
- SP IV 2003-202 **Gary Marks und Liesbet Hooghe:** National Identity and Support for European Integration. 40 S.

---

### Arbeitsgruppe (AG) „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung“ (PÖM)

---

## 2002

- FS III 02-701 **Annika Zorn:** Wie die Löffelente bis nach Brüssel kam — oder: Wie sucht man nach europäischen Bewegungen? 37 S.

## 2003

- SP IV 2003-401 **Jesus Casquete:** From Imagination to Visualization: Protest Rituals in the Basque Country. 37 S.
- SP IV 2003-402 **Ruud Koopmans, Jessica Erbe:** Towards a European Public Sphere? Vertical and Horizontal Dimensions of Europeanised Political Communication.
- SP IV 2003-403 **Ruud Koopmans, Ann Zimmermann:** Internet: A New Potential for European Political Communication? 28 S.

## 2004

- SP IV 2004-401 **Christian Galonska, Maria Berger Ruud Koopmans:** Über schwindende Gemeinsamkeiten: Ausländer- versus Migrantenforschung. Die Notwendigkeit eines Perspektivenwechsels zur Erforschung ethnischer Minderheiten in Deutschland am Beispiel des Projekts „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“. 78 S.

**2 0 0 1**

P 01-801      **Jürgen Kocka, Paul Nolte, Shalini Randeria, Sven Reichardt:** Neues über Zivilgesellschaft aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel, 104 S.

**2 0 0 3**

SP IV 2003-501      **Gabriella Rosen:** Science and Civil Society: Lessons from an Organization at the Borderland. 53 S.

SP IV 2003-502      **Shalini Randeria:** Between Cunning States and Unaccountable International Institutions: Social Movements and Rights of Local Communities to Common Property Resources. 30 S.

SP IV 2003-503      **Sven Reichardt:** Soziales Kapital „im Zeitalter materieller Interessen“. Konzeptionelle Überlegungen zum Vertrauen in der Zivil- und Marktgesellschaft des langen 19. Jahrhunderts (1780-1914). 20 S.

SP IV 2003-504      **Nina Verheyen:** Diskutieren in der frühen Bundesrepublik. Zur Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ zwischen Re-education und Studentenbewegung. 22 S.

SP IV 2003-505      **Dieter Gosewinkel:** Zivilgesellschaft — eine Erschließung des Themas von seinen Grenzen her. 31 S.

SP IV 2003-506      **Ute Hasenöhl:** Zivilgesellschaft und Protest. Zur Geschichte der Umweltbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1980 am Beispiel Bayerns. 25 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie, bitte, unbedingt einen an Sie adressierten Aufkleber mit, sowie je Paper eine Briefmarke im Wert von € 0,51 oder einen "Coupon Réponse International" (für Besteller aus dem Ausland).

Please send a self-addressed label and postage stamps in the amount of € 0,51 or a "Coupon-Réponse International" for each WZB Paper requested, if you are ordering from outside Germany

## Bestellschein

## Order Form

*Passt im Fensterumschlag! • Designed for window envelope!*

as  
enschaftszentrum Berlin  
ozialforschung gGmbH  
ISE- UND INFORMATIONSPREFERAT  
pietschufer 50  
**785 Berlin**

Absender • Return Address:

---

---

---

---

*Hiermit bestelle ich folgende(s) Discussion Paper(s) • Please send me the following Discussion Paper(s)*

Autor(en) und Kurztitel • Author(s) and Title(s) in brief	Bestellnummer • Order No.

